

P R O T O K O L L

über die 9. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt
Steyr am Donnerstag, 26. Juni 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

Erich Sablik

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrath

Mag. Gerhard Klausberger

Herbert Lang

Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl

Ernst Platzer

Franz Ramoser

Franz Rohrauer

August Schlager

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Otto Tremel

Alfred Wallner

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Dr. Kurt Schmidl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Amtsrat Heinz Ruckerbauer

Techn.Direktor, TOAR. Ing.

Wolfgang Wein

OAR Helmut Riedler

Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|--------------|---|
| Ha-3053/86 | Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum Ankauf von Instrumenten. |
| Ha-2696/86 | Höhere Techn. Bundeslehranstalt Steyr; Refundierung der Lustbarkeitsabgabe und Saalmiete für den HTBLA-Ball 1986. |
| Ha-3041/86 | Institut der Barmherzigen Schwestern St. Anna; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Anschaffung einer Wärmepumpe. |
| Ha-3201/86 | OÖ. Landestierschutzverein, Bezirksstelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines Zaunes. |
| Wi-2997/86 | Wochenzeitschrift "Neue Frau"; Einschaltung. |
| ÖAG-2818/86 | Ersatzteilbeschaffung für die Kehrmaschine |
| Städt.Wi-Hof | 0-335.601. |
| GHJ2-2968/86 | Kindergarten Plenklberg; Neuverlegung einer Trinkwasseranschlußleitung. |
| GHJ2-2701/86 | Kindergarten Wokralstraße 5; Zaunerneuerung. |
| GHJ1-3285/86 | Ankauf von Teppichen für den Festsaal des Rathauses. |
| Ges-3503/86 | Ankauf eines Strahlungs-Kontaminationsmeßgerätes. |
| GHJ1-3564/86 | Ankauf von Einrichtungsgegenständen für das Amtsgebäude Rathaus und Standesamt. |
| GHJ2-2990/86 | Gemeindeeigenes Objekt Industriestraße 8 - 10; Neueindeckung. |
| Ha-2688/86 | Österr. Verein für Deutsche Schäferhunde, Ortsgruppe Steyr-Gleink; außerordentliche Subvention. |
| Ha-2540/86 | Bildungs- und Kulturarbeitskreis Steyr-Münichholz; außerordentliche Subvention. |
| Ha-3572/86 | Verein zur Förderung der Gemeinwesenarbeit im Stadtteil Resthof; außerordentliche Subvention. |
| Bau5-1660/84 | Hort Resthof - Spielgeräte und Gartenmöbel; Ergänzung zum StS-Beschluß vom 2. 5. 1985. |
| En-971/85 | Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Steinerstraße im Zuge des Ausbaues - 2. Teil |

Ha-1479/84	Verein "Arbeitslosen-Selbsthilfe Steyr"; Sanierung des stadteigenen "Distelbergergutes"; Ankauf von Elektroinstallations- und diversen Werkzeugmaterialien.
GHJ1-3912/86	Austausch der bestehenden Siemens-Uhren-Zentral-einrichtungen in der Allgem. Sonderschule 1 - Industriestraße (Ersatzbeschaffung).
GHJ2-3106/86	Instandsetzungsarbeiten - Schule Punzerstraße 73 - 75.
GHJ2-7419/85	Kindergarten Leharstraße 1; Zaunerneuerung.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Rp-800/85 Kontrollamt der Stadt Steyr; Jahresbericht 1985 gem. § 35 Abs. 3 StS.
- 2) Sport-4820/81 Sportanlage Rennbahn; Umkleidegebäude und Zeitnehmerhaus; Baumeister- und Elektroinstallationsarbeiten.
- 3) Bau5-3360/86 Sportanlage Rennbahn; Stahlbau-, Dach-
Sport-4820/81 decker- und Spenglerarbeiten.
- 4) K-2900/86 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspiel-saison 1986/87; Abschluß eines Werkvertrages.
- 5) GHJ2-6616/83 Ehemalige Frauenberufsschule - Nutzung für Zwecke der Volkshochschule; Adaptierung des Klassentraktes.
- 6) Präs-838/82 Eintrittspreise für das "Alte Theater"; Neu-festlegung.
- 7) VH-3700/86 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiter-honorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr, Arbeitsjahr 1986/87.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 8) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 05; Darlehen des Wasserwirt-schaftsfonds; Haftungsübernahme.
- 9) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Schlammmentwässerungsanlage; Ankauf von Brand-kalk und Eisen-III-Chlorid.
- 10) Bau6-4070/82 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Er-richtung des Nebensammlers C 4 - St. Ulrich.

- 11) Buch-7500/85 Rechnungsabschluß 1985.
- 12) GemXIII-2883/
72 Kanalanschlußgebührenordnung; Änderung.
- 13) GemXIII-3139/
86 Kanalbenützungsgebührenordnung; Änderung.
- 14) GemVI-3614/77 Hundeabgabeordnung; Änderung.
- 15) GemVIII-3140/
86 Müllabfuhrgebührenordnung; Änderung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 16) Bau1-1500/86 Bischöfl. Ordinariat Linz; Ausnahmegenehmigung zur Errichtung einer Kleingartenanlage in der KG. Gleink.
- 17) Ha-2078/86 Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1986.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 18) SH-3303/86 Zentralaltersheim der Stadt Steyr; Regulierung der Heimkostensätze.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 19) Bau6-1782/76 Mülldeponie der Stadt Steyr; Deponieordnung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 20) Bau3-2942/86 Straßenerhaltungsprogramm 1986.
- 21) Bau3-1240/81 Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße. Baulosverlängerung.
- 22) Bau3-522/86
En-3489/86 Ausbau des Dachsbergweges.
- 23) Bau4-5240/85 Errichtung des Museumssteges und des Schloßleitenweges sowie des Verbindungsweges zum Schloß Lamberg.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 24) Ges-15/86 Huthoferstraße - Straßenbenennung.

- 25) Bau6-3983/86 Nebenkanäle zum HS "A" 3. Teil, NS Direk-
Bau3-3982/86 tionsstraße; NS Frauenstiege, NK Überwas-
ser 1; Straßenbau Wehrgraben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 26) ÖAG-670/86 Städt. Verkehrsbetrieb - Änderung der Fahr-
Stadtwerke preise zum 1. 7. 1986.
- 27) ÖAG-1172/86 Städt. Sauna, Hallenbad und Freibad; Tarif-
Stadtwerke regulierung.
- 28) ÖAG-3055/86 Ankauf eines Steyr-Stadtbusses SS 11 HUA 250.
Stadtwerke
- 29) ÖAG-7477/85 Stadtwerke Steyr, Teilbetriebe städt. Bäder
Stadtwerke und Kunsteisbahn; Verlustersatz 1985; Rest-
zahlung.
- 30) ÖAG-4925/81 Arbeitspreis für Erdgas; weitere Senkung des
Erdgasabgabepreises.
- 31) ÖAG-4002/86 Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb; Grund-
leistung gem. § 22 Abs. 1 Ziff. 3 FAG 1985
für das Jahr 1986.
- 32) Ha-2378/80 Förderungsrichtlinien des Landes Oberöster-
reich für den Bau von kommunalen Wasserver-
sorgungsanlagen; Änderung der Mindestgebüh-
ren (Wasserleitungsanschlußgebühren).
- 33) ÖAG-3653/86 Austausch diverser Absperrorgane im Trink-
Stadtwerke wasserverteilungsnetz Wasserwerk.
- 34) ÖAG-3971/86 WAG Wärmezentrale Plenkberg; Umstellung auf
Stadtwerke Erdgasversorgung.
- 35) ÖAG-3972/86 Industriegründe Ennser Straße; Erdgasauf-
Stadtwerke schließung Objekt Kraml.
- 36) ÖAG-3702/86 Erdgasaufschließung Münchenholz, Stadtbad und
Stadtwerke Ennser Straße; Errichtung der installations-
technischen Anlagenteile für die Erdgasre-
duzierstationen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 37) GHJ2-1730/85 Schule Punzerstraße 73 - 75; Errichtung von
Wasch- und Garderoberräumen.
- 38) GHJ1-2247/86 Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die
städtischen Schulen.

39) FW-1975/86 Ankauf bzw. Errichtung einer Personenruf-
anlage für die Freiwillige Feuerwehr der
Stadt Steyr.

40) FW-1270/86 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die
Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste der heutigen Sitzung! Ich darf Sie zur heutigen Sitzung herzlich begrüßen und darf die Sitzung eröffnen. Ich darf feststellen, daß die Einladung den Statuten entsprechend ordnungsgemäß ergangen ist. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt die Kollegin Schreiberhuber, Kollegin Probst, die Kollegen Tatzreiter, Manetsgruber, Seidl, Wieser und Eichhübl. Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung bitte ich die Kollegen Karl Hochrathner und Herbert Lang. Ich sehe, daß das beide zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bevor wir in der Tagesordnung weiterfahren darf ich Sie bitten, sich von den Sitzen zu erheben.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, an dieser Stelle möchte ich kurz eines verstorbenen ehemaligen Mitgliedes unseres Gemeinderates gedenken. Am 29. Mai 1986 ist Anton Hochgatterer knapp nach Vollendung des 83. Lebensjahres verstorben. Auf der Todesanzeige stand als Berufsbezeichnung lediglich Kaufmann i. R. so daß mir öfter die Frage gestellt wurde, warum am Rathaus die Trauerfahne ausgehängt wurde. Anton Hochgatterer, der am 8. Februar 1903 geboren wurde, gehörte insgesamt 15 Jahre dem Gemeinderat der Stadt Steyr an. Beruflich war er lange Jahre bei der Konsumgenossenschaft Steyr tätig, bis er sich als Kaufmann selbständig machte. Anton Hochgatterer war von Jugend an der sozialistischen Partei verbunden und bekleidete in ihr verschiedene Funktionen, unter anderem auch die eines Sektionsobmannes der Sektion Gründbergsiedlung. Im Jahre 1946, in der schweren Nachkriegszeit, wurde er erstmals in den Gemeinderat berufen. Nach einer Unterbrechung von 1949 bis 1955 gehörte er diesem bis 1967 an. Er war in verschiedenen gemeinderätlichen Ausschüssen tätig und vertrat dort die Interessen der Bewohner des Gebietes Steyr-West. Als Wirtschaftstreibender engagierte er sich besonders auch in den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Bis ins hohe Alter war Anton Hochgatterer auch politisch tätig und nahm sich als Funktionär des Pensionistenverbandes der Anliegen der Senioren an. Obwohl nur wenige aus dem heutigen Kreis der Gemeinderäte Kollegen Anton Hochgatterer persönlich gekannt haben, geziemt es sich, seiner zu gedenken. Die Stadt Steyr wird ihm, der in schweren Zeiten tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet hat, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich darf Ihnen für die Kundgebung herzlich danken.

Wir kommen nun zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Es liegen solche nicht vor, dieser Punkt entfällt daher.

Damit kommen wir zu den Mitteilungen des Bürgermeisters.

Meine Damen und Herren, leider hat sich die relativ ungünstige wirtschaftliche Gesamtlage seit der letzten Berichterstattung nicht geändert. Besonders ungünstig ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Fahrzeugindustrie und wird hierauf anlässlich der heutigen Sitzung noch an anderer Stelle Bezug genommen werden. Die vorgesehenen Kündigungen in dem für unsere Stadt dominierenden Wirtschaftsbetrieb, der Steyr-Daimler-Puch AG, bereiten uns die größte Sorge. Es ist daher aus meiner Sicht nach wie vor unverständlich, daß sich das Land Oberösterreich weigert, das seinerzeit abgeschlossene Sonderförderungsabkommen für die Krisenregion Steyr zu verlängern. Nach mehrmaligen Urgeizen ist nunmehr endlich mit Schreiben vom 2. 6. 1986 eine Stellungnahme des zuständigen Mitgliedes des Amtes der OÖ. Landesregierung, nämlich von Landesrat Dr. Leibenfrost, eingegangen. Er legt darin dar, daß von Beginn des Sonderförderungsabkommens für Steyr Anfang 1984 bis Ende 1985 ein Kreditvolumen von S 316 Millionen und ein Investitionsvolumen von S 540 Millionen aus Mitteln des Wirtschaftsressorts des Landes gefördert wurden, wodurch die Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze ermöglicht wurde. Nach meinem Dafürhalten sind aber die genannten Ziffern nicht geeignet, von der verlangten Fortsetzung dieses Sonderförderungsabkommens abzulenken, weil die Arbeitslosenrate

in Steyr und darüberhinaus der gesamten Region überproportional hoch ist. Nicht die neugeschaffenen, so erfreulich es ist, Arbeitsplätze können hier das Kriterium der Förderung sein, sondern die vorhandene und tatsächlich existierende Arbeitslosenrate. Wir werden sicher heute noch Gelegenheit haben, darüber noch eingehender zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, zur Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf darf ich mitteilen, daß sich in diesem Zusammenhang die Obmänner aller im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen politischen Parteien sehr intensiv mit der Errichtung von Kernkraftwerken und der Nutzung von Kernenergie befaßt haben und dabei eine aus folgenden Punkten bestehende Resolution beschlossen wurde:

1. Die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden.
2. Die Frage der Nutzung der Kernenergie ist zu internationalisieren, so daß die Errichtung eines Atomkraftwerkes als völkerrechtlicher Tatbestand aufzufassen ist. Die Interessen von Anrainerstaaten sind jedenfalls zu wahren und ist diesen ein Mitspracherecht einzuräumen.
3. Darüberhinaus soll die Bundesregierung ersucht werden, alle atomkraftbetreibenden Nachbarstaaten zu einer eingehenden Überprüfung des technischen Standards und der Sicherheitsvorkehrungen ihrer Atomkraftwerke zu veranlassen und die erforderlichen Maßnahmen einer überstaatlichen Kontrolle zu unterziehen.

Diese Resolution wurde an Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky und Landeshauptmann Dr. Josef Ratzénböck jeweils mit dem Ersuchen weitergeleitet, für ihre Erfüllung unverzüglich einzutreten.

Ich habe in diesem Schreiben nicht nur die drei Punkte, sondern auch die in der letzten Sitzung eingebrachte Petition erwähnt.

Meine Damen und Herren, ich darf noch kurz berichten, daß zwischen unserer Partnerstadt Plauen und der Stadt Steyr sich die Beziehungen weiter verstärkt haben. Es war heuer erstmals möglich, einen Jugendaustausch zwischen diesen beiden Städten durchzuführen. Es waren 15 junge Menschen aus Plauen hier in Steyr. Fast zum gleichen Zeitpunkt waren 15 junge Steyrerinnen und Steyrer in Plauen auf Besuch. Auch eine Delegation des Gemeinderates, des Präsidiums, war vor kurzem in Plauen. Bei den Gesprächen wurde festgestellt, das darf ich kurz mitteilen, daß die Beziehungen weiter ausgebaut werden. Es wurde vereinbart, das erscheint mir sehr erfreulich, den Jugendaustausch auch für das Jahr 1987 zu fixieren. Es wird voraussichtlich nächstes Jahr die Stadtkapelle Steyr an den Vogtländischen Musiktagen teilnehmen. Außerdem wird in Steyr im Juni des nächsten Jahres eine Präsentation der Produkte aus Plauen stattfinden. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Spitzenerzeugnisse.

Meine Damen und Herren, ich darf noch darauf hinweisen, daß mir Herr Stadtrat Pimsl ein von der Austria Recycling im Zusammenhang mit dem Umweltschutzreferat der Stadt Steyr ausgearbeitetes Altstoff- und Problemstoffentsorgungskonzept übergeben hat. Dieses wird den zuständigen Gremien, vor allem dem Umweltschutzausschuß, zur weiteren Behandlung zugeleitet werden. Es ist eine umfassende Arbeit, mehrere Seiten stark, und ich bin sicher, daß es für uns eine wertvolle Unterlage für die künftige Arbeit sein wird.

Weiters darf ich noch berichten und mitteilen, daß die neue Mülldeponie im Laufe der nächsten Woche ihren Probetrieb aufnehmen wird, so daß unser Müll ab der nächsten Woche dort deponiert wird.

Soweit meine Mitteilungen.

Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und dazu bitte ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag darf ich Ihnen den Jahresbericht 1985 des Kontrollamtes der Stadt Steyr vorlegen und darf Sie bitten, ihn zur Kenntnis zu nehmen. Diese Kenntnisnahme ist gemäß § 35 Abs. 3 des Stadtstatutes geregelt. Der entsprechende Antrag des Prüfungsausschusses lautet:

1) Rp-800/85

Kontrollamt der Stadt Steyr;

Jahresbericht 1985 gem. § 35 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vom Kontrollamt der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1985 gem. § 35 Abs. 3 StS wird zur Kenntnis genommen. (BEILAGE)

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Für eine so kleine Fraktion wie die GAL Steyr ist es sehr schwer möglich, hier Kontrolle mit zu übernehmen und Kontrolle auszuüben. Aus diesem Grunde habe ich im Prüfungsausschuß letzten Datums den Antrag eingebracht auf Erweiterung des Zeitraumes der Einsichtnahme von Akten. Momentan ist es so, daß man einen Tag Zeit hat, sich in die Akten hineinzuleben, hineinzudenken, um Kontrolle wirksam durchführen zu können. Für eine kleine Organisation wie die GAL ist es nicht möglich, innerhalb eines Tages diese Anträge zu kontrollieren bzw. dort Einsicht zu nehmen. Darum unser Antrag, die Dauer der Einsichtnahme auf eine Woche zu verlängern. Dieser Antrag wurde im Prüfungsausschuß zur Kenntnis genommen, jedoch mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Ich glaube, wenn man uns nicht ermöglicht, hier mitzuarbeiten, dann können wir diesen Jahresbericht auch nicht zur Kenntnis nehmen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Zagler bitte!

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren!

Der Prüfungsausschuß, dessen Obmann-Stellvertreter ich bin, hat für das Jahr 1985 in insgesamt 9 Sitzungen tausende Seiten von Akten durchgearbeitet. Die Vorbereitungen dafür wurden von 5 hochqualifizierten Beamten des Magistrates – das ist in allen Fraktionen anerkannt und auch bereits ausgesprochen worden – durchgeführt. Vielfach herrscht im Prüfungsausschuß die Meinung, daß dieser eine Art Rechnungshof sei. Das kommt der Aufgabenstellung des Prüfungsausschusses nicht nach, sondern unser Prüfungsausschuß ist dazu da, um die Beschlüsse, die hier

herinnen gefaßt werden, in vielen Fällen einstimmig, in manchen aber auch mehrheitlich, auf ihre Effektivierung zu überprüfen. Zu überprüfen, ob das nach ökonomischen Gesichtspunkten geschieht, zu überprüfen, ob hier die Steuermittel zweckmäßig und sparsam eingesetzt werden. Das ist die Aufgabe, die sich uns hier stellt. Darauf baut unser Statut auf, ein Statut, das so weitgehend ist wie kaum in einer anderen Gemeinde, wo auch die kleinsten Fraktionen, also jene, die aus einem Mandatar bestehen, die Möglichkeit haben, nicht nur Sitz und beratende Stimme, sondern auch beschließende Stimme zu haben und auch eine Möglichkeit haben, im Kontrollamt Einsicht zu nehmen. Wenn von Minderheitenfraktionen diese Anträge gestellt wurden im Prüfungsausschuß, dann ist das nicht so übergangen worden, wie es Gemeinderat Ramoser hier vor Presse und Publikum gerne wieder hinstellen möchte, so als hätte die massive Mehrheit der SPÖ den Antrag oder Wunsch der Minderheiten demoliert oder niedergeschrien oder niedergestimmt. So war es nicht, Herr Gemeinderat Ramoser, sondern wir haben Ihnen und den anderen Fraktionen Wege aufgezeigt, wie Sie zu Ihrem Recht kommen können. Wir müssen uns bitte auch an die Spielregeln der Demokratie halten und nicht Spielregeln der Anarchie hier einführen. Zur Demokratie gehört es, daß sich hier gewählte und abgestimmte Statute auch in der Praxis durchführen lassen. Wenn hier Schwierigkeiten auftauchen, die von allen Fraktionen – auch von den Mehrheitsfraktionen – zugegeben wurden, dann ist es nicht der richtige Weg, hier publikumsgeil vor der Presse zu verkünden, was die böse Mehrheit wieder gegen die armen Kleinen macht, sondern den Weg zu gehen, den wir Ihnen gezeigt haben. Gehen Sie bitte in die Fraktionsobmännerbesprechung und verlangen Sie dort eine Änderung des Statutes. Bitte machen Sie das, Sie haben das meiner Kenntnis nach nicht gemacht, sondern Sie haben zugewartet, bis hier wieder das Forum versammelt ist, bis hier wieder Leute zusammenkommen, um die Öffentlichkeit

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
.. zu informieren!

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:
na ja zu informieren, das wäre ein sehr legitimes Recht, das hätte sehr viel Positives. Sie wollen die Öffentlichkeit nicht informieren, sondern manipulieren. Das mache ich Ihnen sehr wohl zum Vorwurf. Dazu muß man eines sagen, die Veröffentlichung dieser Prüfungsausschußberichte oder anderer Protokolle, die oftmals auch dazu verwendet werden, – das haben wir auch alle lesen können im Amtsblatt der Stadt Steyr beim Vorwort unseres Herrn Bürgermeisters – daß aus dem Protokoll und aus den Sitzungen in völlig falscher Darstellung die Leute in Postwurfsendungen informiert bzw. manipuliert werden. Eines auch von dieser Stelle aus, obwohl das mit der Kontrollamtstätigkeit noch weniger zu tun hat. Wir sollten hier für alle Bürger da sein und nicht immer nur für eine laute Minderheit hier sein, die oftmals berechnete Wünsche hat. Das ist das Schöne in der Gemeinde, daß es auch andere hören müssen. Gerade in diesem Zusammenhang, wenn Sie die Pensionisten an das Ende der Stadt in die Wildnis abschieben wollen, um hier einigen wenigen Schrebergärtnern das Wort zu reden, so glaube ich, ist das nicht der Stil, den die Mehrheit in unserem Haus pflegen möchte, sondern wir wollen schon darauf hinweisen, daß allgemeine Information und das Handeln zum Wohle aller Bürger unser Ziel sein soll. Ich bitte auch diesen Gründen, den Kontrollamtsbericht für das Jahr 1985 anzunehmen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke dem Kollegen Zagler für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mich hat eigentlich jetzt veranlaßt, doch ein paar Worte zu dieser Frage zu sagen, die Haltung des Kollegen Zagler, wenn er verweist darauf, wir wollen keine Anarchie, sondern wir müssen uns nach den Spielregeln einer Gemeindedemokratie halten. Das heißt, nach dem Gesetz, nach dem Statut. Da gebe ich ihm recht. Wir haben im Jahre 1979 auch als kleine Partei sehr wesentlich mitgearbeitet und mitgestaltet bei der Erstellung des Vorentwurfes für unser Gemeindestatut, das heute vorliegt. Allerdings habe ich damals schon eingebracht, daß es bestimmte Einschränkungen gibt. Aber ich habe trotzdem damals auch verwiesen, daß dieses Statut ein demokratischer Fortschritt sei, nämlich in erster Linie in der Richtung, daß sämtliche Parteien des Gemeinderates, auch wenn sie nicht im Stadtsenat vertreten sind, auch dem Prüfungsausschuß angehören müssen, so heißt es, drinnen sein müssen und zwar mit Stimmrecht. Das ist sicherlich kein Geschenk der Rathausmehrheit, sondern wurde besonders von mir vehement verlangt und ist auch im Statut verbrieft. Nun zeigt sich aber in der Praxis aufgrund der Fülle der Tätigkeit des Prüfungsausschusses, daß natürlich die Minderheitsfraktionen etwas eingeschränkt in der Richtung sind, daß zeitmäßig das auf einen Tag vor der Sitzung festgelegt ist. Dazu müssen wir uns bekennen, weil das mehrheitlich beschlossen wurde. Allerdings glaube ich, daß auch eine bestimmte Initiative, so wie schon bei diesem Statut – das gilt für alle drei Statutargemeinden in Oberösterreich – bei der nächsten Novellierung diese Einschränkung beseitigt wird und die Einsichtnahme ausgedehnt werden kann. Ich glaube, das wäre ein Schritt zur weiteren Demokratisierung in diesem Haus.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Tremml für seinen Beitrag. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Die Diskussion, die da geführt wird, meine Damen und Herren, die kennen wir seit einigen Jahren und seit einigen Jahren warten wir auf einen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat bzw. für die Ausschüsse des Gemeinderates. In dieser Geschäftsordnung ist ja die Akteneinsicht vorgesehen. Nach § 38 des Stadtstatutes ist geregelt, in welchem Sinn Anträge einzubringen sind. Ich habe genau vor einem Jahr als damaliger Obmann des Prüfungsausschusses die damaligen Minderheitsfraktionen förmlich ersucht, doch diesen Antrag einzubringen. Dieses Ersuchen ist bis heute nicht realisiert worden ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das Statut ändert ja nicht das Gesetz!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das Statut sieht vor, daß mindestens ein Tag vorgesehen wird zur Akteneinsicht und die Geschäftsordnung regelt den einen Tag. Das Statut, das Gesetz, gibt uns vor, daß mindestens einen Tag vorher die Akteneinsicht gewährt werden muß. Ich kann nicht einsehen, warum nicht die geschäftsordnungsmäßige Veränderung der Geschäftsordnung beantragt wird, wenn es nicht nur um das Theater geht. Ich bitte jetzt zum letzten Mal, meinem innigen Wunsch Rechnung zu tragen, weil ich selber glaube, daß ein so umfangreiches Thema in einem Tag unmöglich erarbeitet werden kann. Ich war jahrelang Obmann des Prüfungsausschusses und habe das den kleineren Fraktionen im Prüfungsausschuß wirklich nahezu jede Sitzung in den Mund gelegt. Wenn das nicht geschieht, dann liegt es auch nicht an der SPÖ und es liegt auch nicht an der ÖVP. Ich bitte um gefällige Darnachhaltung.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Kollege Holub, ich bin gerne bereit, mit der ÖVP einen derartigen Antrag zu formulieren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Es liegt keine vor. Ich bitte den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist von den Debattenrednern die Diskussion in der Richtung gegangen, wir haben ein Statut, wir haben uns nach dem Statut zu halten, Veränderungen des Statutes sind eigenen Verhandlungen vorbehalten. Es ist, glaube ich, dieser Bericht den Statuten entsprechend vorgelegt und soll nun auch so zur Kenntnis genommen werden. Ich darf nochmals darum bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem vorliegenden Antrag einverstanden ist, den bitte ich als Zeichen der Zustimmung um Handhebung. Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GR Ramoser GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den weiteren Ausbau der Sportanlage Rennbahn, und zwar um die Errichtung des Umkleidegebäudes und des Zeitnehmerhauses. Es handelt sich um die Vergabe der Baumeister- und Elektroinstallationsarbeiten. Der Antrag des Stadtsenates ist wie folgt formuliert:

2) Sport-4820/81

Sportanlage Rennbahn; Umkleidegebäude und Zeitnehmerhaus;
Baumeister- und Elektroinstallationsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 14. 5. 1986 werden im Zusammenhang mit der Weiterführung und Komplettierung der Baumaßnahmen zur Sportanlage Rennbahn, insbesondere der Errichtung eines Garderobengebäudes und Zeitnehmerhauses, nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten: Firma Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 6,064.702,--
2. Elektroinstallationsarbeiten: Firma Berger, Steyr, zum Preise von S 499.789,-

Die zur Weiterführung des Bauvorhabens erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 6,974.400,- (sechs Millionen neunhundertvierundsiebzigtausendvierhundert)

werden bei VSt 5/262100/010220 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Eine Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es ebenfalls um die Sportanlage Rennbahn, und zwar um die Vergabe der Stahlbau-, Dachdecker- und Spenglerarbeiten. Der Antrag lautet:

3) Bau5-3360/86

Sport-4820/81

Sportanlage Rennbahn; Stahlbau-, Dach-
decker- und Spenglerarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 6. 1986 werden im Zusammenhang mit der Errichtung eines Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Rennbahn folgende Aufträge vergeben:

1. Stahlbau- und Schlosserarbeiten an die Fa. Riesner, Steyr,
zum Preis von S 1.172.304,- exkl. USt

2. Dachdecker- und Spenglerarbeiten an die Fa. Wittner,
Steyr, zum Preis von S 643.366,-

Die hierfür erforderlichen Mittel wurden bereits pauschal mit Stadtsenatsbeschluß vom 22. 5. 1986 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte Sie im nächsten Antrag um die Zustimmung zum Abschluß eines Werkvertrages mit dem OÖ. Landestheater für die Gastspielsaison 1986/87. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) K-2900/86

Stadttheater Steyr: Abwicklung der Gastspielsaison
1986/87; Abschluß eines Werkvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abgeltung von 20 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1986/87 nach Maßgabe des Amtsberichtes zu den erhöhten Pauschalabgeltungen wird genehmigt. Der Magistrat Steyr wird ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen. Die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 4. 6. 1985, K-2200/85, festgelegten Eintrittspreise werden linear um 5 Prozent für die Gastspielsaison 1986/87 erhöht, wobei auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abgerundet wird.

Die Regelung über die Dienstsitze und dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80, wird beibehalten.

(BEILAGE)

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich nehme die beantragte Erhöhung durch unseren Herrn Bürgermeister der Eintrittspreise im Stadttheater zum Anlaß, und zeige die Grundsatzhaltung der KPÖ-Fraktion zu den heute auf der Tagesordnung stehenden insgesamt 10 Gebühren- und Tarifierhöhungen auf. Ich werde mich daher bei den einzelnen Tagesordnungspunkten auf kurze Bemerkungen beschränken.

Zum vorliegenden Antrag erkläre ich, daß die KPÖ-Fraktion für den Abschluß

des Werkvertrages mit dem Landestheater natürlich stimmt, jedoch gegen die Umlage, die ja in diesem Antrag drinnen ist, der Mehrkosten auf die Theaterbesucher in Form der Erhöhung der Eintrittspreise. Diese Stellungnahme, wie Sie wissen, habe ich bereits im Finanz- und Rechtsausschuß abgegeben, denn der Zuschußbedarf für das große Theater – das ist ja der Hauptkulturträger in unserer Stadt – würde sich nur auf rund S 100.000,- vergrößern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, die SP-Mehrheitsfraktion im Rathaus hat schon gewußt, warum sie mit ihren Erhöhungsanträgen bis nach den Landtags- und Gemeinderats-, sowie auch der Bundespräsidentenwahlen gewartet hat und sie heute zur Beschlußfassung dem Gemeinderat präsentiert. Was nämlich jetzt ab 1. Juli auf die Bevölkerung unserer Stadt zukommt, ist eine – möchte ich sagen – der saftigsten Tarif- und Gebührenlawinen, die man sich vorstellen kann. Heute stehen 40 Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung, davon werden 10 Tarife- und Gebührenerhöhungen beantragt. Ich kann Ihnen heute schon im voraus sagen, daß die 10 Erhöhungen mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit und zum Teil auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen werden, und daher überfallsartig über die Einwohner unserer Stadt mit 1. Juli, also in wenigen Tagen, hereinbrechen. Das heißt, daß ab 1. Juli alle wesentlichen kommunalen Tarife und Gebühren enorm erhöht werden. 20 – 25 % beträgt die Erhöhung der Fahrpreise für die städtischen Autobusse, die Einzelfahrscheine für Erwachsene von 10 auf 12 Schilling, der Kindereinzelfahrschein wird von 5 auf 6 Schilling steigen und der Preis für die Monatskarte wird von S 163,- auf S 185,- erhöht. Ebenso auch der 20-Fahrtschein von S 123,- auf S 150,-. Allein diese Preiserhöhung bei den Autobussen wird die Steyrer pro Jahr S 1,7 Millionen kosten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Treml, wir sind derzeit beim Punkt "Abwicklung der Gastspielsaison 1986/87" und ich würde bitten, zum Thema zu sprechen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wenn mir das Wort entzogen wird, werde ich halt dann dementsprechend ausführlich bei jedem einzelnen Punkt auch die Grundsatzerklärung der KPÖ vorbringen. Ob das zielführend ist, halte ich für dahingestellt.

Ich glaube auch, daß der nächste Brocken, die Kanalbenützungsgebühren, die um 16 Prozent ansteigen werden je m³ Abwasser. Sie werden statt bisher S 9,90 eben S 11,50 kosten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Treml bitte zur Sache.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich beuge mich, daß der Vorsitzende mir das Wort entzogen hat, weil es offenbar sehr peinlich ist der Mehrheitsfraktion, die grundsätzliche Stellungnahme der Minderheitsfraktionen zu hören.

Ich werde mich bei den nächsten Tagesordnungspunkten dementsprechend verhalten. Selbstverständlich wird die jetzt beantragte Erhöhung von mir abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt noch eine Wortmeldung? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Zur Anregung von Kollegen Treml, daß die Kosten der Erhöhung der Eintrittspreise

im neuen Theater vom Kulturbudget getragen werden sollen. Mit dieser Anregung bin ich nicht ganz einverstanden. Dieser Vorschlag würde doch letztlich bedeuten, daß die Erhöhung alle Steyrer Bürger tragen müssen. Ich bin der Meinung, daß es eher gerechter ist, wie bisher die vom Landestheater vorgenommenen Erhöhungen an die Theaterbesucher weiterzugeben, da es ja eingekaufte Mehrkosten sind, die weiterzugeben sind.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Verträge mit dem Landestheater werden immer um diese Zeit abgewickelt und festgelegt, und zwar immer in der letzten Sitzung vor dem Sommer. Sie können also nachschauen, vor den Sommermonaten wurden immer diese Regelungen durchgeführt. Ich darf darauf hinweisen, daß wir an Zuschüssen für die beiden Theater, für das neue und auch für das alte Haus, derzeit insgesamt 2,8 Millionen Schilling aufwenden. Es handelt sich lediglich um eine Stabilisierung dieses Zuschußbedarfes. Ich werde heute sicher noch Gelegenheit haben, darauf näher einzugehen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ, GR Tremel) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie, der Adaptierung des Klassentraktes der ehemaligen Frauenberufsschule Stelzhamerstraße zuzustimmen. Der Antrag lautet:

5) GHJ2-6616/83

Ehemalige Frauenberufsschule – Nutzung für Zwecke der Volkshochschule; Adaptierung des Klassentraktes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 5. 1986 werden im Zusammenhang mit der Adaptierung des Klassentraktes der ehemaligen Frauenberufsschule Stelzhamerstraße folgende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|-------------------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preis von | S 49.340,- exkl. MWSt. |
| 2. Sanitär- und Heizungsinstallationsarbeiten an die Fa. Schützner, Steyr, zum Preis von | S 127.858,- exkl. MWSt. |
| 3. Estrich- und Bodenbelagsarbeiten an die Fa. Schmidt, Steyr, zum Preis von | S 163.725,- exkl. MWSt. |
| 4. Malerarbeiten an die Fa. Huber, Steyr, zum Preis von | S 384.370,- exkl. MWSt. |

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei VSt 5/270000/010210 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 425.300,-- (vierhundertfünfundzwanzigtausenddreihundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag werden Sie ersucht, die Eintrittspreise für das sogenannte Alte Theater neu festzulegen.

Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

6) PräS-838/82

Eintrittspreise für das "Alte Theater"; Neufestlegung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 29. 4. 1986 werden die Eintrittspreise für das Alte Theater mit Wirksamkeit ab 1. 7. 1986 wie folgt neu festgesetzt:

a) Eintrittspreise für Theatervorstellungen:

Logenplätze	145,--
Parkettsitze	115,--
Balkonsitze	90,--
Notsitze	70,--
Stehplätze	35,--

b) Eintrittspreise für Kammerkonzerte:

Logenplätze	140,--
Parkettsitze	110,--
Balkonsitze	80,--
Notsitze	70,--
Stehplätze	35,--

c) Eintrittspreise für Solistenkonzerte und Dichterlesungen:

Logenplätze	110,--
Parkettsitze	80,--
Balkonsitze	70,--
Notsitze	40,--
Stehplätze	30,--

In besonderen Fällen (Veranstaltungen mit hohen Honoraren, Schülerkonzerte, Jugend- und Kindervorstellungen, Veranstaltungen für ältere Mitbürger, Vorträge usw.) wird der Vorstand der Magistratsabteilung IX ermächtigt, die Eintrittspreise entsprechend abzuändern.

Weiters werden folgende Sitze als Dienstsitze bestimmt:

Parkett:

Reihe 1 – Sitz Nr. 1 (Arzt)

Reihe 2 – Sitz Nr. 1 (Feuerwehr)

Reihe 3 – Sitz Nr. 1 (Polizei/Konzeptbeamter)

Reihe 4 – Sitz Nr. 1 (Vorstand der MA IX)

Reihe 10 – Sitz Nr. 1 (Leiter der Verwaltung)

Balkon:

Seitenbalkon links – Sitz 1 (Polizei/Sicherheitswache)

Seitenbalkon rechts – Sitz 1 (Feuerwehr/Sicherheitswache)

Gleichzeitig wird die Gebühr für die Vermietung des Alten Theaters an Fremdveranstalter von derzeit S 2.000,- pro Veranstaltung auf künftighin S 2.300,- angehoben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht dazu zu sprechen? Herr Kollege Trembl bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Vom Vorsitzenden der SP-Mehrheit wurde das so gewollt, daß ich einzeln zu jedem Tagesordnungspunkt, der eine Erhöhung beinhaltet, Stellung nehme.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Unverständlich.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ja, Kollege Zagler, Dir spielt das keine Rolle, wenn man die Bevölkerung der Stadt Steyr mit vielen Millionen belastet, man sich aber nicht traut, vor den Wahlen das bekanntzugeben, weil dann die Rechnung noch ganz anders ausgesehen hätte, wie sie ja bereits für die Mehrheit ausgesehen hat.

Hier wird ein Preisantrag gestellt, und zwar nicht mit der Begründung wie beim großen Theater, daß wir gezwungen sind, einen Werkvertrag abzuschließen mit dem Landestheater und dort ständig Preiserhöhungen aufgrund der Krise, der Inflation, vorgenommen werden. Hier heißt es in der Begründung, Bürgermeister Schwarz hat von den einzelnen Preisen und Auflistungen gesprochen, daß es nicht um Erhöhungen zwischen Verträgen mit anderen geht, sondern daß diese Erhöhung im Ausmaß von 16,6 Prozent vorgenommen wird, um eine Angleichung an die Eintrittspreise zum großen Theater zu erreichen. Ja, meine Damen und Herren, das ist wahrlich keine Begründung und daher wird auch die beantragte Erhöhung von mir abgelehnt.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Spöck ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Dem Gemeinderat liegt, wie wir gehört haben, ein Antrag auf Neufestsetzung, sprich Erhöhung, der Eintrittspreise für das Alte Theater vor. Die Erhöhung beträgt laut Amtsbericht ca. 16,6 Prozent. Die Begründung, wie auch Kollege Treml ausgeführt hat, in Anlehnung an die Vorgangsweise des neuen Theaters wird die Anhebung begründet. Diese Begründung erscheint mir auch nicht gerechtfertigt, weil die Preiserhöhungen im neuen Theater durch Hebung der Pauschalsätze für Gastspiele des Landestheaters Linz, wie wir auch aus der Begründung des Amtsberichtes für die Anhebung der Eintrittspreise im neuen Theater entnehmen konnten, entstanden sind. Ich bin auch der Meinung, nur aus Gründen der Gleichheit kann man meines Erachtens dieser nicht unbeträchtlichen Erhöhung sicherlich nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir alle wissen, wie wichtig die Jugendförderung ist, wie wichtig und sinnvoll daher auch der kulturelle Kontakt zum jugendlichen Publikum ist. Um den Zugang von jungen Menschen zu Aufführungen im Alten Theater mehr zu fördern, wäre die Einführung eines Jugendtarifes sicherlich notwendig. Die Gelegenheit dazu würde sich ja heute bieten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, darf ich Ihnen daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion einen Abänderungsantrag mit folgendem Wortlaut übergeben:

"GR Willi Spöck namens der ÖVP-GR-Fraktion

An den Bürgermeister der Stadt Steyr Heinrich Schwarz.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Da der Argumentation des Amtsberichtes zu Präs-838/82 nicht gefolgt werden kann, stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion gem. § 11 StS und entsprechend § 8 GOG folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vorliegende Antrag zu Präs-838/82 bezüglich der Neufestsetzung der Eintrittspreise für das Alte Theater wird wie folgt abgeändert

1. die mit 1. 1. 1984 letztmals festgesetzten Eintrittspreise im Alten Theater bleiben unverändert;
2. Für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten und Präsenzdienler in Uniform wird auf die Kategorien Parkettsitze, Balkonsitz, Notsitz und Stehplatz ein Nachlaß von 50 Prozent gewährt. "

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich ersuche um geschäftsordnungsgemäße Behandlung.

Kollege Hochrathen wird auch den Antrag an die Fraktionsobmänner weiterreichen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit, auch auf eine langjährige Forderung der Österr. Volkspartei, die leider noch immer nicht funktioniert, nämlich eine bessere Koordinierung und Ankündigung von Aktivitäten durch das Kulturamt hinzuweisen. Als negatives Beispiel darf ich die gleichzeitig stattgefundenen Veranstaltungen des Kulturamtes, Vernissage in der Länderbank und Serenade der Gesellschaft der Musikfreunde am 10. Juni anführen. Es müßte doch sicherlich, wie uns das Beispiel der Stadt Wels zeigt, in Steyr auch möglich sein, einen Kulturpaß einzuführen.

Abschließend hätte ich noch einen Vorschlag an das Kulturamt. Neben der Einführung des Jugendtarifes wäre es zur Bereicherung des kulturellen Lebens in Steyr sicherlich wünschenswert, wenn wir auch die Produktionen des Landestheaters Linz, die im Theaterkeller Ursulinenhof gespielt werden, nach Steyr bringen könnten. Es handelt sich dabei um modernes Theater mit 5 - 6 Produktionen im Jahr. Die vorwiegend von der Jugend besuchten Vorstellungen sind in Linz ausgezeichnet angenommen worden. Es müßte doch auch möglich sein, von jeder Produktion ein Gastspiel nach Steyr zu bekommen. Räumlich würde sich bestens die alte Arbeiterkammer in der Färbergasse nach Rücksprache mit Vertretern des Clubs Akku anbieten. Daher meine Bitte an das Kulturamt, bei der Programmerstellung für die nächste Saison diesen Vorschlag zu berücksichtigen.

Danke.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Nächster ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Um die Wortmeldungen zu verkürzen, habe ich mich zum ersten Antrag bezüglich Tarifierhöhungen nicht zu Wort gemeldet, weil ich glaube, Werkverträge, die abgeschlossen wurden, und mit 5 Prozent erhöht werden, da kann die Stadt Steyr relativ wenig dazugeben oder wegnehmen.

Beim zweiten Tarifierhöhungsantrag ist es bereits anders, es handelt sich um das Theater der Stadt Steyr. Hier haben wir bereits gehört, gibt es eine 16,6 prozentige Erhöhung. Die ist eben besonders hoch ausgefallen. Was mich und die GAL sehr stark berührt ist, daß Veranstaltungen von fremden, sogenannte "Fremdveranstaltungen", neuerlich erhöht wurden. Ich glaube, es ist nicht zielführend, sämtliche kulturelle Veranstaltungen in irgendwelche Gewänder zu zwängen, sondern man soll versuchen, Leuten, die sich aus irgend einem Anlaß zusammenfinden, um Kultur zu machen, die Möglichkeit geben, in unserem Theater aufzutreten. Man kann diese Leute nicht immer benachteiligen. Man sollte vor allem Vergünstigungen für diese Leute schaffen, damit sie in das Theater hinein können und nicht immer erst Veranstaltungsorte aufbauen müssen, damit sie ihre kulturellen Veranstaltungen der Öffentlichkeit zeigen können.

Ich bin sehr überrascht von der ÖVP, die hier einen Abänderungsantrag stellt, den ich mir schon lange gewünscht habe, daß für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten sowie Präsenzdienler Ermäßigungen eingeführt werden. Das finde ich sehr

gut. Nur auf eine Gruppe haben Sie dabei vergessen, auf die Arbeitslosen. Ich glaube, die haben am wenigsten Geld und darum sollte man diese Personen auch mit hineinbeziehen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu den Diskussionsbeiträgen darf ich anführen, daß es sich beim heutigen Antrag um die Fortsetzung einer bisher geübten Praxis handelt. Es handelt sich nicht nur um eine Angleichung aus Gründen der Gleichheit mit den Neuen Theater, sondern es geht darum, daß natürlich auch die Kostensituation sich im Alten Theater entsprechend nach oben verändert. Die letzte Regulierung der Theaterpreise wurde im Jahre 1984 vorgenommen. Dazwischen wurden Veränderungen im Neuen Theater durchgeführt, das wurde heute schon berichtet. Die letzte Erhöhung im Jahre 1984 hat 18 % betragen und hat den Zeitraum von 1980 bis 1984 umfaßt. Wir müssen auch für das Alte Theater die Aufwendungen entsprechend ansetzen und es ist auch hier diese Regulierung, diese Tarifregulierung lediglich eine Fixierung oder eine Stabilisierung des Abganges und nichts weiter. Auf den Abänderungsantrag darf ich hinweisen, daß wir vorgesehen haben, es ist ausdrücklich im Antrag ein Passus enthalten, in besonderen Fällen – ich darf ihn noch einmal verlesen – Veranstaltungen mit hohen Honoraren, Schülerkonzerte, Jugend- und Kindervorstellungen, Veranstaltungen für ältere Mitbürger, Vorträge usw. wird der Vorstand ermächtigt, die Eintrittspreise entsprechend abzuändern. Diese Abänderung kann durchaus 50 Prozent oder, wie die Praxis zeigt, mehr sein. Es ist also hier eine flexiblere Handhabung möglich. Ich würde daher vorschlagen, dem Abänderungsantrag der ÖVP die Zustimmung nicht zu geben.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für sein Schlußwort. Bevor wir über den Antrag abstimmen, muß ich über den Abänderungsantrag der ÖVP abstimmen lassen.

Wer dem Abänderungsantrag der ÖVP die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke.

Abänderungsantrag:

Dafür: 9 Stimmen – 7 ÖVP, 1 KPÖ, 1 GAL. – Dagegen: 19 Stimmen – SPÖ-Fraktion. Damit ist der Abänderungsantrag der ÖVP mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? (9 Gegenstimmen – 7 ÖVP, 1 GAL, 1 KPÖ). Der Antrag ist damit mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im letzten Antrag, den ich Ihnen heute vorzulegen habe, geht es um die Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr, Arbeitsjahr 1986/87. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

7) VH-3700/86

Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr, Arbeitsjahr 1986/87.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 26. 5. 1986 werden die Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr für das Arbeitsjahr 1986/87 so wie im Vorjahr unverändert beibehalten, wobei jedoch die Festsetzung "Vorführung von Lichtbildern und Filmen in den Seniorenklubs bzw. im städtischen Zentralaltersheim S 140,- pro Vorführung" zu entfallen hat.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke unserem Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Wippersberger für seine Berichte das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 8 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. In diesen 8 Anträgen sind sehr viele enorm wichtige eingeschlossen.

Die ersten drei Anträge befassen sich mit dem ReinhaltEVERBAND Steyr und Umgebung. Der erste Abschnitt 05, die Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds.

Der Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

8) Wa-5450/75

ReinhalTungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 05;

Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 29. 4. 1986 wird im Zusammenhang mit der Errichtung des Bauabschnittes 05 des RHV der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für das vom Wasserwirtschaftsfonds gewährte Darlehen in der Höhe von S 80,5 Millionen (70 % von S 115 Millionen) zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag, wie schon von mir erwähnt, ist wieder ein Antrag, der den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung betrifft. Es geht um die SchlammTentwässerungsanlage und den Ankauf von Brandkalk und Eisen-III-Chlorid.

Der Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

9) Bau6-1782/76

ReinhalTungsverband Steyr und Umgebung; SchlammTentwässerungs-
anlage; Ankauf von Brandkalk und Eisen-III-Chlorid.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III – RHV vom 30. 4. 1986 werden im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Schlammmentwässerungsanlage folgende Aufträge vergeben:

1. Lieferung von Brandkalk: an die Steirische Montanwerke, Bad Ischl, zum Preis von S 406.112,--
exkl. USt
2. Lieferung von 100 t Eisen-III-Chlorid: an die Fa. Solvay Commenda, Wien, zum Preis von S 280.250,-
exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 686.400,-- (sechshundertsechszigtausendvierhundert)

werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Errichtung des Nebensammlers C – 4 St. Ulrich. Der Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

10) Bau6-4070/82

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung;

Errichtung des Nebensammlers C 4 – St. Ulrich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III für den RHV vom 20. 5. 1986 wird im Zusammenhang mit der Realisierung des Nebensammlers C 4 – St. Ulrich der Auftrag zur Errichtung des gegenständlichen Kanales an die Firma Adami, Steyr, zum Preis von S 2,123.490,- ohne MWSt übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,124.000,-- (zwei Millionen einhundertvierundzwanzigtausend)

werden bei der VA-Stelle 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Ist jemand dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Rechnungsabschluß 1985.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen !

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1985 ist Ihnen mit der Tagesordnung zur heutigen Gemeinderatsitzung zugegangen. Sie finden darin den finanziellen Nachweis für die im vergangenen Jahr gefaßten einnahmen- bzw. ausgabenwirksamen Beschlüsse. Er ist gleichsam der Nachweis für die im Finanzjahr 1985

im Gemeinderat geleistete Arbeit. Der Rechnungsabschluß 1985 ist global gesehen sehr erfreulich. Aus dem ordentlichen Haushalt konnten 16,1 Mill. Schilling dem außerordentlichen Haushalt und 13,3 Millionen den Rücklagen zugeführt werden. Diese außerordentlich gute Entwicklung ermöglichte es, daß im oH anstelle der veranschlagten 42 Millionen nur 33,9 Millionen, davon 30 Millionen bei Kreditinstituten und 3,9 Millionen beim Wasserwirtschaftsfonds aufgenommen werden mußten. Eigentlich müßte man aufgrund dieser Zahlen auch der künftigen finanziellen Entwicklung eher gelassen gegenüberstehen können. Doch besteht leider dazu kein Anlaß. Es ist sogar gefährlich, wenn man in Unkenntnis der wahren Sachlage allzu großzügig mit den Finanzmitteln umgeht und die Stadt damit in Finanzierungsschwierigkeiten bringen würde. Denn, analysiert man die Mehreinnahmen genauer, so zeigt sich, daß keineswegs alljährlich mit einem derartigen Ergebnis gerechnet werden kann. Das gute Ergebnis in der Jahresrechnung 1985 ist nämlich zum weitaus überwiegenden Teil auf die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen. Diese stieg von 34,7 Millionen Schilling im Jahre 1984 auf mehr als 55 Millionen 1985, also um 20,3 Millionen Schilling. Aber auch die Lohnsummensteuer erfuhr eine Steigerung von 70,3 Mill. 1985, demnach um 6,3 Millionen höher. Allein die Mehreinnahmen bei diesen beiden Steuerarten ergeben schon fast den Überschußbetrag im oH. Darin liegt der Grund, warum das äußerst erfreuliche Ergebnis der Jahresrechnung 1986 nicht überschätzt werden darf. Berücksichtigt man derzeit die nicht gerade erfreuliche Entwicklung in den Steyr-Werken, deren Auftragslage und Ertragserwirtschaftung äußerst bedenklich ist sowie die nur spärlichen Betriebsneugründungen im Steyrer Stadtgebiet, so muß man zwangsläufig mit einem Rückgang der Gewerbesteuer rechnen. Das ist auch schon eingetreten, worauf ich später noch zurückkommen werde. Bei der Lohnsummensteuer ergibt sich ein ähnliches Problem. Sollten die von der Steyr-Daimler-Puch AG angekündigten 450 Kündigungen im Steyrer Raum realisiert werden, so wird, trotz der jährlichen Aufwertung, auch die Lohnsummensteuer hinter den Erwartungen zurückbleiben. Aufgrund dieser ungewissen Entwicklung beim Steyrer Großbetrieb, der Steyr-Daimler-Puch AG will ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, nochmals mit Nachdruck darauf hinweisen, daß wir dieses Ergebnis für das Finanzjahr 1985 nicht überschätzen dürfen und bei allen künftigen Ausgaben, egal ob im oH oder im aoH, der Deckung der Mittel mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden muß als bisher.

Nun konkret zum Rechnungsabschluß 1985. Dieser ist mit 654,3 Millionen Schilling im ordentlichen und 103,6 Millionen im außerordentlichen Haushalt, also insgesamt mit 667,9 Mill. ausgeglichen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im ordentlichen Haushalt eine Steigerung um 41,9 Mill. oder 8 %. Diese Steigerung ist bei den Einnahmen im wesentlichen auf Mehreinnahmen bei den eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen, insbesondere, wie bereits erwähnt, auf Mehreingänge bei der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer zurückzuführen. Auch bei der Getränkesteuer wurde eine leichte Steigerung verzeichnet.

An Gewerbesteuer auf Ertrag und Kapital konnten im Jahr 1985 mehr als 55 Millionen eingenommen werden. Das ist eine Zunahme von 20,3 Mill. Schilling oder 58,6 %. An Lohnsummensteuer wurden 76,6 Mill., das sind 6,3 Mill. oder 9 % mehr als im Vorjahr beeinnahmt. Die Getränkesteuer steigerte sich um 1,3 Mill. oder 6,8 % auf 19,9 Mill. Schilling. Die Ertragsanteile, das sind die Schlüsselzuweisungen nach dem FAG, erhöhten sich von 178,7 Millionen auf 188,8 Millionen, das sind 10,1 Millionen oder 5,6 %. Bei den übrigen Steuern und Abgaben gab es nur geringfügige Veränderungen, denen keine größere Bedeutung zukommt, so daß insgesamt an Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen 410,2 Millionen eingenommen werden konnten.

Die sonstigen Einnahmen mit 30,6 Millionen Schilling betreffen vor allem Veräußerungen, Zinsen und Dividenden. An Transfereinnahmen, also Beiträgen zum laufenden Aufwand verschiedener Gemeindeeinrichtungen von Bund, Land und anderen Gemeinden konnten wir 12,9 Millionen beeinnahmen.

Bei den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes ist insbesondere die Zuführung an den

außerordentlichen Haushalt in Höhe von 16,1 Millionen Schilling hervorzuheben. Das habe ich ebenfalls schon angeführt. Dieser an sich hohe Zuführungsbetrag ist jedoch nicht allein auf die bereits erwähnten Mehreinnahmen zurückzuführen, sondern auch auf die sparsame Wirtschaftsführung im Finanzjahr 1985.

Erfreulich ist auch die Entwicklung der Ausgaben für das Personal. Betrug noch im Jahr 1983 der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben 36,1 %, so konnte dieser Anteil im Jahre 1984 auf 34,5 % gesenkt werden. Im Jahr 1985 wurde mit 34,6 % der Vorjahresstand nur unwesentlich erhöht. Absolut betrugen die Gesamtausgaben für das Personal 195,3 Millionen Schilling.

Für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand wurden 150,8 Mill. ausgegeben. Dies vor allem für Energie- und Wasserbezüge, Instandhaltung, Transporte, Miet- und Pachtzinse. In den Transferzahlungen von 68,1 Millionen sind die geleistete Landesumlage mit 17,9 Millionen Schilling und der Krankenanstaltenbeitrag mit 14,3 Mill. enthalten. Betrachtet man die Zuschüsse zu den einzelnen gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen, so sind die Pflichtschulen, die Kindergärten und Tagesheimstätten, das Zentralaltersheim und die Straßenreinigung besonders erwähnenswert. Die Pflichtschulen, das sind die Volksschulen, die Hauptschulen, die Sonderschulen und die Polytechnischen Lehrgänge, bedurften eines Zuschusses in Höhe von 26,4 Mill. Schilling. Die Kindergärten und Tagesheimstätten verzeichneten ein Defizit von 15,6 Millionen und die Straßenreinigung von 15,5 Mill. Schilling.

Auf dem letztgenannten Sektor ist 1985 eine erhebliche Verteuerung eingetreten, vor allen Dingen hervorgerufen durch den langen Winter in den ersten Monaten des Jahres 1985 und auf den baldigen Wintereinbruch im Spätherbst des vergangenen Jahres. Den Zuschußbedarf für das Zentralaltersheim will ich besonders hervorheben, da er in den letzten Jahren sehr stark angestiegen ist. War noch 1982 ein Zuschuß von 13,8 Millionen erforderlich, so erhöhte sich die Finanzierungslücke 1983 auf 16,2 Mill. und 1984 auf 19,3 Millionen Schilling. 1985 belief sich das Defizit des Zentralaltersheimes bereits auf 24,6 Mill. Dies ist eine ganz beachtliche Steigerung zum Vorjahr und zwar um 5,3 Mill. Schilling oder 27,2 %. Diese enorme Steigerung – ich habe im Gemeinderat bereits einmal darauf hingewiesen – des Zuschußbedarfes hat vor allem in der Erweiterung der Pflegeabteilung und den damit verbundenen Personalkosten ihre Ursache. Dieser enorm hohe Zuschuß stellt natürlich eine schwere Belastung des städt. Haushaltes dar.

Nun zum außerordentlichen Haushalt. Die Ausgaben des aoH in Höhe von 103,6 Mill. fanden im wesentlichen ihre Deckung durch Darlehensaufnahmen in Höhe von 33,9 Mill. Schilling, durch Kapitaltransferzahlungen in Höhe von 27,6 Mill., durch Veräußerung von unbeweglichem Vermögen in Höhe von 24 Mill. und durch eine Zuführung aus dem oH in Höhe von 16,1 Mill. Schilling. Besonders die im Vergleich zum Voranschlag geringe Darlehensaufnahme ist, wie bereits schon erwähnt, außerordentlich erfreulich. Waren im Voranschlag 1985 an Darlehensaufnahmen noch 42 Mill. vorgesehen, so ergab die Rechnung für dieses Jahr den Betrag von 33,9 Mill. Damit konnte die Verschuldung der Stadt in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Der Schuldenstand betrug am Ende des Finanzjahres 1985 464,7 Mill. Schilling und stieg demnach gegenüber dem Jahresbeginn 1985 lediglich um 18,8 Mill. oder 4,2 %. Umgelegt auf die Steyrer Bevölkerung ergibt dies einen Pro-Kopf-Schuldenstand von S 11.932.- per Jahresende 1985. Gemessen an dem, was für die Stadt Steyr und die Bevölkerung geleistet wurde und verglichen mit der Pro-Kopf-Verschuldung anderer Städte gleicher Größe stellt dies eine relativ gute Bilanz dar. Auf der Ausgabenseite sind als größere Ausgabepositionen aus der Gruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft der Ausbau der Sportanlage Rennbahn mit 13,4 Mill., die Rate für die Erweiterung der BHAK und der HBLA mit 3,8 Mill. und die Errichtung des Turn- und Mehrzwecksaales Wehrgraben mit 1,2 Mill. zu nennen. Bei der Gruppe Straßen- und Wasserbau entfielen auf den Abstieg Teufelsbach

23,1 Mill. Schilling, die Kapitaltransferzahlung an den Bund mit 6,5 Mill., die Regulierung der Steiner Straße mit 4,5 Mill., den Straßenbau in den Mühlbauergründen mit 3,9 Mill. und die Christkindl- und Schwamminger Straße mit 3,1 Mill. Schilling. Für die Wirtschaftsförderung, also für Zuschüsse und Darlehen an Klein- und Mittelbetriebe, wurden 5,6 Mill. Schilling zur Verfügung gestellt.

Weitere ausgabenintensive Gruppen des oH sind die Gruppe Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung mit 11 Mill. Schilling und die Gruppe Dienstleistungen mit 13,5 Millionen. Besonders erwähnenswert ist, daß im Finanzjahr 1985 an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 4,5 Mill. und Darlehen in Höhe von 1,8 Mill. Schilling gewährt wurden. Damit hat die Stadt einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß die Wohnungen im Stadtgebiet auch für sozial Schwächergestellte, wie z. B. Pensionisten und Jungfamilien, erschwinglich sind.

Erlauben Sie mir noch einige Worte zur Verschuldung der Stadt und zur Rücklagenentwicklung. Wie bereits erwähnt, beträgt der Schuldenstand der Stadt mit Ende des Finanzjahres 1985 464,7 Mill. Schilling. Mehr Aussagekraft in Bezug auf die Verschuldung hat jedoch der Schuldendienst bzw. die Entwicklung des Schuldendienstes. Der Schuldendienst im Jahr 1985 betrug 49,1 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Schuldendienst um 4,1 Millionen oder 9,1 % an. Vergleicht man die Steigerung des Schuldendienstes von 9,1 % mit der Steigerung der Einnahmen aus den eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen von 9,3 %, so zeigt dies, daß wir die Verschuldungsgrenze noch nicht erreicht haben, ihr jedoch in großen Schritten nähern. Sollte nämlich die Steigerung des Schuldendienstes in Prozent die Steigerung der Einnahmen aus den eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen übersteigen, muß vor einer zusätzlichen Verschuldung gewarnt werden. Dann nämlich würden zuviel der Mittel des oH für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen, so daß der Ausgleich des oH in Frage stehen würde. Gemessen an den Einnahmen des oH, das ist die für die Genehmigungspflicht relevante Größe, umfaßt der Schuldendienst 8,7 %. Er ist damit gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,1 % gestiegen und liegt damit noch weit unter der Grenze für die Genehmigungspflicht, die im Statut der Stadt Steyr mit 15 % der Einnahmen des oH festgelegt wurde.

Der Rücklagenstand hat sich, wie Sie aus dem Rechnungsabschluß ersehen konnten, gegenüber dem Vorjahr um 11,1 Millionen Schilling oder 31,6 % erhöht. Diese Rücklagenerhöhung wurde einerseits notwendig, um die Liquidität in der Kassa zu gewährleisten, andererseits um der Vorfinanzierungsverpflichtung für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, dem am Jahresende 39,2 Millionen Schilling bevorschußt wurden, nachzukommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Im Rechnungsabschluß 1985 finden Sie unter anderem auch wieder einen Sammelnachweis über die Leistungen für das Personal und über die Pensionen und sonstigen Ruhebezüge, den Dienstpostenplan, einen Nachweis über Zuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge von und an Gebietskörperschaften, einen Nachweis über den Stand an Rücklagen, Zuführungen und Entnahmen, über den Schuldenstand und Schuldendienst, einen Nachweis über den Stand der Darlehens- und Verwaltungsforderungen und Schulden, über offene Bestellungen, über den Stand an Wertpapieren und Beteiligungen, über den Stand der Haftungen, über die Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen sowie die Rechnungsabschlüsse des städt. Wirtschaftshofes und der Stadtwerke und die Dr. Wilhelm-Grohs-Stiftung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mich auch diesmal mit meinem Bericht sehr kurz gefaßt und mich dabei auf einige mir besonders wichtig erscheinende Aussagen beschränkt, da Ihnen ja der Rechnungsabschluß mit allen Details schriftlich vorliegt. Ich danke unseren Beam-

ten für dessen Erstellung recht herzlich.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit und darf nunmehr den diesbezüglichen Antrag zur Verlesung bringen:

11) Buch-7500/85

Rechnungsabschluß 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1985 wird mit Einnahmen	S 564,271.469,96
und Ausgaben (Anordnungs-Soll) im ordentlichen Haushalt von	
im außerordentlichen Haushalt von	<u>S 103,593.540,24</u>

somit insgesamt von	S 667.865.010,20
	=====

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 1985 mit Aktive und Passiva in Höhe von S 253.170.778,71 genehmigt.

Ich bitte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, diesen Rechnungsabschluß zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Kollege Vizebürgermeister Wippersberger hat uns einen sehr umfassenden Überblick über die Details des Rechnungsabschlusses gegeben und hat uns auch die Entwicklung der betroffenen Kennzahlen auf ziemlich haargenau die gleiche Art – schön langsam ist es ja Tradition – herausgearbeitet, wie ich mir es auch zurechtgelegt habe. Ich glaube, ich finde ungeteilte Zustimmung, wenn ich dem geschätzten Gemeinderat, Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wiederholung dieser Zahlen erspare.

Erlauben Sie mir also, daß ich ein wenig aus diesen Zahlen Gedanken entwickle, die in ursächlichem bzw. übergeleitetem Zusammenhang damit stehen. Hinsichtlich Verschuldung und Rücklagenentwicklung hat sich das Bild positiver – das wurde von Dir, Herr Kollege, eindeutig gesagt, – entwickelt. Eine positive Entwicklung bei einer Verschuldung wäre es natürlich, wenn sie weniger würde, das ist uns allen miteinander, glaube ich, klar, aber es hätte noch schlimmer kommen können. So war es präliminiert. In dieser Beziehung sollten wir die doch angenehme Überraschung der höheren eigenen Steuereinnahmen zur Kenntnis nehmen. Sehr erfreulich wäre es gewesen, wenn die Pro-Kopf-Verschuldung nicht höher angestiegen wäre, aber immerhin ist jeder Steyrer, ob Kleinkind oder Großpapa, seit einem Jahr mit um S 500,- mehr verschuldet, wenngleich ich einräumen muß, daß die Pro-Kopf-Verschuldung von 11.900 Schilling durchaus noch keine dramatische Größe ist, wenngleich man ja jahrelang diese Schallmauer mit S 10.000,- im Auge gehabt hat. Die Dinge verhalten sich aber nicht nur in der Stadt Steyr hinsichtlich der Verschuldung der öffentlichen Haushalte, nicht nur in der Stadt Steyr, das sage ich ausdrücklich, auch in manchen anderen Kommunen, da wiederhole ich das von Herrn Finanzreferenten Gesagte – noch wesentlich auffälliger als hier in Steyr. Die Vermögensrechnung spiegelt das Bild der Verschuldungsentwicklung wider, in dem Ausmaß, in dem die Verschuldung der Kommune erhöht wurde, ist gleichzeitig das Reinvermögen der Stadt geringer geworden. Wenn ich Sie mit diesen Zahlen nicht allzusehr langweile, so glaube ich, dient es doch ein wenig zum Überblick, wenn wir ein Reinvermögen am Anfang 1985 von 327,4 Mill. Schilling hatten, so kam es durch die Vermögensgebarung des laufenden Jahres 1985 – darum geht es ja jetzt – auf ein Reinvermögen von 319 Millionen Schilling. Das

bedeutet einen Vermögensabgang von 8,4 aufgerundet Millionen Schilling. Dieser Vermögensabgang könnte verleiten dazu, daß man sich die positive Rücklagenentwicklung anschaut und sagt, wenn der Vermögensabgang nur 8 Millionen Schilling ausmacht und die Rücklagen um 11 Millionen höher geworden sind, so wäre das an sich kein dramatisches Bild. Ich bitte aber eines zu bedenken, die Rücklagen sind im Vermögen enthalten und sind natürlich in Aktiva und Passiva kompensiert, so daß das Bild die Gegenüberstellung Vermögensrechnung und Rücklagenentwicklung nicht so ganz zulässig wäre. Ich möchte nur vor allzuviel Optimismus warnen und schließe mich da sicherlich den Worten des Herrn Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger an. Wir dürfen also keineswegs künftigen Entwicklungen gelassen gegenüberstehen, so hast Du das wörtlich formuliert, und auch wörtlich, das teile ich noch mit, es wäre unehrlich, wenn man allzu großzügig wäre. Ich unterstreiche das voll und ganz das allzu großzügig, nur muß man sich halt anschauen, wo die Großzügigkeit geboten ist und wo sie nicht geboten ist, wie es halt überhaupt so ist, wenn die Luft dünn ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, so muß man sich den Atem einteilen. Das weiß jeder, der schon einmal mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs war. Das gleiche gilt in der Wirtschaft, genau das gleiche gilt sicherlich in einer Gemeinde. Man wird also sehr sorgsam überlegen müssen, für welche Energie- bzw. für welche Anstrengung der Gemeinde der vorhandene Atem, sprich die finanziellen Ressourcen der Gemeinde eingesetzt werden können. Wir werden heute noch einige Punkte auf der Tagesordnung vorfinden, wo ich sehr wohl meine, daß es der Gemeinde zukäme, hier einmal tiefer Atem zu schöpfen. Wir werden vermutlich in den nächsten Wochen oder Monaten einige Tagesordnungspunkte erleben wo ich meine, daß hier mit dem Atem nicht sehr bewußt umgegangen wird. Ohne den Ruf zur Sache heraufzubeschwören meine ich doch, daß es unvergleichbar ist, ob wir unseren alten Mitbürgern unsere Zuwendung zukommen lassen oder ob wir das in neu zu schaffende Tennisplätze tun werden, wo doch ohnehin sehr viele Sportstätten schon vorhanden sind. Ich beende den Ausflug zu diesem Thema, ich wollte nur illustrieren und nicht vom Thema ablenken. Ich meine aber doch, daß wir uns das zu Herzen nehmen sollten. Noch einmal gesagt, in dünner Luft heißt es Atem sparen und sehr wohl auch auf die Leute Bedacht nehmen, denen wir helfen müssen, die Wegstrecke zu bewältigen. Das sind die Schwächeren und die Jüngeren und das ist auch eine kommunale Aufgabenstellung. Ich glaube, daß wir auch den Aufruf des Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger zu einem sorgsamem Umgang mit Finanzen nicht damit erledigen dürfen, daß man sagt, dann rede nicht so gescheit daher, sondern stimme einfach den Tarifierhöhungen zu. Genau werden Sie beobachten können, daß wir unter dem Gesichtspunkt, wer braucht die öffentliche Unterstützung, unsere Zustimmung oder unsere Ablehnung zu den heute in Behandlung stehenden Anträgen, seien Sie schon erledigt oder noch vor uns, geben werden. Wenn wir uns noch das Bild unseres außerordentlichen Haushaltes vor Augen führen, so sollten wir immer Voranschlag mit Rechnungsabschluß vergleichen, um daraus auch für uns selber im nachhinein die Lehre zu ziehen, Wie sorgsam sind wir denn im Jahr 1985 mit dem Atem, der uns zur Verfügung steht, umgegangen bzw. haben wir uns den Atem so vorgenommen einzuteilen, wie wir ihn tatsächlich verbraucht haben. Der Atem, den wir einzuteilen haben, der spiegelt sich wider in den Einnahmen des öffentlichen Haushalts, auch im außerordentlichen Haushalt. Wir haben schon viele Zahlen gehört, einige erwähnenswerte möchte ich noch dazusagen, aus welchen Kapiteln unser außerordentlicher Haushalt sich besonders gut erholen hat können. Vor allen Dingen im Bereich Straßenbau, Wasserbau, Verkehr von 6,7 bzw. nicht ganz 1 Million Schilling, die sich haushaltswirksam niederschlagen. Das wäre natürlich auch das von Dir, Herr Kollege Wippersberger, schon reichlich angezogene Paket des Überschusses aus dem ordentlichen Haushalt. Das alles hat uns geholfen, die außerordentlichen Ausgaben zu finanzieren in einem erfreulichen

Ausmaß, das räume ich ein, zu finanzieren, jedenfalls in einem wesentlich erfreulicheren, als dies noch beim Nachtragsvoranschlag ausgeschaut hat. Jetzt müssen wir uns aber, und Sie kennen ja die Rechenspielerlei von mir auch schon seit einiger Zeit, so daß ich Ihnen jetzt erspare, auf und ab zu addieren, sondern nur auf Kapitel gehen und zu schauen, wo Mehrausgaben stattgefunden haben bzw., das ist ja auch interessant, wo sind die Minderausgaben entstanden, denn unser außerordentlicher Haushalt ist geschwunden gegenüber dem Präliminar, das wir im Dezember 1984 gefaßt haben. Wir haben bei den Ausgaben jedenfalls mehr eingespart, als mehr ausgegeben bei den Ausgaben. Und der Anteil derjenigen Anschlagspositionen, die wir überhaupt nicht in Angriff genommen haben, ist ein ganz großer. Ich langweile Sie, noch einmal gesagt, heute nicht so sehr mit Zahlen, das können Sie im Protokoll des Nachtragsvoranschlages nachlesen. Mehr ausgegeben haben wir für öffentliche Ordnung und Sicherheit, insbesondere für das Feuerwehrwesen. Zu den Minderausgaben im öffentlichen Haushalt, die wir in allen Kapiteln finden, möchte ich nur die bedeutendsten Budgetgruppen hervorheben, weil sie auch ein wenig schmerzhaft sind, wenngleich in der Budgetkosmetik erfreulich. Ich finde es schmerzhaft, daß wir zur Gruppe 3 Kunst, Kultur, Kultus um 3,4 Mill. Schilling weniger ausgegeben haben, als ursprünglich veranschlagt. Die Aufschlüsselung auf 2 Gruppen – da werden Sie, wenn Sie das mitverfolgen, mir wahrscheinlich recht geben, daß es mir weh tut, weil das umfangreiche Thema Altstadterhaltung um 3,2 Mill. Schilling dabei zu kurz gekommen ist. Straßen- und Wasserbau im ganzen 3,4 Millionen, also ein ganz netter Brocken. Straße, Wasserbau, Verkehr aus diesem sehr umfangreichen, fraglos dem größten Kapitel des außerordentlichen Haushalts, haben wir um nicht ganz 3 Millionen Schilling Minderausgaben zu verzeichnen. Da erlauben Sie mir doch, daß ich die Abweichung aufzeichne. Im ganzen 5,0 Millionen Minderausgaben stehen 2,1 Millionen Mehrausgaben gegenüber, so daß sich per Saldo aus dem Kapitel eben die ausgewiesenen 2,9 Millionen ergeben. Die Mehrausgaben von 2,1 Millionen sind im Abstieg Teufelsbach fast ausschließlich zu finden. Die Minderausgaben von 5,0 Millionen finden wir im größten Brocken im Bereich der Steiner Straße – dieser Betrag wurde ja schon erwähnt – das ist ein schöner großer Betrag – ausgegeben wurden aber 1,7 Millionen Schilling – den haben wir uns aus dem Titel Steiner Straße in diesem Haushalt 1985 doch erspart. Wir finden die Aufschließung der Mühlbauergründe als nächstgrößere Position mit 1,1 Millionen Schilling nicht beanspruchte Mittel und einige andere Straßen, die wir hier heute mit positiver Hervorhebung des Vorhabens genannt haben, könnte ich hier jetzt als Minderausgaben auch unterstreichen, weil sie durchgeführt wurden und dabei Geld gespart wurde. Schmerzhaft, das sage ich noch einmal, sind alle jene Positionen, die nicht durchgeführt wurden. Ich erinnere wieder an die Problematik der Altstadterhaltung. Schmerzhaft finde ich es auch, daß aus dem Kapitel der Wirtschaftsförderung 484.000 Schilling erspart wurden. Ein Punkt davon daraus alleine bezieht sich auf die Darlehen für Investitionsförderung, die sind gleich um 400.000 Schilling kürzer darangekommen als präliminiert. In dem Sinne sollte man auch verschiedene Forderungen nach Sonderförderungen betrachten. Wenn man vor der eigenen Türe nicht wäscht, dann sollte man zumindest darüber nachdenken. Das Kapitel Dienstleistungen ist um 3,9 Millionen aufgerundet gekürzt worden, wobei im wesentlichen in diesen Dienstleistungen ja die Abwasserbeseitigung, Müllbeseitigung und Grundkäufe stattfinden. Die wesentlichste Abweichung hat sich aus dem Kapitel Grundkäufe und Liegenschaftskäufe ergeben, allerdings ist in den Gebäudekäufen auch eine Mehrausgabe enthalten, Rückersätze aus Storno von zurückgegebenen Grundstücken. Das ist Ihnen sicherlich beim aufmerksamen Lesen aufgefallen. Die groben Kapitelsummen wurden also sicherlich heute schon mehrfach genannt. Ich habe auch schon angeführt, daß der außerordentliche Haushalt im Vergleich zum Präliminar erheblich geschrumpft ist, es waren Ausgaben von 110,9 Millionen im Präliminar vorgesehen. Der Nachtragsvoranschlag hat sich sogar ausgeweitet auf

114,4 Millionen und der Rechnungsabschluß hat uns dann ein Ergebnis von 103,6 gebracht. Das bedeutet eine Abweichung von 10,8 Millionen zum tatsächlichen Präliminar von 1985.

Der Teufel liegt sicherlich im Detail und ich erinnere noch einmal an meinen Wunsch, daß wir uns den Atem, der uns zur Verfügung steht, in Zukunft sorgfältiger einteilen. Ich bitte bei allen Entscheidungen, tatsächlich auch in der Zukunft zu bedenken, wem nützt die Aufwendung der Gemeinde, denn die Aufwendung im Interesse möglichst aller Bürger, jedenfalls aber der Schwächeren, jedenfalls derer, die Hilfe bedürfen, aufzuwenden, ist die oberste Pflicht des Gemeinderates.

Ich bedanke mich bei den Beamten, die den Rechnungsabschluß exakt wie gewohnt erstellt haben, und erkläre namens meiner Fraktion selbstverständlich, daß wir dem Zahlenwerk die Zustimmung geben, was sich nicht auf diejenigen Positionen erstrecken kann, mit denen wir nicht einer Meinung sein konnten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Ramoser ist der Nächste.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr war 1984 bei der Erstellung des Budgets nicht in diesem Saal anwesend, darum können wir zum Rechnungsabschluß für das Jahr 1985 nur einige Anmerkungen geben. Es ist eine alte Forderung von neuen Bewegungen, die Budgetierung eines Haushaltes durchsichtiger zu machen. Es soll nicht sein, daß einige wenige Leute hier herinnen dieses Budget sehr gut verstehen, einige lesen es vor und andere stimmen zu. Ich glaube, man sollte das Budget grafisch so darstellen, daß auch der kleine Bürger von der Straße erkennen kann, in welchen Bereichen eingespart wird und in welchen ausgegeben wird. Es ist kein Verbrechen, dem Bürger zu zeigen, wo das Geld geblieben ist, und zwar so zu zeigen, daß er es auch sehen kann. Diese Forderung, das Budget durchsichtiger zu machen, transparenter, wie die SPÖ das vor Jahren in ihrer Politik verwendet hat, also transparente Politik zu machen, bedeutet auch, daß die Bürger die Möglichkeit haben, den Budgetvoranschlag zu Gesicht zu bekommen, Einsicht nehmen zu können. Es ist so, daß 14 Tage vor der Budgetdebatte und 14 Tage nach der Budgetdebatte das Budget eingesehen werden kann. Für manche Bürger ist das nicht einmal bekannt bzw. hat er nicht immer die Möglichkeit, innerhalb dieser 4 Wochen das Rathaus aufzusuchen, um hier Einsicht zu nehmen in ein Zahlenwerk, das sehr schwierig gestaltet ist, sehr rechnerisches Zahlenspiel beinhaltet. Darum unsere Forderung, geben wir dem Bürger eine längere Frist, einen längeren Zeitraum, in das Budget Einsicht zu nehmen. Die Budgetpunkte, die wir uns herausgesucht haben, waren leicht zu finden. Erwachsenenbildung S 0,-.

Gelächter

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Als Erwachsenenbildung sind S 0,- ausgeworfen, kein Eintrag. Gerade hier möchte ich sagen, daß wir mehr Geld verwenden sollen für die Bildung einer demokratischeren, bürgerlicheren und freieren Gesellschaft, als sie es heute ist. Genau das gleiche passiert beim Punkt Entwicklungshilfe. Hier wurde auch nichts eingetragen im Budget bzw. nichts ausgegeben. Ich glaube, es gehört zur Stadt Steyr, daß man auch in diesem Bereich Mittel zur Verfügung stellt, um anderen ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Da habt Ihr wirklich falsch geschaut, bei Erwachsenenbildung stimmt das sicher nicht. Man muß wissen, was ist Erwachsenenbildung, Volkshochschule, Zentralbücherei und Erwachsenenbildung. In allen drei Positionen sind Ausgabenansätze.

Einnahmenansätze sind nicht bei den sonstigen Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Erwachsenenbildung – ich gebe den Fehler zu, da fällt mir ja kein Stein aus der Krone – ist eben sehr aufgeschlüsselt, z. B. in Volkshochschule usw. Ich sehe aber Erwachsenenbildung nicht nur in der Volkshochschule, sondern ich glaube, es gibt andere Möglichkeiten, Erwachsenenbildung durchzuführen, z. B. im Rahmen des Strahlenschutzes. Es kann auch möglich sein, hier die Bürger zu bilden, hier die Bürger zu informieren.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Z. B. Zivilschutz.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Zivilschutz ist für mich etwas anderes, Herr Kollege Holub. Zivilschutz ist für mich auch etwas anderes als Strahlenschutz. Meßstationen z. B. in Steyr zu errichten, die vorgesehen und nicht errichtet worden sind, aber doch immer in der Öffentlichkeit propagiert werden, die es einfach nicht gibt in Steyr, die könnte man z. B. errichten. Das ist eine Forderung der Bürger, daß sie einmal solche Meßdaten bekommen, wenn ein Unfall wie Tschernobyl passiert. Es gibt hier noch eine Menge von...

Verschiedene Zwischenrufe.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich werde bei einer anderen Wortmeldung noch darauf zurückkommen, welche Messungen gemacht wurden, das Ergebnis jedenfalls ist sehr sehr erschütternd. Ich glaube, daß der Rechnungsabschluß für das Jahr 1984/85 von der GAL nicht angenommen werden kann, weil sie erstens in diesem Haus nicht vertreten war, und zweitens weil es einfach zu undurchsichtig ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Tremml ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wieder einmal stellt sich aufgrund der vorgetragenen Ziffern und Zahlen sowie auch im Rechnungswerk des Rechnungsabschlusses 1985 heraus, daß die Stadt Steyr bei der Erstellung des Budgets, wie ich dies bereits in meiner Budgetrede bemerkte, zu vorsichtig war. Finanzreferent Wippersberger hat heute eingangs von einem sehr erfreulichen Rechnungsabschluß und vor allem von einer sehr guten Entwicklung gesprochen. Wie jetzt der Rechnungsabschluß 1985 ergab, hat die Stadt im vergangenen Jahr um stolze 38 Millionen Schilling durch eigene Steuern und Abgaben sowie der Ertragsanteile mehr eingenommen, als präliminiert waren. Ein Teil dieser Mehreinnahmen ist auf steigendes Steueraufkommen zurückzuführen und schließlich kam auch bei Gebühren und Entgelte einiges zusätzlich heraus, wie dies auch schon vom Finanzreferenten Wippersberger vermerkt wurde, im besonderen auch bei der Getränkesteuer, wo auch das Eislutschen mit einbezogen ist. Die Personalkosten mit 195 Millionen Schilling, die Pensionen und Ruhebezüge mit 29,7 Millionen Schilling und die Aufwandsentschädigungen, die ja fast von keinem meiner Vorredner bei keiner Sitzung hier erwähnt werden, an Funktionäre, das

heißt die Politikerbezüge der Gemeinderäte, steigen etwa auch weiter an auf 7,7 Mill. S, aber – das muß ich auch sagen – sie waren fast exakt vorausberechnet. Für die Gehälter, Pensionen der Pensionisten und für Politikerbezüge mußten insgesamt 232,6 Millionen im Jahre 1985 aufgewendet werden, das sind immerhin 41,2 Prozent des ordentlichen Haushaltes. Dazu kommen noch 150,8 Millionen S für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand. Die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes, wurden wie schon Vizebürgermeister Holub in seiner Rede schon erwähnte, mit 110,9 Mill. S präliminiert, aber ausgegeben wurden nur 103,6 Mill. S und fanden ihre Deckung durch Zuführung aus dem außerordentlichen Haushalt in der Höhe von 16,1 Mill. S. Sie wissen auch noch, bei der Erstellung des Budgets waren 0 S vorgesehen, laut Nachtragsvoranschlag jedoch bereits 9,6 Mill. S. Weiters durch Rücklagenentnahme um 1,2 Mill. Schilling, Veräußerung von Vermögen bereits 24 Mill. und vor allem durch Darlehensaufnahmen in der Höhe von 34 Mill. S, womit, meine Damen und Herren, die Stadtverschuldung natürlich weiter ansteigt. Allein für den notwendigen Straßenbau mußten 41,4 Mill. S bereitgestellt werden, für die Abwasserbeseitigung 7,5 Mill. S, für die Wohnbauförderung 6,3 Mill. S und für den Ausbau der Sportanlage Rennbahn 13,4 Mill. Die Erweiterung der HAK kostet uns 8 Mill. S und der Ausbau im ZAH 4,7 Mill. Schilling. Zusammen mit der Wirtschaftsförderung, die auch schon erwähnt wurde von 5,6 Mill. S und Grundstückskäufe von weiteren 4 Mill. wurden insgesamt 86,7 Millionen Schilling aufgewendet. Positiv sind auch zu werten die hohen sozialen Zuschüsse für das Altersheim, rund 25 Mill. S, für die Kindergärten und Horte 15 Mill. S und viele andere sozialen Maßnahmen, die ich nicht einzeln hier aufzeigen möchte, in der Höhe von rund 20 Mill. S. Es freut mich auch, zumindestens für einen Teil unserer Bevölkerung, daß eine ganze Reihe von Wünschen, die ich als Forderung zum Budget, zum Finanzjahr 1985 erhoben habe, auch verwirklicht wurde. Ich nehme nur beispielhaft her die Förderung, besonders die Althausanierung auf der Ennsleite, zum Teil im Wehrgraben, die Verkehrsmaßnahmen und die Errichtung von Wander- und Radwegen und vieles andere mehr. Jedoch, meine Damen und Herren, nicht realisiert wurde die von mir vorgeschlagene neue Verkehrsregelung vor allem im großen Resthofgebiet und im besonderen im Bereich des Nordknotens, um die Lärm- und Abgasbelastungen für die dortigen Bewohner zu mildern. Auf das schärfste ist die SP-Mehrheit zu kritisieren, daß sie bis heute trotz mehrmaliger öffentlicher Aufforderung von mir nichts unternommen hat, damit das größte Landeskrankenhaus von Oberösterreich mit 950 Betten hier in Steyr endlich einmal ausgebildete Ärzte für den Einsatz mit dem Notarztwagen einstellt. Vor den Landtags- und Gemeinderatswahlen hat die jahrelange Forderung von mir auch in anderen Parteien ein Echo gefunden. So hat auch der Landtagsabgeordnete der Österr. Volkspartei, Bürgermeister Steinmayr, bei der OÖ. Landesregierung interveniert, daß der Steyrer Notarztwagen raschest mit einem Mediziner besetzt wird. Leider, so muß ich heute feststellen, hat sein Parteifreund, Landeshauptmann-Stellvertreter Possart – er ist ja auch Ehrenringträger der Stadt Steyr – bis heute nicht darauf reagiert. Ich fordere daher heute erneut alle Fraktionen im Gemeinderat auf, mitzuhelfen, daß für den Steyrer Notarztwagen rund um die Uhr die dringend erforderlichen ausgebildeten Ärzte bereitgestellt werden. Ich habe auch bereits bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1985 kritisiert, daß die präliminierten 2 Mill. Schilling für die Überdachung der von mir lange schon geforderten Kunsteisbahn, 2,2 Mill. für das Schloßmuseum und die vorgesehene 1 Mill. Schilling für Naturschutzmaßnahmen nicht ausgegeben wurden. Alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, das wissen Sie auch ganz genau, waren bisher nicht bereit, nur einen einzigen Schilling für die geforderte Sanierung und Enttarnung der Münichholzer Wohnhäuser bereitzustellen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Stadt Steyr wird aufgrund einer verfehlten Finanzpolitik der Regierung immer mehr in die Schulden getrieben. Das ist meine Auffassung. Es wurde auch festgestellt, daß im Jahre 1985 eine Neuver-

schuldung um 33,9 Mill. Schilling eingetreten ist und die Gesamtschulden der Stadt Steyr immerhin angewachsen sind auf fast 465 Millionen. Das geschieht vor allem dadurch, daß der derzeitige Finanzausgleich die Städte und Gemeinden benachteiligt und zum Zweiten daß die Stadt Aufgaben übernimmt oder übernehmen muß, die eigentlich nicht Aufgaben der Gemeinde oder der Stadt sind, sondern dem Land und dem Bund zustehen würden. Viele Millionen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werden seit Jahren vor allem ausländischen Großfirmen, wie BMW, durch die sogenannte Wirtschaftsförderung, die auch im Rechnungsabschluß zum Ausdruck kommt, zugeschanzt. Die Mehrheit hier in diesem Haus begründet und verteidigt diese Politik immer damit, daß dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden, aber sie vergessen dabei, daß zur gleichen Zeit in der Stadt Steyr und in der Umlandregion Steyr im entscheidenden Betrieb, den Steyr-Werken, hunderte Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Vizebürgermeister Wippersberger hat im Zusammenhang mit der zukünftigen Lohnsummensteuer Bedenken ausgesprochen, die neu angekündigte Abbauwelle verschärft auch diese Situation meiner Auffassung nach bedeutend. Auch im Zusammenhang mit der Neubestellung des Generaldirektors, der ja von einem westdeutschen Konzern kommt, wird sich die Linie in diesem Betrieb, nämlich des Schrumpfens, der Rationalisierung und des Personalabbaues fortsetzen und ich glaube sogar, in der nächsten Zeit noch verstärken, wie das auch die Aussagen des CA-Gewaltigen Androsch deutlich zeigen. Man will unbeirrt die Rationalisierung, diesen Schrumpfungskurs, im verstärkten Maß in einem so entscheidenden Betrieb durchziehen. Um eine Kostensenkung am Nutzfahrzeugsektor zu erreichen, werden heuer, wie wir hören, 450 Arbeiter und Angestellte, die uns betreffen, aber insgesamt im Konzern 800, aus dem Betrieb gefeuert. Im Jahre 1985, hier sprechen wir auch im Rechnungsabschluß davon, konnte am Nutzfahrzeugsektor der Umsatz pro Kopf wesentlich gesteigert werden, hier in Steyr sogar um 1,2 Millionen Schilling. Man orientiert aber schon auf westdeutsche Daten, das kann Kollege Pimsl sicherlich heute noch bestätigen, wo der Pro-Kopf-Umsatz bei 1,5 Millionen Schilling liegt. Dieses Unternehmerkonzept führt nach meiner Auffassung in der Folge dazu, daß die Belegschaft weiter reduziert wird und der verbleibende Teil einer erhöhten Antreiberei ausgesetzt wird. Auch werden die sozialen Errungenschaften weiter reduziert. Wir haben das schon gesehen in der Frage der Auflassung der Bücherei, die wir übernehmen mußten und dafür – im Rechnungsabschluß schlägt sich diese Zahl zu Buche – neu Angestellte aufnehmen mußten und mehr Ausgaben tätigen mußten. Dasselbe zeigt sich jetzt bei der Übernahme bzw. durch die Forderung des Gemeinderates, daß die Schwimmschule wieder geöffnet ist, daß auch die Stadt hier wiederum zum Handkuß kommt. Um diese soziale Leistung zumindest heuer aufrecht zu erhalten, wird die Gemeinde viele Millionen zuschießen müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch gegen Aussagen verwehren, wie sie erst kürzlich der Nationalratsabgeordnete unserer Region, nämlich Zentralbetriebsratsobmann Leithenmayr, in einer sehr holprigen Radiorede vor wenigen Tagen gemacht hat. So wie er sich im März mit den 210 Kündigungen im Werk abgefunden hat, so findet er sich nun offenbar mit der neu angekündigten Abbauwelle ab. Dabei beträgt unter Einrechnung der in den vorzeitigen Ruhestand geschickten Kollegen die Personalreduzierung seit Anfang des Jahres 1986 bereits 360 Personen. Sollten nun wirklich diese 450 Arbeiter und Angestellten gekündigt werden, steigt bis Jahresende die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze in unserer Stadt im Steyr-Werk auf über 800 an. Das ist für unsere Stadt eine ausgesprochene Horrorzahl, weil damit das soziale Gefüge ins Wanken kommt und über die Stadt hinaus die ganze Region schwer getroffen wird. Die Arbeiter und Angestellten werden auch diesmal wieder zum Sündenbock einer verfehlten Konzernpolitik gestempelt. Die Fortsetzung dieser Managerpolitik unter ihrem CA-Chef Androsch, die auf Arbeitsplatzvernichtung abgestellt ist, meine Damen und Herren, muß verhindert werden. Ich appelliere daher an den gesamten Gemeinderat, den Vorgängen im Steyr-Werk nicht tatenlos zuzu-

sehen und die Arbeiter und Angestellten im Sinne der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze voll zu unterstützen. Weiters geht es auch darum, die Umwandlung der aus öffentlichen Mitteln stammenden Sanierungsmilliarden mit Arbeitsplatzvernichtungsprämien zu verhindern und dem weiteren Personalabbau entschieden entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, abschließend möchte ich sagen, daß die Stadt Steyr so wie viele andere Gemeinden für die Lösung vieler kommunaler Probleme über viel zu wenig Finanzmittel verfügt und folglich die Verschuldung, wie wir im Rechnungsabschluß 1985 sehen, weiter anwächst. Vor allem dadurch, daß die Stadt Aufgaben übernimmt, wie ich schon gesagt habe, die uns eigentlich nicht zustehen. Ich meine dabei die Millionenförderung an die Privatwirtschaft, an die in- und ausländischen Großbetriebe. Denn im Ergebnis werden den Bewohnern unserer Stadt Mehrbelastungen durch Gebühren- und Tarifierhöhungen aufgebürdet. Die KPÖ-Fraktion lehnt eine solche unsoziale Lösung der Finanzprobleme in unserer Stadt, wie Sie wissen, grundsätzlich ab. Gelöst werden kann meiner Meinung nach dieses Problem nur dadurch, daß eben Bund und Land endlich ihrer Verpflichtung nachkommen und den Gemeinden für ihre gestiegenen Aufgaben auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Ich glaube, darüber herrscht weitgehend auch hier im Rathaus Übereinstimmung, daß die herkömmlichen Finanzierungssysteme und Methoden bei weitem nicht ausreichen, um den Städten die Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu ermöglichen. Es wird daher in Zukunft an uns Kommunalpolitikern liegen, daß wir für die Entwicklung unserer Stadt mehr und genügend finanzielle Mittel gemeinsam nicht erbetteln, sondern erkämpfen.

Den Ziffern und Zahlen des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1985 gibt die KPÖ-Fraktion die Zustimmung, allerdings ausgenommen jene Posten, die von mir bereits bei der Beschlußfassung abgelehnt wurden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag, dem Rechnungsabschluß 1985? Das ist nicht der Fall, ich erteile daher dem Referenten das Schlußwort.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte nicht auf alles im Detail eingehen. Kollege Holub, ein bißchen polemisch warst Du schon in Deinen Ausführungen, denn gerade wir, die sozialistische Fraktion, haben einen Schwerpunkt unserer budgetären Maßnahmen für sozial Schwächere gesetzt. Wenn Sie allein bedenken, daß der Zuschußbedarf für unsere älteren Menschen bei weit mehr als 30 Millionen Schilling liegt. Da Vergleiche zu ziehen mit der eventuellen Errichtung eines Tennisplatzes mit einem Zuschuß von einigen hunderttausend Schilling, ist doch an den Haaren herbeigezogen. Die Aufgaben einer modernen Kommunalverwaltung sind so umfassend wie unser heutiges Leben selbst, das habe ich schon mehrmals auch in diesem Kreis erwähnt. Es beginnt bei der Geburt eines Kindes, mit der Ausgabe eines Gutscheines für ein Säuglingswäschepaket und endet, das ist etwas makaber, wenn man das sagt, bei der städtischen Bestattung. Dazwischen liegt das Leben mit all seiner Vielfalt. Die Gemeinde ist fast bei jedem Punkt, der in diesem Leben gesetzt wird, mit engagiert. Ob das das Vereinsleben ist, ob das das kulturelle Leben ist, ob Sport oder Jugenderziehung oder die Betreuung älterer Menschen ist, Wohnbau usw. Die Gemeinde muß überall mithelfen und ist mit engagiert dabei. Besonders polemisch ist auch Deine Aussage, was die Wirtschaftsförderung anbelangt. Es wäre überhaupt, da gebe ich Kollegen Tremel recht, nicht Aufgabe der Gemeinde, es steht der Gemeinde nicht zu, Wirtschaftsförderung zu betreiben. Das ist Aufgabe des Bundes, Aufgabe des Landes. Hier muß ich sagen, es ist bedauerlich, daß die Gemeinde in den letzten Jahren in zunehmendem Ausmaß

diese Wirtschaftsförderung betreiben muß und dafür andere Sachen zurückgestellt werden müssen. Aber wir müssen das tun und ich werde noch darauf zurückkommen, eben die Arbeitsplätze in Steyr so weit als möglich zu erhalten, um so viele Arbeitsplätze wie möglich unserer Bevölkerung anbieten zu können.

Kollege Ramoser, Sie kennen sich halt wirklich nirgends aus. Das Budget bzw. der Rechnungsabschluß sollten Ihrer Meinung nach durchsichtiger sein. Kollege Ramoser, auch wir haben uns an Gesetze zu halten. Es gibt eine Verordnung, es gibt ein Gesetz, wo genau festgelegt ist, wie ein Rechnungsabschluß und wie ein Voranschlag ausschauen muß. Genau das müssen wir tun. Wir haben ein Kontrollamt, wir haben übergeordnete Stellen, die das genau überprüfen, es gibt einen Rechnungshof, der uns sofort rügen würde, würden wir da etwas anders machen. Wir müssen uns hier an das Gesetz halten.

Zur Einsichtnahme durch die Bürger, auch hier gilt das gleiche. Erwachsenenbildung, hier darf ich Ihnen sagen, Herr Kollege, 6,7 Millionen Schilling haben wir im letzten Jahr für die Erwachsenenbildung z. B. ausgegeben. Z. B. Volkshochschule, Bücherei, es ist ja bereits einiges erwähnt worden.

Kollege Tremml, wenn Du sagst, das Budget ist etwas zu vorsichtig erstellt. Diesen Vorwurf lasse ich mir ganz gerne gefallen, lieber zu vorsichtig als zu wenig vorsichtig. Das hat sich noch immer bewährt. Daß die Stadtverschuldung weiter angestiegen ist, ist tragisch, aber wir haben sie gerade im Vorjahr, weil eben die Einnahmenentwicklung so günstig war, doch ganz gut meistern können, ganz gut in den Griff bekommen. Die Verkehrsregelung Nordknoten, auch das ärgert mich sehr, denn wir als Gemeinde sind bereits vor 9 Monaten an das Land herantreten, an die Bundesstraßenverwaltung, an die Landesbaudirektion und haben einen Vorschlag unterbreitet und haben ersucht, daß dieser Vorschlag in die Tat umgesetzt wird. Wir haben zu diesem Zweck mit Gemeindemitteln den Blümelhuberberg ausgebaut, wir haben 2 Millionen Schilling ausgegeben, damit es dort zu einer Verkehrsberuhigung kommt und haben eine Verkehrslösung vorgeschlagen. Aber diese Lösung können nicht wir machen, das ist eine Bundesstraße und hier ist die Landesbaudirektion zuständig. Wir haben bereits mehrmals in dieser Sache, besonders in der letzten Zeit, bei der Landesbaudirektion urgiert.

Zur Förderung ausländischer Unternehmen möchte ich sagen, auch ich habe keine Freude damit, aber ich kann nur immer wieder sagen, ich habe das in diesem Kreis schon mehrmals gesagt, wenn wir diese Wirtschaftsförderung nicht gemacht hätten, wie würde es denn aussehen in Steyr? BMW hat immerhin 1500 bereits geschaffen, die Fa. Dräxlmair hat auch bereits 250 Arbeitsplätze. Diese Firmen wären nicht da, und bereits bei diesen zwei Betrieben hier in Steyr hätten wir um 1750 Arbeitsplätze weniger. Wie groß wäre da die Arbeitslosigkeit in Steyr, wenn wir diese Firmen nicht hier hätten.

Ich danke für die Zustimmung, Kollege Tremml. Das war im wesentlichen alles und ich möchte mich nicht weiter ins Detail begeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Enthaltung (GAL – GR Ramoser) angenommen

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Meine nächstfolgenden Anträge befassen sich mit der Neufestlegung verschiedener Gebühren. Gestatten Sie, daß ich vorweg zusammenfassend dazu einige Feststellungen treffe. Eine Tarif- oder Gebührenermäßigung, sie sind wohl eher eine Ausnahme, aber über eine solche Ausnahme, z. B. die Ermäßigung des Gasabgabepreises, werden wir heute auch befinden, sind naturgemäß angenehm, weil sie populär sind. Zu den Aufgaben im Gemeinderat gehören aber nicht nur angenehme, sondern auch unangenehme und unpopuläre Maßnahmen und dazu gehören vor allem Beschlüsse über Gebühren- und Tarifierhöhungen. Meine nächsten vier Anträge und einige ähnlich gelagerte Anträge werden im Verlauf der heutigen Sitzung noch folgen, gehören zu den unpopulären Aufgaben eines Gemeinderates. Ihre Frage vorweg genommen, warum wir gerade jetzt notwendig gewordene Tarif- und Gebührenerhöhungen vornehmen und nicht schon früher; ein Jahr oder zwei Jahre zuvor, dazu sei grundsätzlich festgestellt, daß Gebühren- und Tarifveränderungen einer langen und gründlichen Überlegung bedürfen und nur dann vorgenommen werden sollen, wenn deren Notwendigkeit unabdingbar ist.

Die Einnahmenentwicklung der Gemeinde insgesamt gesehen, war in den letzten beiden Jahren 1984 und 1985 durchaus erfreulich. Ich erinnere Sie an den Rechnungsabschluß des Jahres 1984, der mit Mehreinnahmen im Ausmaß von 45,3 Millionen abschloß und ich erinnere an den eben behandelten Rechnungsabschluß für das Jahr 1985, welcher Mehreinnahmen von 41,9 Millionen aufweist. Anbetracht dieser sehr erfreulichen Entwicklung auf der Einnahmenseite haben wir daher auf Gebühren- und Tarifierhöhungen in den letzten beiden Jahren weitgehend verzichten können.

Wie schaut nun die Einnahmenentwicklung im heurigen Jahr, im Jahr 1986, aus? Der Zwischenabschluß per 31. 5. dieses Jahres ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, leider alles andere als erfreulich. Wir liegen nicht nur nicht wesentlich über den veranschlagten Zahlen wie in den Jahren 1984 und 1985, sondern im Gegenteil etwas darunter. Während wir mit 31. 5. 1984 bereits Mehreinnahmen im Ausmaß von 14,049.000,- verzeichnen konnten und mit 31. 5. 1985 abermals Mehreinnahmen mit knapp 14 Millionen, nämlich 13,934.000,- hatten, zeigt der Zwischenabschluß per 31. 5. dieses Jahres ein Minus von S 649.000,-. Wir werden dennoch, wenn diese Entwicklung so weiter anhält, in diesem Jahr nicht mit Mehreinnahmen, sondern sogar mit Mindereinnahmen rechnen müssen und das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist für mich der entscheidende Grund, längst fällig gewordene Tarifierhöhungen nunmehr vornehmen zu müssen. Die negative Einnahmenentwicklung in diesem heurigen Jahr zwingt uns dazu. Diese Tarif- und Gebührenerhöhungen sind zum einen vor allem eine aus budgetnotwendigen Maßnahmen und zum anderen teilweise auch noch aus einem anderen Grund notwendig geworden. Bei der Kanalbenützungsgebühr und der Wasseranschlußgebühr, über die wir heute auch noch befinden werden, handelt es sich um eine Verordnung der OÖ. Landesregierung und wenn wir dieser Verordnung nicht nachkommen, gehen uns nicht nur Mehreinnahmen aus der geplanten Gebührenregelung verloren, wir müßten gleichzeitig auch damit rechnen, künftighin keine Landesförderung mehr zu bekommen und das würde zusätzlich den Verlust von vielen Millionen Schilling pro Jahr bedeuten. Nun möchte ich aber nochmals auf unsere derzeitige budgetäre Lage zu sprechen kommen. Wir haben im heurigen Jahr beim aOH bereits Kreditüberschreitungen von mehr als 20 Millionen Schilling in Vormerkung. Ein Beispiel ist der heute zur Beschlußfassung kommende Wehrgrabensteg und der Schloßleitenweg, der wird immerhin um 6 Mill. mehrkosten als veranschlagt wurde. Wir laufen Gefahr, wenn sich die Einnahmenentwicklung in diesem Jahr nicht stark verbessert und wir darüber hinaus bei den Ausgaben beim aOH Dinge, die wir im Budget bereits beschlossen haben, nicht zurückstellen, daß wir wesentlich höhere Kreditaufnahmen in diesem Jahr tätigen müssen. Wir laufen Gefahr, daß wir anstelle der im Budget vorgesehenen 30 Millionen an Kreditaufnahmen 50 oder 60 Millionen Schilling aufnehmen müssen.

Das heißt zusätzlich Schulden in größerem Umfang und das würde unsere Gesamtverschuldung sprunghaft ansteigen lassen. Und Schulden müssen bekanntlich mit Zinsen und Zinseszinsen zurückbezahlt werden. Dieser Schuldendienst würde die Haushaltsvoranschläge der kommenden Jahre in einem kaum vertretbaren Ausmaß belasten. Von einer Budgetkonsolidierung könnte dann nicht mehr die Rede sein, nur mehr von einer stark ansteigenden Verschuldung und gerade das wollen wir alle doch nicht. Ich appelliere daher an Ihr Verständnis für diese notwendig gewordenen unpopulären Maßnahmen hinsichtlich Gebühren- und Tarifierhöhungen und ich appelliere an Ihr Verantwortungsbewußtsein als Gemeinderat unserer Stadt. Die Tarif- und Gebührenerhöhungen, die wir heute zu beschließen haben, sollen der Stadt in diesem Jahr insgesamt etwa 2,5 Millionen an zusätzlichen Einnahmen bringen. Sicherlich eine Belastung für jeden einzelnen Haushalt, für jeden einzelnen Bürger, aber diese Belastung hält sich, wie wir meinen, doch in vertretbaren Grenzen. Die Mehrbelastung pro Haushalt wird im Durchschnitt bei etwa S 25,- pro Monat liegen. Nochmals daher mein Appell an Sie, den vorliegenden Anträgen Ihre Zustimmung nicht zu versagen. Stellen Sie etwaige parteipolitische Überlegungen in den Hintergrund, beweisen Sie Ihre Größe, indem Sie Verantwortungsbewußtsein zeigen und auch unpopulären Maßnahmen, die notwendig geworden sind, Ihre Zustimmung geben.

Und nun konkret zu den vorliegenden Anträgen.

Bei der Kanalanschlußgebührenordnung handelt es sich um ein notwendig gewordenes Nachziehverfahren. Die Kanalanschlußgebühr soll von derzeit S 100,- für Neubaugebiete auf S 110,- und für Altbaugebiete von derzeit S 30,- auf S 35,-/m² exkl. USt. angehoben werden. Ich bitte Sie, den Antrag, den ich jetzt kurz verlesen möchte, zur Kenntnis zu nehmen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

12) GemXIII-3139/86

Kanalanschlußgebührenordnung; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. April 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit der der § 3 Abs. 3 und der § 5 der Kanalanschlußgebührenordnung der Stadt Steyr geändert wird, genehmigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Pickl.

GEMEINDERAT RUDOLF PICKL:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren!

Durch die Teilung in Altbau- und Neubaugebiete, die in der Kanalanschlußgebührenordnung der Stadt Steyr Platz greift, ist ein direkter Vergleich mit den Mindestsätzen des Amtes der OÖ. Landesregierung nicht möglich und auch nicht richtig. Beim Neubaugebiet werden schon bisher verordnete Tarife in vielen Fällen durch Gewährung von Nachlässen nicht eingehalten. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Aber diese Übung verdeutlicht, daß die Kostendeckung offensichtlich nicht beabsichtigt oder nur rhetorisch besteht. Voll bezahlen wird auf jeden Fall wieder der Häuslbauer, der Siedler, die GWG und die anderen Wohnungsunternehmungen. Einerseits will man alles daransetzen, Betriebe und Private in die Stadt zu bekommen bzw. hier zu halten, andererseits werden dann solche Bemühungen durch Tarifierhöhungen erschwert. Außerdem sind wir der Meinung, daß diese Erhöhungen keine wesentliche Budgetwirksamkeit erzielen werden. Aus den vorgenannten Gründen können wir diesem Antrag die Zustimmung nicht erteilen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wer wünscht dazu noch das Wort? Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es werden heute insgesamt 10 Anträge auf Tarifierhöhungen hier behandelt. Von diesen 10 Anträgen wurde die GAL bei keinem eingeladen, auch nur ein Wort dazu zu sagen. Heute sollen wir mitbestimmen und mitverantworten. Es kann doch nicht sein, daß im Gemeinderat, dem höchsten Organ der Stadt Steyr, diese Anträge auf den Tisch flattern und die Parteien müssen einfach zustimmen. Wenn es vorher keine Absprachen gibt, wenn es vorher keine rhetorischen Überlegungen gibt, wie man die Sache gemeinsam angehen kann, so kann nachher nicht verlangt werden, daß wir mitstimmen. Wir verstehen durchaus, daß ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Ramoser, darf ich berichtigen, wir haben in einer Fraktionsobmännerbesprechung sehr ausführlich darüber gesprochen und in den Ausschüssen ebenfalls.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

In den Ausschüssen ist nichts besprochen worden, mir ist nichts bekannt, daß darüber etwas gesprochen wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie sagen hier dauernd Unwahrheiten. Wenn ich hier als Vorsitzender spreche, haben Sie ruhig zu sein, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Ich möchte betonen und richtigstellen, daß das, was Sie jetzt gesagt haben, nicht stimmt. Es ist vorbesprochen worden und Sie sind eingeladen gewesen zur Fraktionsobmännerbesprechung und es ist in den Ausschüssen besprochen worden. Sie können doch nicht dauernd Unwahrheiten sagen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte richtigstellen, bei der Fraktionsobmännerbesprechung sind mir diese 10 Anträge übergeben worden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in einer Stunde 10 Anträge behandelt. Man hätte diese Anträge mindestens ein bis zwei Wochen vorher übergeben müssen, dann hätte sich die Fraktion besprechen können darüber. Man kann zwar sagen, es ist mit den Fraktionen oder mit den Fraktionsobmännern abgesprochen worden, die Anträge werden auf den Tisch gelegt und es wird sofort von den Fraktionen verlangt, daß sie dazu Stellung nehmen. Der GAL ist das nicht möglich. Vielleicht ist es der ÖVP oder KPÖ möglich ist, innerhalb von 10 Minuten darüber zu entscheiden, was die jeweilige Partei dazu zu sagen hat.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Du hast gesagt, Du hast nichts gewußt davon, nicht daß Du in der Geschwindigkeit nicht entscheiden kannst, das bleibt Dir unbelassen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Aus diesen Gründen möchte ich bitten, daß man diese Anträge in die Fachausschüsse zurückschickt und sie dort neuerlich behandelt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Treml ist der nächste Sprecher.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe in meiner grundsätzlichen Erklärung beim zweiten oder dritten Tagesordnungspunkt einige politische grundsätzliche Auffassungen bekanntgegeben, nämlich die grundsätzliche Stellung der kommunistischen Partei ist, daß kommunale Leistungen auf keinen Fall kostendeckend sein müssen, sondern es ist Aufgabe einer Gemeinde, bestimmte kommunale Aufgaben im Interesse der Bevölkerung zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, ich habe auch in den zuständigen Gremien Stellung genommen, nicht nur in der Fraktionsobmännerkonferenz, wo wir zum ersten Mal konfrontiert wurden mit diesen Tarifierhöhungen, so war es auf jeden Fall schon möglich, wenn man sich ernsthaft mit den Problemen der kleinen Leute unserer Stadt beschäftigt, sich innerhalb von 10 oder 12 Tagen zumindest eine Meinung zu bilden. Aber grundsätzlich ist es so, daß eine Partei ein bestimmtes Programm hat. In unserem Programm ist das ausgedrückt, was ich einleitend gesagt habe. Dadurch fällt es mir auch etwas leichter, trotz 1-Mann-Fraktion, fast zu allen Themen einen nicht unwesentlichen Beitrag zu leisten. Ich habe auch im Finanz- und Rechtsausschuß, wo sämtliche Akten durchgehen Bedenken angemeldet zu dieser enormen Teuerungswelle, die von der Mehrheit ausgelöst wurde. Es genügt halt einfach nicht,

wie es heute gesagt wird und appelliert wird an die anderen Parteien, reißt Euch zusammen und macht mit bei unpopulären Maßnahmen. Ich bin einverstanden damit, wenn man es vorher den Wählern gesagt hätte, da hat man ja die Möglichkeit gehabt in vielen wunderbaren Zeitschriften und farbigen Prospekten, daß sie mitentscheiden können. Das haben Sie ja nur, meine Damen und Herren, dann, alle sechs Jahre und das ist verdammt wenig. Aber dann soll man nicht hier im Rathaus Überstunden machen – das ist vielleicht etwas übertrieben – bei den Beamten, daß man diese Akten durchbringt, sondern rechtzeitig 10 oder 12 Tage vorher sollten sie bei den Fraktionen zur Bearbeitung vorliegen. Die KPÖ-Fraktion stimmt natürlich gegen die beantragte Gebührenordnung, weil sie die 10 bzw. 16,6 prozentige Erhöhung der Kanalanschlußgebühren damit sanktioniert.

Meine Damen und Herren, es ist auch gesagt worden, im Neubaugebiet steigt diese Anschlußgebühr von S 100,- auf S 110,- exkl. MWSt. Da kommt ja auch immer so ein Verwirrspiel heraus, einmal ist es inklusive, einmal exklusive. Das heißt, daß man ohne weiteres auch sagen kann, das kostet eben so und soviel. Im Kanalaltbaugebiet wird das sogar um 16,6 Prozent, von 30,- auf S 35,- exkl. MWSt erhöht. Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die noch nicht so alt wie ich sind bzw. noch nicht so lange im Gemeinderat sind, möchte ich doch sagen zum Vergleich, auch wenn es ein bißchen schwer ist, wir haben im Jahre 1976, also vor 10 Jahren, für die Kanalanschlußgebühr pro verbaute Fläche S 15,-/m² gehabt. Das möchte ich nur in Erinnerung rufen, daß man doch in den letzten Jahren einiges verändert hat, auch bei den Leistungen, die geboten werden. Diese Steigerung steht aber auf keinem Fall im Einklang mit der Steigerung der Einkommen der Arbeiter und Angestellten. Ich habe so den Eindruck und das habe ich auch im Finanz- und Rechtsausschuß gesagt, mir zumindest kommt es so vor, wenn es auch hier nicht um Millionenbeträge geht, die die Bewohner in der nächsten Zeit belasten, daß man auf der einen Seite eine solche Politik macht, die ich nicht verstehe. Wir haben bei größeren Betrieben die Situation, daß meistens auf die Kanalanschlußgebühren verzichtet wird oder daß man zumindest verringert auf den kleinen Betrag also in Zukunft auf die S 35,-. Aber dem kleinen Häusbauer oder den Mietern der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften lastet man den vollen Betrag auf, weil er ja nicht unmittelbar gesehen wird von den Mietern, sondern erst auf dem Umweg über die erhöhte Miete. Dagegen spreche ich mich aus und rede daher auch von einer unsozialen Erhöhung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Nächster Sprecher ist Kollege Holub.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Vielleicht angesichts der Tatsache, daß die Wellen zuerst etwas höher gegangen sind, ein klärendes Wort zum Prozedere. Die Meinung meiner Fraktion hat Kollege Pickl schon ausführlich und klar zur Kenntnis gebracht. Da will ich nichts wiederholen, da will ich nichts hinzufügen. Ich möchte nur Kollegen Ramoser eine Kleinigkeit zur Aufklärung sagen, wenngleich auch Kollege Zagler vorhin gemeint hat, man kommt da in die Rolle des Nachhilfestundengebers. Ich glaube, daß auch das Publikum hier im Raume erfahren müßte um die Vorgangsweisen. Wir haben eine Annehmlichkeit, die nicht in allen Gemeinden üblich ist, daß den Gemeinderäten dieser Stadt die Akten vor den Sitzungen mit Antrag und Amtsbericht zugestellt werden. Das zu den jeweiligen Fraktionsterminen, die zumindest von der sozialistischen Partei und der Volkspartei, weil sie halt mehr sind, terminisiert sein müssen, weil halt mehr Leute zu einem bestimmten Termin an einem bestimmten Ort geplant zusammengeführt werden müssen. Bei Einmannfraktionen scheint es mir etwas einfacher zu sein, Fraktionssitzungen abzuführen. Daher glaube ich schon, daß Sie sich nicht so sehr an

die Terminplanung gebunden fühlen. Wenn aber jetzt im Rahmen einer Fraktionsobmännersitzung, die im allgemeinen Verhandlungsapparat überhaupt nicht vorgeschrieben ist, weder im Statut noch in der Geschäftsordnung, vor den Fraktionsterminen die Unterlagen den Fraktionsobmännern zur Verfügung gestellt werden, so ist das in der Tat eine Annehmlichkeit, die Bürgermeister Schwarz wieder eingeführt hat. Herr Kollege Ramoser, ich bin wirklich nicht dazu berufen, die sozialistische Fraktion zu verteidigen, verstehen Sie mich da bitte nicht falsch. Ich kann mich sehr wohl an Zeiten in diesem Gemeinderat erinnern, wo das durchaus nicht so war und wo Sie durchaus recht gehabt hätten, von Überfällen zu sprechen. Die Farbe hat sich geändert und der Stil hat sich geändert. Jetzt heißt unser Bürgermeister Schwarz und ich finde, daß er mit seiner Art die Stadt zu führen, sicherlich den richtigen Weg hat. Man sollte jetzt nicht hergehen, aus dieser an sich humanen Führung und aus dem an sich humanen Verhalten den anderen Fraktionen gegenüber publizistisch, demagogisch Vorwürfe zu machen und daraus die öffentliche Stimmung zu beeinflussen versuchen. Ich glaube, wir als Demokraten sollten eher das sachliche Argument, die sachliche Unterschiedlichkeit in den Vordergrund unserer Argumentation stellen, weil ich nur überzeugt sein kann, daß wir als homogenes Gefüge – so etwas ist eine Gemeinde, auch wenn verschiedene Parteien drinnen auftreten. Gott sei Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, leben wir in einem Staat, der es zuläßt, verschiedener Meinung zu sein. Wir kommen gerade aus einer Gegend, wo das nicht so ist und wir haben alle miteinander den Eindruck mitgewonnen, daß wir sehr froh und glücklich sein müssen, hier in diesem Staat Österreich, in diesem Land Oberösterreich und besonders hier in dieser Stadt Steyr zu leben. Ich bin froh und stolz darauf, ein klein wenig mit beigetragen zu haben, daß der Ton in diesem Gemeinderat ein sehr sachlicher wurde, auch wenn Meinungsverschiedenheiten immer vorhanden sein werden, auch wenn es Ansichtsunterschiedlichkeiten immer geben muß, sonst wären wir ja alle in einer Partei beisammen. Ich warne Sie, Herr Kollege Ramoser, tun Sie das nicht übertreiben, das gute Klima in der Gemeinde ist nicht nur, damit wir es hier commod haben, sondern davon resultiert eine gedeihliche Zusammenarbeit für unsere Bürger, für die wir alle da sind. Ich bitte Sie, das zu bedenken. Sind Sie doch ein bißchen behutsamer mit den Aussagen, es wäre wirklich schade um das zarte Pflänzchen Frieden hier in der Gemeinde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedaure es sehr, ich bedaure es sehr, der Gebühren- bzw. Tarifierhöhung die Zustimmung zu geben, und zwar im Hinblick auf die wirklich schwierige budgetäre Lage im Augenblick, auf die schlechte Einnahmenentwicklung im heurigen Jahr, daß dieser Appell anscheinend bei den anderen Parteien auf fruchtlosen Boden gefallen ist.

Zu Kollegen Ramoser, das ist ja schon gesagt worden, wir haben am 12. Juni die Fraktionsobmännerbesprechung abgeführt, dabei wurden Ihnen die Unterlagen überreicht. Bei dieser Fraktionsobmännerbesprechung war Gelegenheit, auch darüber zu sprechen. Eine Woche später, am 19. Juni, wurden alle diese Dinge im Finanz- und Rechtsausschuß behandelt, auch da konnte man ausführlich darüber reden. Ich muß leider feststellen, Herr Kollege Ramoser, das habe ich Ihnen bei der letzten Fraktionsobmännerbesprechung schon sagen müssen, obwohl ich es nicht sehr gerne tue. Die GAL nimmt es in Ihren Aussagen – das war auch bei letzten schriftlichen Aussendung so – mit der Wahrheit nicht sehr genau, ja im Gegenteil, es werden zum Teil Dinge behauptet, die überhaupt nicht stimmen. Kollege Trembl, ich habe es schon gesagt, aber vielleicht hast Du zu wenig auf ge-

paßt, man hätte es bereits vor der Wahl den Wählern sagen müssen. Ich habe doch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wir haben uns schon voriges Jahr damit befaßt und gesehen, daß die Einnahmenentwicklung 1984 und 1985 wirklich eine überaus erfreuliche war. Das war der Grund, daß wir gesagt haben, bei diesen Mehreinnahmen, bei dieser Einnahmenentwicklung können wir darauf verzichten. Jetzt schaut die Sache anders aus, denn das sind ja keine Hausnummern, die ich erwähnt habe. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres, Abschluß Ende Mai, schaut es fast trostlos aus. Statt 14 Millionen Mehreinnahmen genau S 649.000 Mindereinnahmen. Das, was Du zuerst gesagt hast mit der Kanalanschlußgebührenordnung, daß wir vor 10 Jahren noch S 15,- bezahlt haben, da glaube ich, bist Du auch im Irrtum. Ich habe diesen Amtsbericht, da steht ziemlich genau drinnen, daß seit 1. 1. 1974 diese Gebührenordnung bereits bestätigt ist. Ich glaube, das ist ein Irrtum ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich würde Dir empfehlen, einmal genau nachzuschauen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich werde nachschauen, aber ich kann mich jetzt nur an den Amtsbericht halten und da steht ausdrücklich drinnen, seit Jänner 1974 ist keine Veränderung eingetreten, außer der Veränderung am 1. Jänner 1984, wo man das exclusive Mehrwertsteuer gemacht hat.

Das wären meine Aussagen zu den Ausführungen der Debattenredner. Ich würde Herrn Bürgermeister bitten, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist mit 9 Gegenstimmen (7 ÖVP, 1 GAL, 1 KPÖ) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Kanalbenützungsgebühr. Die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr ist, wie schon von mir eingangs erwähnt, nicht nur aus budgetären Gründen, sondern auch aufgrund einer Verordnung der OÖ. Landesregierung notwendig geworden. Mit Erlaß der OÖ. Landesregierung vom 12. März 1986 wird festgelegt, daß die Kanalbenützungsgebühr per 1. 7. 1986 S 11,50/m³ einschließlich USt zu betragen hat. Dieser Verordnung müssen wir daher auch, um die Landesförderung nicht zu gefährden, unbedingt Rechnung tragen.

Ich darf nun den Antrag in Kurzform verlesen:

13) GemXIII-3139/86

Kanalbenützungsgebührenordnung; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 22. Mai 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit der § 4 Abs. 2 der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr ab 1. Juli 1986 auf den Wortlaut "Die Höhe der Kanalbenützungsgebühr beträgt S 10,45 für jeden Kubikmeter Wasser, der auf dem angeschlossenen Grundstück entweder aus der städtischen Wasserversorgung oder aus einer anderen Versorgungsanlage verbraucht wird" geändert wird, genehmigt. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Antrag steht zur Debatte. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Lieber Freund Kollege Wippersberger, Du wirst jetzt sofort erkennen, daß wir nicht justament gegen alles nein sagen, wenn wir von der Richtigkeit des Beschlusses bzw. von dessen Unvermeidbarkeit überzeugt sind. Beides trifft in diesem Fall zu, daher erkläre ich im Namen meiner Fraktion die Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte kurz Stellung nehmen zu den Vorwürfen, die jetzt gegenüber der GAL gemacht wurden und ich hoffe, daß man mir nicht sofort das Wort entziehen wird. Fachausschüsse sind für mich Ausschüsse, wo über Probleme gesprochen wird, die sich für die Gemeinde stellen. Ein Finanz- und Rechtsausschuß bespricht eben die finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten eines Antrages. Er bespricht aber nicht die Vorgangsweise, die Einsparungsmöglichkeiten und andere Möglichkeiten, diesen Antrag zu stellen. Hier möchte ich ganz klar sagen, das passiert nicht. Es ist schon möglich, daß man in einer Fraktionsobmännerbesprechung einen Grünen-Alternativen, der 8 Monate in der Gemeindestube ist, 10 Anträge vor das Gesicht schmeißt und sagt, so jetzt stimme ab. Mache Dir Gedanken innerhalb kürzester Zeit. Für uns und mich ist das nicht möglich, das innerhalb kürzester Zeit zu machen, darum nehme ich einfach das Recht in Anspruch, in den Fachausschüssen genau diese Anträge zu behandeln. Wenn das nicht passiert, dann kann ich nur sagen, die GAL selbst ist nicht so groß und so mächtig, daß wir innerhalb kürzester Zeit sagen können, das nehmen wir auf unsere Kappe, das beschließen wir mit.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber verstanden mit dem zarten Pflänzchen haben Sie mich überhaupt nicht.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das zarte Pflänzchen des Kollegen Holub, das gepflanzt wurde, nehme ich sehr gerne auf. Doch so, wie die Parteien die GAL in letzter Zeit behandelt haben, nämlich mich hier im Gemeinderat mit Zwischenrufen und Äußerungen, die eines Politikers nicht würdig sind, muß man sagen, das Pflänzchen wurde überhaupt nicht gegossen. Es ist so, daß man die GAL prüfen muß und sie gegen die Wand laufen läßt. Ich sehe überhaupt nicht ein, daß man eine Fraktion mit 1.049 Stimmen nicht ernst nimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Die Fraktion, die 1.049 Stimmen hat, wird ernst genommen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Der Vertreter dieser 1.049 Stimmen wird nicht ernst genommen, denn die anderen 1.049 können Sie ja nicht ansprechen, die kann man ja leicht ernst nehmen oder auch nicht. Ich möchte bitten, wenn man das Pflänzchen setzt, so soll man es auch gedeihen lassen. Ein Pflänzchen müßte neben dem anderen gedeihen können, ohne daß man es immer wieder zertritt. Das GAL-Pflänzchen ist eben ein besonders kleines, darum passen Sie auf mit Ihren großen Schuhen, daß Sie es nicht zertritten. Zum konkreten Fall glaube ich, daß diese Wasserpreiserhöhung

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Kanalbenutzungsgebühr!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Kanalbenutzungsgebühr ist verbunden mit dem Wasserpreis. Das Wasser, das im Haushalt gebraucht wird und in den Kanal fließt, muß bezahlt werden. Darum ist es nicht so weit weg, wenn man sagt, Wasser- und Kanalpreis ist gleich. Sie können natürlich darüber wieder lachen, aber das ist Ihre Sache. Wenn man die Kanalbenutzungsgebühren erhöhen muß, weil man sehr große Anlagen baut, weil diese Anlagen von der Gemeinde nicht selbst finanziert werden können und weil aus dem Wasserwirtschaftsfonds Gelder sehr günstig sind und man sie einfach nehmen muß, weil sie vorhanden sind, so muß man auch damit rechnen, daß andere, höhere Landesorganisationen sagen, wir müssen dort und dort erhöhen. Man müßte eben auch Möglichkeiten suchen, daß die Anlagen, die gebaut werden, in der Gemeinde finanziert werden. Es ist für viele unverständlich, wenn man sagt, man verzichtet auf Millionen, die vom Wasserwirtschaftsfonds billigst gegeben werden. Ich glaube, es muß auch hier eine neue Orientierung geben, ein Kleintreten, ein Kürzertreten. Es gibt ja Möglichkeiten, daß man im eigenen Bereich mit eigenen finanziellen Mitteln solche Sachen finanziert. Man muß nicht sechs oder sieben Gemeinden anschließen, das ist eine Frage des Konzeptes. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pimsl ist der Nächste.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es wurde heute mehrmals davon gesprochen, daß Tarifierhöhungen, Preiserhöhungen Ereignisse sind, die die Gemüter nicht nur zwischen den Fraktionen, sicherlich auch in den Fraktionen, bewegen. Wenn man aber Tarifregulierungen gerade wie sie beim Kanal, beim Wasser, bei den Kanalanschlußgebühren und allem, was damit zusammenhängt, in derart polemischer Art ablehnt, dann fragt man sich, ob der Vertreter der GAL tatsächlich seine Stimmen und seine Wähler ernst nimmt. Ich habe zumindest jenen Respekt vor den Wählern der GAL, weil ich sie zu jenen Menschen zähle, denen die Umwelt ein sehr großes Anliegen ist. Hier zählt zweifellos auch die Beseitigung unserer Abwässer zu einem vordringlichen Anliegen. Wenn man dann mit solchen Argumenten diese Arbeiten verhindern will und die Verantwortung in dieser Form bei anderen sucht, dann kann ich nur sagen, die Verantwortung für solche Arbeiten übernehmen wir gerne. Hier kann es doch nicht die Frage sein, ob wir das tun. Wenn Kollege Ramoser dem Bericht des Rechnungsabschlusses aufmerksam zugehört hätte, so wüßte er, daß die Finanzierung durch die Stadt solcher Vorhaben unmöglich erscheint. Daß ein Zusammenschluß mehrerer Gemeinden in ein solches Großprojekt finanziell vorteilhaft und wirtschaftlich ist, daß er wissen müßte, daß solche Leistungen ihren Preis haben und daß wir klarerweise versuchen müssen, jenen Menschen zu helfen, die Hilfe bedürfen. Nur kann unsere Umwelt nicht gratis wieder saniert, verbessert oder erhalten werden. Ich glaube, daß ihm offenbar aus jenem Grund, hier populär einige Äußerungen von sich zu geben, das Maß für die Notwendigkeiten schon lange fehlt, wenn er es überhaupt jemals besessen hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl. Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die einschneidende Erhöhung um 16 Prozent der Kanalbenutzungsgebühr macht, so möchte ich hier unterstreichen, das Wohnen in unserer Stadt noch teurer. Ich habe aufgrund der heutigen Antragstellung der SP-Mehrheit gestern nachmittag

im Rahmen des Wohnungsausschusses Gelegenheit gehabt, besonders auf dieses Problem der Wohnungen einzugehen. Wir sehen ja, daß wir Wohnungen fertigstellen, wir hätten 16 Wohnungen vergeben sollen im Gebiet Steinfeld, konnten aber nur 8 Bewerber finden. Da ist nicht der Grund, daß man keine Wohnungen mehr braucht, wir haben ja mit den Pensionistenansuchen über 2000 Wohnungssuchende, sondern das hängt vor allem damit zusammen, daß die Wohnkosten zu teuer sind. Ich möchte hier in Erinnerung rufen, man kann das ja auch prüfen laut meinen Reden aus dem Jahre 1974 oder zurück, daß die Kanalbenützungsgebühr in unserer Stadt vor etwa 12 Jahren, im Jahre 1974, S 2,-/m³ verbrauchten Wassers. Im Jahre 1975 wurde von der Mehrheit eine 50 %ige Erhöhung beschlossen, also S 3,-, 1976 waren es S 4,50 und nun ab 1. Juli 1986 beträgt, wenn Sie heute mit Mehrheit diese Kanalbenützungsgebühr beschließen, diese bereits S 11,50 und soll, das sollte man auch nicht verheimlichen, ab dem Jahre 1988 auf S 13,20 weiter erhöht werden. Das heißt, daß aufgrund der beantragten Erhöhung auf die S 11,50 Mehreinnahmen pro Jahr von S 4,5 Millionen erreicht werden. Umgekehrt heißt es aber auch, daß das eine Belastung für die Bevölkerung bedeutet. Diese Erhöhung führt, wie ich schon gesagt habe, zu einer empfindlichen Verteuerung der ohnedies hohen Wohnkosten, weil sie natürlich sicherlich, wie ich weiß, auf die Mieter überwälzt wird. Ich habe mir da ein Beispiel ausgerechnet. Die GWG der Stadt Steyr verwaltet 4.500 Wohnungen in der Stadt. Durch die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr – ich muß mich entschuldigen, denn auch hier greife ich wieder vor, denn hier ist ja ein wesentlicher Faktor auch die Müllabfuhrgebühr – wird jährlich um 1,4 Millionen Schilling an Miete bezahlt werden müssen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, gegen eine solche unsoziale Gebührenpolitik, beantragt von der SP-Mehrheit dieses Hauses, spreche ich mich natürlich entschieden aus. Damit folgt sie dem schlechten Beispiel, alle Lasten der kapitalistischen Krise auf die Arbeiter, Angestellten, Pensionisten und Gewerbetreibenden, zu überwälzen. Gleichzeitig, das habe ich heute auch schon gesagt, ist man bereit, Förderungen für in- und ausländische Großbetriebe in Millionenhöhe zu gewähren. Dazu kommt noch, meine Damen und Herren, daß der Mieter noch mit 10 Prozent Umsatzsteuer belastet wird. Auch dazu wieder ein Beispiel. Die GWG Steyr mit ihren 4.500 Mietern hat im Jahre 1985 an Umsatzsteuer rund 12 Millionen bezahlt. Aufgrund der Erhöhung von Kanal- und Müllabfuhrgebühren werden sie für 1986, also für das laufende Jahr, wenn man das hochrechnet, bereits über 13 Mill. Schilling an Umsatzsteuer für ihre Wohnungen entrichten müssen. Allein die Beseitigung dieser in Europa einzig dastehenden Besteuerung, die ich ja seit über 10 Jahren hier beharrlich verlange, würde zur Folge haben, daß die monatlichen Wohnkosten um 10 % gesenkt werden könnten und dadurch auch leichter angenommen werden. Die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr um 16 % wurde von der SP-Mehrheit begründet mit dem Erlaß der OÖ. Landesregierung. Werden diese sogenannten vorgeschriebenen Mindestgebühren, so der Erlaß, nicht eingehoben, bleiben diese entscheidenden Förderungen des Landes aus. Die KPÖ-Fraktion war und ist nach wie vor der Auffassung, daß ein Erlaß der OÖ. Landesregierung keine zwingende Vorschrift für den Gemeinderat ist. Die Gemeinde müßte sich nur zur Wehr setzen und dürfte sich die Gebührenerhöhung nicht einfach aufzwingen lassen. Daher wird auch die KPÖ-Fraktion alle beantragten Tarifierhöhungen ablehnen und ich möchte auch zugleich scharf gegen die Überrumpelungstaktik der SP-Mehrheit protestieren, die diese Anträge auf Gebührenerhöhungen bis nach den Bundespräsidentenwahlen zurückgehalten hat. Kollege Wippersberger hat in seiner Beantragung genau unterstrichen, daß der Erlaß ja schon vor den Bundespräsidentenwahlen bekannt war und im Antrag steht es ja auch schriftlich, daß man sich darauf beruft. Man hätte schon vor den Wahlen, in der Sitzung im April, aufgrund des Erlasses vom März darüber diskutieren können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Zur Aufklärung darf ich sagen, daß die Kosten für unsere Kläranlage weit über 200 Mill. betragen und daß die weiteren Kosten des Ausbaues der Verbandsanlage annähernd, einschließlich der Kläranlage, bis jetzt um die 900 Mill. ausmachen. Das sind Ausgaben, die wir für den Schutz unseres Trinkwassers, für die Reinhaltung unserer Flüsse, aufwenden. Ich glaube, es ist ein gut aufgewendetes Geld und es ist einfach nicht möglich eine Rückschaltung, wie es Kollege Ramoser hier angedeutet hat, auf Gemeindemittel. Es wäre der Gemeinde ausgeschlossen, diese Mittel aus eigenem aufzubringen. Kollege Wippersberger bitte zum Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Holub hat namens der ÖVP-Fraktion die Zustimmung gegeben. Ich danke dafür, muß allerdings ergänzend dazusagen, die Zustimmung begreiflicherweise, denn es ist ja eine Verordnung der OÖ. Landesregierung, die uns dazu zwingt. Kollege Ramoser, ich muß sagen, Fachausschuß. Was ist denn der Finanzausschuß, das ist doch der Fachausschuß. Er regelt die Finanzen der Gemeinde. Und Gebühren und Tarife, die gehören in den Finanzausschuß, da ist der Finanzausschuß der zuständige Fachausschuß. Bürgermeister Schwarz hat bereits gesagt, daß es unmöglich wäre, daß wir als Gemeinde die Kanalisation betreiben. Ich denke nur an die Kläranlage mit über 200 Millionen Schilling. Wir haben in den letzten 10 Jahren – ich bitte mich nicht zu steinigen, sollte die Zahl nicht ganz genau stimmen – um etwa 600 Millionen Schilling für Kanalisationszwecke und für die Kläranlage ausgegeben. Wenn wir da nicht die Unterstützung des Wasserwirtschaftsfonds gehabt hätten, wir hätten das nicht machen können, das wäre vollkommen ausgeschlossen. Wenn Sie jetzt dagegen stimmen, Herr Kollege Ramoser und Herr Kollege Tremel, so muß ich sagen, wenn wir so handeln würden, dann würden wir Gefahr laufen, daß wir keine Landesförderung mehr bekommen. Das heißt, wir müßten mit der Kanalisation in Steyr Schluß machen oder auf die nächsten 20 oder 30 Jahre hinausschieben. Das wollen wir doch alle nicht, wir wollen doch eine saubere Umwelt haben, wir wollen, daß unsere Flüsse wieder rein werden. Schon deshalb appelliere ich an die Minderheitsfraktionen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Kollege Tremel, das trifft auf Dich zu, etwa 600 Millionen Schilling haben wir in den letzten Jahren für die Kanalisation ausgegeben, und da war die Unterstützung des Wasserwirtschaftsfonds und des Landes eine sehr wichtige und notwendige. Das mit den 4,5 Millionen ist eine Milchmädchenrechnung. Pro Haushalt, lieber Kollege, macht das einen Betrag von etwa S 7,- oder 8,- aus pro Monat die ganze Erhöhung. Das betrifft ja nicht nur die Haushalte, sondern auch die gewerbliche Wirtschaft, die in größeren Mengen Abwasser erzeugt. Ich darf nochmals bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Wir müssen die Kanalisation weiter bauen, wir müssen trachten, daß wir so bald wie möglich unsere Flüsse wiederum sauber bekommen. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (KPÖ, GAL) angenommen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Hundeabgabeordnung. Es handelt sich auch hier um ein notwendig gewordenes Nachziehen. Die letzte Gebührenregelung auf diesem Sektor liegt bereits 8 Jahre zurück und ich glaube, ich kann es mir ersparen, genauer darauf einzugehen. Die Anhebung ist um 10 Prozent vorgesehen.

Ich bringe den Antrag zur Verlesung:

14) GemVl-3614/77

Hundeabgabeordnung; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 2. Mai 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit der der § 2 der Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr geändert wird, genehmigt
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte hier nur kurz eine Überlegung anstellen. Hier in diesem Antrag steht, für Wachhunde und Hunde, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbes notwendig sind, je Hund S 20,-. Für sonstige Hunde für den ersten Hund S 330,-, bei Personen ab dem vollendeten 65. Lebensjahr um 50 % weniger. Dazu eine Ausführung des Psychologen Prof. Erhard Olbrich von der Universität Erlangen, Nürnberg: Haustiere verhalten sich menschlicher gegenüber älteren Leuten als die Menschen selbst. Der Umgang mit Katzen und Hunden hilft alten Menschen, daher gehören seiner Meinung nach Haustiere auch in das Altersheim. Ich bitte Sie, diese Überlegung in Betracht zu ziehen. Wie weit sind wir bereits gesunken, wenn ein Psychologe, der ja nicht zu den Dümmlsten der Dummen gehört, der ja kein Spinner oder Verrückter ist, wie ja die Psychologen meist bezeichnet werden aus den Reihen gewisser Leute, so etwas ausspricht. Man sollte also überlegen, daß man für Leute, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, die Gebühr auf S 20,- senkt, genau so, wie wenn ein Hund den Erwerb rechtfertigt. Für mich ist es eine Frage, ob ein Hund wichtiger ist, der ein Gebäude bewacht, oder ob ein Hund, der einem alten Menschen das Leben verschönt, wichtiger ist. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Wippersberger bitte.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Ramoser, wir haben eben für ältere Menschen ein Herz und darum auch die Ermäßigung für Menschen, die über 65 Jahre alt sind. Haustiere in das Altersheim zu geben, davon kann ich nur abraten, das wird kaum möglich sein. Es gibt im Altersheim auch Menschen, die pflegebedürftig sind, die sehr lärmempfindlich sind, die keine Haustiere wünschen, was sollen wir denn mit denen machen? Dieses Problem gibt es ja in allen Wohnbauten, in manchen Häusern klappt es, wenn ein Haustier gehalten wird, in manchen Häusern klappt es überhaupt nicht. Ich habe nicht erst einmal, sondern schon oftmals, Streit schlichten müssen. Das gelingt aber nur manchmal. Ich würde davon wirklich sehr abraten, daß man im Altersheim Haustiere halten kann.

Ich bitte, über den vorliegenden Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn zugestimmt wird? Danke. Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (GAL, KPÖ) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Erhöhung der Müllabfuhrgebühren. Unsere Mülldeponie in Hausleithen wurde mit großem finanziellem Einsatz und unter Bedachtnahme aller strengsten Auflagen saniert und geht nunmehr in Probebetrieb. Für das erste Halbjahr 1986 haben wir bei der Müllabfuhr bereits einen Abgang von nahezu 2,5 Millionen Schilling. Diesen Verlust müssen wir als gegeben hinnehmen. Mit Anfang Juli dieses Jahres, also mit der Inbetriebnahme unserer sanierten Mülldeponie in Hausleithen wollen wir mit den nun vorliegenden neuen Gebühren unsere Müllabfuhr ab diesem Zeitpunkt wieder annähernd kostendeckend gestalten. Zu einem finanziellen Überschuß, hervorgerufen durch die neuen Gebühren, wird es sicherlich nicht kommen, davon kann sicherlich keine Rede sein. So haben wir z. B. in unserer Berechnung der neuen Gebühren einige Faktoren völlig außer acht gelassen, die jeder private Kaufmann als selbstverständlich in die Kalkulation hineinnehmen muß. So haben wir z. B. Abschreibungen und Abfertigungsrücklagen nicht berücksichtigt. Ich brauche, so glaube ich, mich nicht mehr weiter verbreitern und darf nur noch den vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen.

15) GemVIII-3140/86

Müllabfuhrgebührenordnung; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 22. 5. 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit der der Wortlaut des § 3 Abs. 1 Müllabfuhrgebührenordnung auf

"Die Gebühr beträgt vierteljährlich pro Müllbehälter

a) bei wöchentlich zweimaliger Entleerung S 403,-; b) bei wöchentlich einmaliger Entleerung S 201,50; c) bei einmaliger Entleerung jede zweite Woche S 117,-, und der des § 6 Müllabfuhrgebührenordnung auf

"In den im § 3 angeführten Gebührensätzen ist die Umsatzsteuer nicht enthalten" geändert wird, genehmigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Schloßgangl:

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Herr Vizebürgermeister Wippersberger hat in seinen einleitenden Ausführungen erklärt, daß in den letzten Jahren von Gebührenerhöhungen Abstand genommen wurde, weil die Einnahmenentwicklung der Stadt sehr positiv war. Ich glaube, daß das gerade der verkehrte Weg war. In guten Zeiten soll man sparen, damit man in schlechten Zeiten etwas zuzusetzen hat. Ich glaube, jeder Bürger hat Verständnis dafür, daß kommunale Ver- und Entsorgungseinrichtungen auch etwas kosten. Es ist sicherlich sinnvoller, man nimmt die jährlichen Kostensteigerungen und vor allem die Inflationsrate zum Anlaß für eine jährliche Gebührenanpassung, die erscheint dann auch entsprechend erschwinglich und vertretbar. Ich glaube auch, daß unsere Stadtverwaltung Ihre Gebührenerhöhungen mit Rücksicht auf Wahlen hinausgezögert hat - das wurde ja schon gesagt, aber ich habe auch den Verdacht - sie sollten aber, wenn sie unbedingt erforderlich sind, auch zu unpopulären Zeiten vorgeschrieben und durchgeführt werden. Außerdem gehören die getätigten Investitionen nicht auf einmal aufgerechnet, sondern auf Jahre hinaus verteilt. Weiters scheint es mir notwendig, daß eine Tarifordnung über die Mülldeponie erstellt wird, um die effektiven

Kosten zu ermitteln, die Aufschluß über den Gesamterfolg der Deponie geben werden. Bis zur Klärung der effektiven Kosten würde ich vorschlagen, einen Probetrieb zu starten und dann, wenn man die genauen Kosten hat, die Gebühren neu festzusetzen. Zur Zeit scheint mir die Erhöhung nicht gerechtfertigt und ich beantrage daher die Rückstellung dieses Antrages bzw. die Beibehaltung des bisherigen Tarifes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Müllabfuhrgebühren werden laut Antrag um 20 – 30 Prozent erhöht. Pro Jahr wird die Bevölkerung mit 2,5 Millionen Schilling belastet. Konkret sieht das so aus, daß es gar nicht so ist, daß man nicht aufgrund der Inflationsrate oder der geänderten Situation, die durch die Schließung der Mülldeponie eingetreten ist in Hausleiten, Anpassungen vorgenommen hat. Auch hier möchte ich erinnern, daß mit der Erhöhung, die heute von der Mehrheit beschlossen wird, die Erhöhung seit 1. Juli 1980, also in 5 Jahren, insgesamt bereits um 88 Prozent ausmacht. Vielleicht kann ich das ein wenig aufschlüsseln, weil das auch der Antragsteller gemacht hat. Z. B. bei wöchentlich zweimaliger Entleerung pro Mülltonne und Vierteljahr betrug die Gebühr im Jahre 1980 S 236, 1983 S 451,- und nun S 443,-, das sind die 88 %. Ich erspare mir die ganzen weiteren Rechnungen, die ich jetzt aufzählen könnte. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bereits bei der 50 %igen Erhöhung der Müllabfuhrgebühr im Juli 1983 war ich gegen die Überwälzung der Mehrkosten auf die Bevölkerung, die ja bekanntlich durch die Schließung der städtischen Mülldeponie entstanden, weil ja der Stadtmüll, wie Sie wissen, die weite Strecke über Enns nach St. Valentin in eine private Mülldeponie transportiert werden mußte. Gleichzeitig verlangte ich die sofortige Sanierung der stadteigenen Deponie in Hausleiten, die nun ab 1. Juli ihren Betrieb aufnimmt, durch die Finanzierung nicht nur der Stadt, sondern sehr wesentlich auch durch die Landesregierung. Die Inbetriebnahme der Mülldeponie und die geänderte Kostensituation darf nicht zu Lasten der Steyrer Bevölkerung gehen, wie sie jetzt von der Mehrheitsfraktion beantragt wird. Die KPÖ-Fraktion ist für Umweltschutz auf Kosten jener, die an der Umweltbelastung z. B. die Verpackungsindustrie, profitiert. Wir verlangen, daß diese Großunternehmen die Kosten auch für Umweltschutz tragen. Durch die Verminderung der Transport- und Lagerkosten müßte die damals erhöhte Müllabfuhr um 50 Prozent auf den ursprünglichen Preis gesenkt werden. Das ist die Auffassung der kommunistischen Fraktion. Ich werde auch diese empfindliche Erhöhung im Namen meiner Wähler ablehnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser ist der Nächste.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es ist sicherlich schwierig, Konzepte zu erstellen. Aber so, wie es die Mehrheitsfraktion der SPÖ in Steyr macht, ist es noch schwieriger. Sie überlegt nicht, von wo kommt der Müll her, sondern es wird nur über die Entsorgung des Mülls gesprochen. Daß es Möglichkeiten gäbe, nicht so viel Müll zu produzieren und die Müllabfuhr würde dadurch billiger werden, das scheitert an einem entsprechenden Konzept. Es gibt einige gute Möglichkeiten, die Privatinitiativen aufgegriffen haben und selbstständig verfolgen. Z. B. die Einwegflasche. Sehr viel Müll entsteht dadurch, daß man immer wieder neue Verpackungsmaterialien für unsere Getränkeindustrie, für unsere Milch, - bringt vom Joghurtbecher bis hin zum Butterpapier. Man könnte ja auch überlegen, ob man denn unbedingt Alu verwenden muß. Versuchen wir doch,

so Konzepte wie die Einwegflasche in Steyr, wenn es auch schwierig ist, wenn es auch immer wieder an den Kompetenzen scheitert, zu finden. Man könnte Versuchsprojekte starten, um den Müll mehr in Grenzen zu halten. Das wäre wirklicher Umweltschutz. In der letzten Umweltausschuß-Sitzung beantragte ich eine außerordentliche Sitzung, um ein Müllkonzept zu erstellen. Mir geht es wirklich darum, hier Werte zu setzen, die bis jetzt nicht gesetzt wurden. Die GAL wird bei der nächsten Umweltschutzsitzung ein Konzept der Müllentsorgung, der Müllvermeidung bringen. Dann kann man ganz bewußt über dieses Konzept und ein Konzept der SPÖ, der ÖVP diskutieren. Ich kann mir dann ganz gut vorstellen, daß bei der nächsten Müllpreiserhöhung die GAL es sehr schwer haben wird, hier mit Nein zu stimmen. Wenn man unsere Meinungen einfach nicht respektiert, wenn man uns nicht hören will, dann können wir auch nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um sein Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe in meinen Ausführungen auf die Kalkulation hingewiesen, auf die Berechnung, die wir erstellt haben. Ich habe darauf hingewiesen, daß Kaufleute anders kalkulieren würden, daß wir Dinge nicht aufgenommen haben, absichtlich nicht aufgenommen haben, aber daß wir doch der Meinung sind, daß wir wenigstens annähernd zu einem richtigen Preis kommen. Genau hinkommen brauchen wir nicht, aber annähernd. Kollege Schloßgangl, wir müssen begleitende Grundwasseruntersuchungen machen bei unserer Mülldeponie, die uns pro Jahr rund eine halbe Million Schilling kosten werden. Auch diese Kosten scheinen in dieser unserer Rechnung nicht auf. Wenn wir jetzt warten würden, bis wir eine genaue Kalkulation haben, also das auf ein halbes Jahr zurückstellen, so würde das heißen, daß das Defizit, das jetzt schon mit 2,5 Millionen für heuer feststeht, bis zum Jahresende weiter sehr stark ansteigen würde.

Kollege Tremml, starke Erhöhung seit 1980, ja es hat sich aber auch seither einiges getan. Wir wurden ja von dem in St. Valentin befindlichen Herrn Hasenöhr, der uns den Müll abgenommen hat, gezwungen, von Jahr zu Jahr mehr zu bezahlen. Einmal war es eine Erhöhung um ca. 50 Prozent, dann noch einmal 50 Prozent usw. Wir haben in den letzten Jahren ein Riesendefizit bereits erzielt bei der Müllabfuhr und das kann einfach nicht so weitergehen. Sind wir froh, daß mit 1. Juli wir nicht mehr nach St. Valentin fahren müssen.

Kollege Ramoser, ich weiß nicht, ob Sie das verstehen oder nicht, ich verstehe Sie jedenfalls nicht. Sie reden immer von Konzepten und daß es Möglichkeiten geben muß, damit weniger Müll anfällt. Diese Bemühungen sind doch bei uns seit vielen Jahren bereits im Gang. Z. B. die Altpapiersammlung, die Glassammlung, die Problemmüllsammlung. Wir versuchen, daß diese Dinge alle nicht mehr zum Müll kommen und sie wieder verwertet werden. Das, was Sie wollen mit der Einwegflasche, wir können doch als Gemeinderat der Stadt Steyr nicht die Industrie in Österreich beeinflussen und sagen in Steyr dürft Ihr keine Flaschen mehr verkaufen. Das stellen Sie sich gar zu einfach vor, Sie machen da sehr viel Polemik daraus. Wir versuchen seit vielen Jahren, den Müll einzudämmen, indem man das Altpapier trennt und das machen wir in den letzten Jahren in zunehmendem Maß mit großem Erfolg. Eine ähnliche Situation ist auch beim Altglas, wir haben jetzt auch den Problemmüll dazu genommen. Sehr viele Dinge kommen schon nicht mehr zum normalen Müll dazu aufgrund unserer Bemühungen.

Mehr möchte ich dazu nicht mehr sagen. Ich bitte unseren Bürgermeister, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Gegenstimmen? Der Antrag ist mit 9 Gegenstimmen (7 ÖVP, 1 GAL, 1 KPÖ) angenommen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Anträge. Der nächste Berichterstatter ist Kollege Vizebürgermeister Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Weniger umfangreich wird meine Berichterstattung sein und ich nehme an, daß auch weniger Grund für Meinungsverschiedenheiten drinnen liegen wird, die Sachlage ist einfach weniger diffizil als wenn es um Gebühren geht.

Zum ersten habe ich vorzutragen das Begehren des bischöflichen Ordinariates Linz, daß auf einem der derzeitigen Schrebergartenanlage gegenüberliegenden Grundstück eine Schrebergartenanlage errichtet werden soll. Dazu ist eine Ausnahme gemäß dem Dauerkleingartengesetz notwendig, weil sich flächenwidmungsmäßig dieses Grundstück als Bauland darstellt. Die Ausnahme ist auf die Dauer von 10 Jahren zu gestatten. Die Lage kann man dem dem Antrag beiliegenden Lageplan entnehmen.

16) Bau1-1500/86

Bischöfliches Ordinariat Linz; Ausnahmegenehmigung zur Errichtung einer Kleingartenanlage in der KG. Gleink.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 15. 5. 1986 wird dem Bischöflichen Ordinariat Linz die Ausnahmegenehmigung zur Errichtung einer Kleingartenanlage gemäß § 3 Abs. 3 des OÖ. Dauerkleingartengesetzes, LGBl. Nr. 75/1983, beschränkt auf die auf Höchstdauer von 10 Jahren, eingeschränkt auf die im beiliegenden Plan bezeichneten Parzellen 1 - 7 der GP. 580/3, KG. Gleink, erteilt.

(BEILAGE)

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort?

Herr Gemeinderat Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich begrüße die neue Ansiedlung von Schrebergärten, denn sie sind ein Bereich, wo sich wieder Menschen zur Natur hinwenden, Menschen wieder neue Gefühle bekommen, wenn sie die Erde bearbeiten. Es ist sehr stark damit verbunden das Naturdenken. Ich kann Ihnen nur sagen, daß bei einer Veranstaltung in Münichholz 200 Schrebergartenbesitzer gekommen sind und sich bewußt gewehrt haben gegen die Wegnahme ihrer Schrebergärten. Hier wurden Aussagen gemacht, die nachher Herr Stadtrat Zöchling nicht mehr halten konnte. Diese Aussagen wurden von 200 Leuten dort gehört und anschließend wurden sie dem Bürgermeister in einer ganz anderen Form präsentiert. Für mich sind das sehr wesentliche Dinge, wenn ein zuständiger Stadtrat das nicht halten kann, was er vor 200 Leuten verspricht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Kollege Zöchling bitte!

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Es ist mir recht, daß Gemeinderat Ramoser das angeschnitten hat, ich hätte sonst nicht die Möglichkeit gehabt, zu antworten bzw. die Lügen, die Sie vorbringen, zu widerlegen.

Es handelte sich dabei um eine Versammlung der Schrebergärtner in der Sebekstraße. Diese haben seit 4 Jahren keinen Mietvertrag mehr und wurden von der WAG als Besitzerin bereits gekündigt. Der dort vorgesehene Wohnbau ist nicht zustande gekommen und wir von der Gemeinde haben beabsichtigt, dort gemeinsam mit der Wohnungs-AG ein Pensionistenhaus zu bauen. Es waren auch nicht 200 Schrebergärtner, sondern es waren an die 80, aber derartige Übertreibungen sind wir ja von Ihnen gewohnt, die falsch informiert wurden. Es sind nachher alle zu mir gekommen und haben folgendes erklärt: Wir wußten seit 4 Jahren, daß wir diesen Schrebergarten nicht halten können. Die meisten von ihnen haben sich daher bereits um Ersatz umgesehen und haben den jetzigen Garten nur zur Not weitergeführt. Es besteht auch die Möglichkeit, im Rahmen dieser Schrebergärten besitzen manche ja 2 oder sogar 3 Parzellen, daß die unter Umständen eine Parzelle aufgeben. Auch das wurde teilweise gemacht. Herr Gemeinderat Ramoser hat geglaubt, er kann dort Eindruck schinden und hat erklärt, alle Gärten müssen weg. 5 Gärten müssen tatsächlich weg zum Bau des Pensionistenhauses. Diese 5 Schrebergartenbesitzer haben bereits andere Gärten und es hat denen sehr leid getan, daß sie auf Sie gehorcht haben und diese Versammlung einberufen haben.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das stimmt nicht!

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Ich möchte auch erwähnen, was Sie in Ihrer Zeitung geschrieben haben. Wenn die Bevölkerung von Münichholz in ihrer Mehrheit auf ein Pensionistenhaus verzichtet, dann werden wir das als Gemeindevertreter sicher zur Kenntnis nehmen und dieses Haus nicht in Münichholz, sondern auf der Ennsleite oder auf dem Tabor bauen, weil beide Stadtteile sehr dringend Pensionistenhäuser benötigen. Von den 80 Anwesenden sind 20, die sich auch um eine Wohnung in diesem Haus beworben haben. Ich glaube, daß es richtig ist, daß man ein Pensionistenhaus gerade in Münichholz, wo ja die meisten älteren Menschen in Steyr wohnen, errichtet, und zwar mitten in der Siedlung, wo der Markt in der Nähe ist und die Geschäfte. Nicht so wie es Gemeinderat Ramoser gemeint hat hinunter zur Kematmüllerschule. Wir haben ja genügend ältere Menschen, die ihr Leben lang schwer arbeiten haben müssen, z. B. im Gußwerk und die heute Asthma haben. Das wird Ihnen bei Ihrem Beruf in der freien Natur sicher nicht passieren. Ihnen würde es vielleicht nichts machen, dort unten zu wohnen, wo es viel Nebel gibt. Zwei Kilometer hätten die Pensionisten um eine Semmel gehen müssen. Das war der Vorschlag von Herrn Gemeinderat Ramoser für ein Pensionistenhaus in Münichholz.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, können nun urteilen, welche Meinung unser neuer Gemeinderat Ramoser hat, wenn er der Meinung ist, die Pensionisten sollen zur Enns hinunterziehen, und sollen schauen, wie sie zu ihrer Verpflegung kommen. Das ist die Wahrheit und es waren zwei weitere Gemeinderäte bei dieser Versammlung anwesend, die als Zeugen dafür in Frage kommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling. Wünscht noch jemand dazu das Wort? Herr Kollege Ramoser noch einmal, bitte.

Herr Ramoser, das Problem der Errichtung einer Kleingartenanlage in Gleink ist von Ihnen jetzt dazu benutzt worden, ein ganz anderes Thema anzuschneiden. Ich würde Sie bitten, wieder zum Thema zu sprechen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich hätte nur ganz kurz zu den Ausführungen von Kollegen Zöchling Stellung genommen. Es ist nicht so, daß ich, die GAL, diese Veranstaltung dort einberufen hat, sondern Kollegen von Ihnen. Ich wurde dazu eingeladen und habe keine Vorarbeit für diese Veranstaltung geleistet. Ich habe auch keine derartigen Vorschläge gemacht, wie Sie das behaupten, sondern mein Vorschlag war, dieses Pensionistenheim am Münichholzweg zu errichten und andere Leute haben gesagt oder in der Kematmüllerstraße.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich bin neugierig, was aus dem nächsten Antrag wird, den ich Ihnen vorzutragen habe. Es geht dabei um den Fremdenverkehrsverband, um die Ausschüttung der Jahressubvention, um welche der Fremdenverkehrsverband ersucht hat. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

17) Ha-2078/86

Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Dion. vom 9. 6. 1986 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr über Ansuchen für das Jahr 1986 eine Subvention in der Höhe von S 550.000,- gewährt. Die vom Gemeinderat beschlossene 20 %ige Kreditsperre gelangt in diesem Fall nicht zur Anwendung. Gleichzeitig wird von der Rückverrechnung der halben Personalkosten für die vom Magistrat Steyr beigestellte VB Marie-luise Göls Abstand genommen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 550.000,-- (fünfhundertfünfzigtausend)

werden bei der VA-St. 1/771000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung mit dem Bemerkten, daß die Rückverrechnung der halben Personalkosten etwa S 180.000,- beträgt, und den Bericht über die Entwicklung der Nächtigungsziffern im heurigen Jahr zur Kenntnis zu nehmen. Im Vergleich zu 1985 waren im Jänner 2.202, 1985, heuer waren es 3.017, im Februar waren es 2.523, 1985/1986 waren es 3.719, im März zeigt sich die gleiche Entwicklung. 3.406 waren es 1985 und 4.004 Nächtigungen 1986. Die Traumgrenze 5000 wurde im April 1986 überschritten, da waren es im Jahre 1985 nur 3.895. Über 5000 geblieben sind wir im Mai mit 5.256. Allerdings im Vergleich dazu 1985 6.297. In Summe also bis Ende Mai 20.996 Nächtigungen, das ist ein Zuwachs von 14,5 % im vergangenen Jahr. Ich bin fest überzeugt, daß wir in die fortschrittliche Entwicklung des Fremdenverkehrsverbandes, in die der Vorstand einhellig eingetreten ist, gute Mittel investieren und möchte von hier aus als Fremdenverkehrsreferent dem Vorstand des Fremdenverkehrsverbandes für seine Arbeit danken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Holub für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Frau Stadtrat Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch ich habe Ihnen einen Antrag vorzulegen, der sich mit einer Tarifregulierung befaßt. Es handelt sich um die Regulierung der Heimkostensätze in unserem Zentralaltersheim befaßt.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

18) SH-3303/86

Zentralaltersheim der Stadt Steyr;

Regulierung der Heimkostensätze.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V von 1. 7. 1986 werden mit Wirkung vom 1. 7. 1986 die Heimkostensätze für das Zentralaltersheim Steyr wie folgt neu festgesetzt:

Allgemeine Abteilung:

Altbau:

Einbett S 204,-- pro Tag

Zweibett S 162,--

Mehrbett S 109,--

Neubau:

Einbettappartement S 241,-- pro Tag

Zweibettappartement S 193,--

Betreuungszuschlag: 80 Prozent des jeweils gewährten Zuschusses

Pflegeabteilung:

Altbau:

Einbett S 272,-- pro Tag

Zweibett S 230,--

Mehrbett S 177,--

Neubau:

Einbettappartement S 372,- pro Tag

Zweibettappartement S 272,-

Einbettzimmer S 300,--

Mehrbettzimmer S 197,--

Betreuungszuschlag: 80 Prozent des jeweils gewährten Zuschusses

Der Regiekostenbeitrag (Bettfreihaltegebühr) wird mit 50 Prozent des jeweiligen Heimkostensatzes (ohne allfälligen Betreuungszuschlag) festgesetzt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke der Kollegin Ehrenhuber für ihren Bericht. Vor der Diskussion über diesen Bericht möchte ich die Sitzung zum Zwecke der Lüftung für 10 Minuten unterbrechen.

Pause von 17.45 - 18 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf die Sitzung wieder eröffnen und bitte Kollegen Holub zu Wort.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es tut mir furchtbar leid, wenn ich die Pausengespräche stören muß, nur hat der Herr Bürgermeister vor einiger Zeit die Sitzungstätigkeit wieder aufgenommen und ich würde vorschlagen, daß wir aus der Stehung wieder eine Sitzung machen. Die technischen Hilfsmittel haben doch dazu beigetragen, daß wir wieder in das Plenum zusammengefunden haben, zumindest der größte Teil desselben.

Spaß beiseite, vor uns liegt ein an sich harter Brocken, den wir im Verlauf der Sitzung sicher nicht zum sofortigen Ende bringen werden. Es geht darum, daß die Tarife im Zentralaltersheim – Sie erinnern sich sicherlich noch des Aktenvortrages der Frau Stadtrat Ehrenhuber – ziemlich bedeutend erhöht werden sollen, wobei an sich drei Korrekturen vorgenommen werden sollen. Zum ersten die Anhebung der Tarife für das Wohn- und für das Pflegeheim, zum zweiten die Anhebung der Bettenfreihaltegebühr für jene Zeiten, in denen der Heimbewohner nicht aufenthält im Heim, und zum dritten die Einbehaltung des maximal 80 % möglichen Anteils an Pflegegeld bzw. Hilflosenzuschuß.

Vorweg einmal die grundsätzliche Haltung. Zur Erhöhung der Bettfreihaltegebühr, die in Prozenten gesehen, erschreckend hoch ist, würde ich dennoch namens meiner Fraktion mir erlauben, ja zu sagen, ebenso wie zur Einbehaltung des 80 %igen Anteils an Pflege- bzw. Hilflosenzuschuß, weil beides Maßnahmen sind, deren Bedeutsamkeit man einsehen kann. Vielleicht zur allgemeinen Klarstellung, um welche Beträge es hier bei diesen 80 Prozent geht, das sagt sich ja so leicht. Im Amtsbericht und in der Beilage dazu steht vom Pflegesatz mit den S 62, –. Gehen tut es beim Hilflosenzuschuß um Beträge zwischen S 2345,– mindestens, maximal S 2.673,–, jedenfalls aber, sofern es dazwischen ist, die Hälfte der gebührenden Pension. Je nach Maß der Bedürftigkeit wird das Pflegegeld gewährt, und zwar ist das zwischen S 2.605,– derzeit in der Stufe 1 und zwischen S 3.965,– in der Stufe 2. Bei Betrachtung der Tarifvorschläge werden Sie erkennen, daß der Durchschnitt – beschränken wir uns jetzt nur auf den Hilflosenzuschuß – sich in etwa auf S 1.900,– gerechnet auf die 80 %, errechnen wird, weil entweder 1.876,– mindestens oder höchstens S 2.138,– als 80 %-Anteil sich ausrechnen lassen. Über den Daumen, nach Milchmädchenrechnung, werden das rund S 1.900,– oder, wenn man vergleichen wollte mit den derzeitigen Tarifen, ergibt sich beim 31 Tage-Monat ungefähr S 65,–, daß wir nicht mit Groschen rechnen müssen. Bei den Bewohnern der allgemeinen Abteilung hat man ja in dem Fall, daß ein Hilflosenzuschuß oder Pflegegeld gewährt wurde, schon bisher das Pflegeentgelt eingehoben. Durch die Neueinführung der Prozentanrechnung auf Pflegegeld bzw. Hilflosenzuschuß entsteht im Fall des Hilflosenzuschusses nur eine ganz geringfügige Verteuerung. Bei Beziehen von Mindesthilflosenzuschüssen sogar eine geringfügige Begünstigung. Jedenfalls glaube ich, daß es richtig ist, das nach dem Zuschuß zu berechnen. Ich glaube auch, daß es richtig ist, das Pflegegeld für die Bewohner der Krankenabteilung oder der Pflegeabteilung einzuheben, genauso wie der Hilflosenzuschuß sehr wohl in beiden Fällen zur Bestreitung der Hilfeleistung herangezogen werden könnte. 80 Prozent davon sind gesetzlich zulässig. Ich würde dazu sagen, das ist eine legitime Maßnahme. Wenn nicht gleichzeitig eine Anhebung der Grundtarife auch noch damit verbunden wäre, gäbe es also nach meiner Ansicht nach kein Problem, jetzt ist es aber so. Ein zwei- oder dreiteiliges Stimmverhalten zu einem Antrag ist nicht zulässig, leider Gottes sind alle Regulierungen in eins formuliert und so sind die Argumente, die wir der dritten Tarif- – wie Sie sagen – -anpassung entgegenhalten, doch der Meinung der Fraktion der Österr. Volkspartei nach so gravierend, daß die Summe des Neins überwiegt und daher dem ganzen Antrag nicht beigetreten werden kann. Das werde ich auch jetzt begründen.

Führen wir uns doch bitte vor Augen, wie teuer das Bewohnen eines Zimmers im Altersheim in Zukunft werden wird. Gehen wir einmal von der allgemeinen Abteilung aus. Ein Einbettzimmer im Neubau hat bis jetzt S 219,– pro Tag gekostet und blei-

ben wir beim 30-Tag-Monat, weil das der Jahresdurchschnitt ist, so hat das ausgemacht S 6.570,-. Die Erhöhung, die Sie vorschlagen auf S 241,-/Tag bedeutet im 30 Tage-Monat S 7.230,-. Wenn wir jetzt den angenommenen durchschnittlichen Hilflosenzuschuß von S 1.900,- aufrechnen, so kommen wir auf die stattliche Summe von S 9.130,- für das Einbettzimmer in der Wohnabteilung im Neubau, sofern der Pensionist, und sehr viele haben das, einen Hilflosenzuschuß bezieht, denn wenn sie nicht hilflos wären, wären sie vermutlich ja nicht im Zentralaltersheim. Im Vergleich ein Einbettzimmer im Altbau hat bisher S 185,- pro Tag gekostet plus S 1.860,- – das ist das 62×30 – so ergibt das im Monat S 7.410,-. Nunmehr rechnet es sich wie folgt, S 204,- pro Tag $\times 30 =$ S 6.120,- plus wieder die durchschnittlich S 1.900,-, ergibt S 8.020,-. Das wären die höheren Kategorien, nämlich die Einbettzimmer im Alt- und im Neubau. Die Mehrbettzimmer im Altbau, die im Falle, daß ganze Familienverbände einziehen, sicherlich sehr zweckmäßig sind, im Falle, daß einzelne Pensionisten einrücken müssen, bedeuten sie sicherlich grobe Umgewöhnungen, haben bisher S 99,- pro Tag gekostet. Wieder unter Einrechnung des allfälligen Pflegegeldes ist damit S 4.830,- pro Monat herausgekommen. Nach Ihrem Vorschlag wird das Bett im Mehrbettzimmer in der Wohnabteilung im Altbau in Zukunft – ich erspare mir jetzt die Vorrechnung – S 5.170,- kosten, sofern Hilflosenzuschuß bezogen wird.

Viel drastischer wirkt es sich natürlich in der Pflegeabteilung aus, aber darüber möchte ich etwas später noch reden. Ich möchte über die Tarife im allgemeinen sprechen. So ganz klein im Amtsbericht erwähnt ist die Tatsache, daß die Beiträge im zentralen Altersheim ohnehin dynamisiert sind. Das heißt, daß der Pensionist im Ausmaß dessen, was ihm aus der Pensionsdynamik – einer sinnvollen Einrichtung – an Werterhaltung seines wohlverdienten Ruhegenusses verbleibt, steigt auch grundsätzlich, ohne daß wir es beschließen, sein Entgelt im zentralen Altersheim. Durch die Prozentanrechnung der Zulagen für Hilflosigkeit oder Pflegebedürftigkeit ist die Gebühr im Zentralaltersheim auch hier schon dynamisiert, nämlich im Sinne der Werterhaltung der Hilflosenzuschüsse und der Pflegegelder. Meinen Sie nicht auch, daß die Pensionisten hier doppelt zur Kasse gebeten werden? Nämlich einmal aufgrund der Tatsache, daß nach der ASVG-Novelle die Pensionen herangezogen werden zur Arbeitsmarktförderung und die Pensionsdynamik nach der Verhältniszahl mit der Arbeitslosenziffer gekürzt wird. Von dieser gekürzten Pension zahlt der Pensionist nach Ausmaß der Wertsteigerung einen erhöhten Beitrag für seinen Platz im zentralen Altersheim. Nun kommt Mutter Stadt daher und erhöht diesen grundlegend dynamisierten Beitrag noch einmal und dynamisiert diese Erhöhung weiterhin. Wir können also nicht einmal hintreten vor unsere alten Bürger, die unser Land nach dem Krieg für uns aufgebaut haben und sagen, bitte wir schaffen es nicht mehr, nehmt zur Kenntnis, wir können uns das nicht leisten, wir haben Euch zwar wahn-sinnig gern, aber Ihr kostet uns zu viel Geld. Nicht einmal das können wir, daß wir ihnen sagen, das ist nur eine einmalige Erhöhung, sondern davon werdet Ihr Euer Leben lang bis zum erfolgten Ableben kiefeln müssen. Das, meine Damen und Herren, empfinden ich und meine Freunde von der ÖVP-Fraktion als eine sehr große soziale Ungerechtigkeit und gelinde gesagt als mangelnde Dankbarkeit der älteren Generation gegenüber. Im Amtsbericht steht dann drinnen, so sinngemäß, was wollt Ihr denn, wenn die Pension nicht ausreicht und das wird sie sehr wohl in vielen Fällen nicht mehr, denn der durchschnittliche Steyrer Pensionist – und wir in Steyr haben ein sehr hohes Pensionsgefüge durch das an sich hohe Lohnniveau in der Steyr-Daimler-Puch AG – hat ein Nettoeinkommen von S 7.000,-. Sollen wir die Preise noch einmal vergleichen, die wir im Zentralaltersheim einheben? Wenn Sie diesen Preisvergleich für sich selbst anstellen, so werden Sie erkennen, daß sehr viele unserer älteren Bürger jedenfalls weitaus mehr als bisher zu Teilzahlern werden müssen. Teilzahler, das klingt auch so lieb, das heißt, es bleibt ihnen nur mehr ein kleiner Teil ihrer Pension, jedenfalls aber das Taschengeld. Wissen Sie,

wie hoch das Taschengeld ist? Ich bin überzeugt, daß es viele hier im Raum nicht wissen. Monatlich S 748,-! Rechnen wir wieder mit einem 30-Tage-Monat, dann sind das rund S 25,- plus einige Groschen. Wie soll einer unserer älteren Mitbürger, der auf das Pflegegeld angewiesen ist und sonst nichts mehr hat, denn dann noch, wenn er nicht von der Sozialhilfe als Geschenk der Gemeinschaft ab und zu ein Gewand bekommt, für seine Bekleidung Sorge tragen, geschweige denn, wie soll er sich an seinem wohlverdienten Lebensabend, sofern ihm die Gnade gewährt ist, daß er überhaupt noch aus dem Heim hinausgehen kann, einmal am Tag irgendwo eine Erfrischung kaufen können?

Diese Gebühren glaube ich nicht verantworten zu können. Wir sollen und dürfen nicht die wehrlosesten und die verdientesten unserer Mitbürger zur Kasse bitten. Dabei habe ich noch nicht einmal die schlimmsten Zahlen genannt, die kommen jetzt. Nämlich die in der Pflegeabteilung. In unserer Pflegeabteilung wohnen 196 Bewohner unserer Stadt. Derzeit sind 36 davon Teilzahler, aber wenn ich Ihnen die neuen Zahlen nenne, auf die man kommt unter Einrechnung des durchschnittlichen Hilflo-senzuschusses, so wird im Einbettzimmer nicht weniger als S 13.110,- anfallen aufgrund der Erhöhung, die wir jetzt beschlossen haben. Das ist eine ganz einfache Rechnung, S 372,- plus S 65,- = S 437,- mal 30 ist S 13.110,-. Das ist die Dimen-sion des Beschlusses, der jetzt vor uns liegt. Das muß Ihnen, liebe Freunde auch von der sozialistischen Partei, klar sein, daß man das sehr wenigen Menschen wird abverlangen können. Im Zweibettzimmer, wo man noch die Illusion haben kann, daß ein Ehepaar gemeinsam drinnen ist, so kostet es dann pro Person immer noch S 10.110,-. Das heißt, diese alte Steyrer Familie wird S 20.220,- bezahlen müssen bei einer durchschnittlichen Pension von S 7.000,-. Da frage ich jetzt nach der Sinnhaftigkeit dieser Gebührenerhöhung, weil ich zurecht unterstelle, daß der wesentlichste Teil der Mehreinnahmen in Wahrheit aus der eigenen Tasche bezahlt wird, nämlich aus dem Sozialbudget. Das, meine Damen und Herren, kann nicht der Sinn von Gebühren-erhöhungen sein, daß wir die paar, die bis jetzt über die Wohlfahrt des Taschen-geldes hinweggekommen sind und denen noch ein paar Schilling mehr übriggeblieben sind, jetzt auch noch zu Wohlfahrtsempfängern machen. Weitaus mehr als es ohnehin bisher waren und ich halte den beiden Zimmerkategorien ent gegen, was bisher verlangt wurde. S 338,- war bisher der Tarif für das Einbettzimmer in der Pflegeabteilung im Neu-bau mal 30 Tage sind das S 10.140,-. Durch Ihr Handheben, meine Damen und Her-ren, wird der Mann oder die Frau, die jetzt im Einbettzimmer liegt, ab 1. Juli monatlich um S 3.000,- ärmer sein. Können Sie denn das wirklich verantworten? Ich frage Sie das ehrlich und Leopold Wippersberger, Du wirst mir zugeben, daß ich sehr wohl mitdenke mit den Stadtfinanzen und ich habe auch schon oft genug bewie-sen, daß ich ein Budget lesen kann und daß ich sehr wohl über die Wirksamkeit von Maßnahmen, zumindest in finanzieller Hinsicht, recht gut Bescheid weiß. Ich maße mir nicht an zu unterstellen, daß ich vielleicht besser Bescheid wüßte als der eine oder andere hier im Raum, das möge jeder Einzelne selber beurteilen. Ich glaube nur, daß nicht alles budgetwirksam betrachtet werden darf, was bei oberflächlicher Be-trachtung notwendig erscheint. Für mich gibt es gegenüber der älteren Generation auch das Gefühl der Dankbarkeit für die Aufbauarbeit. Ich und meine Freunde sind nicht bereit, die Budgetsanierung auf dem Rücken dieser Aufbaugeneration zu tragen. Glauben Sie mir, mir ist das nicht leicht gefallen, diese Rede zu halten, weil ich vom Konsens sehr viel halte in der Gemeinde. Aber wenn wir jetzt noch die Ärmsten der Armen anschauen, das sind die Personen, die im Mehrbettzimmer im Altbau liegen. Viele von Ihnen werden die Situation dort kennen. Die haben bisher S 4.830,- be-zahlt. Wissen Sie, wie hoch das jetzt kommt? Auf S 7.260,- und das können wir guten Gewissens nicht verantworten, weil wir stolz darauf sind, eine christlich-so-ziale Tradition zu haben und wir wollen beides nicht vergessen. Weder unsere christ-liche Einstellung, die uns zur Dankbarkeit vor dem Alter veranlaßt, noch unsere soziale Einstellung, die uns veranlaßt, mit den schwächeren Menschen mitzudenken,

wozu ich Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Partei, von ganzem Herzen und furchtbar aufrichtig einlade. Bitte überlegen Sie den Antrag, der jetzt am Tisch liegt, noch einmal und führen Sie sich diese Horrorzahlen aus der Pflegeabteilung vor Augen. Wer könnte mir widersprechen, daß die Stadt sich diese Erhöhung nicht selbst bezahlen wird?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Tremml ist der Nächste.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die sozialistische Partei ist vor 16 Jahren angetreten mit den Schlagworten "wenn wir die Mehrheit in Österreich bekommen, werden wir einen modernen Wohlfahrtsstaat schaffen". Dieses Schlagwort ist bereits gänzlich verschwunden und ein wesentlicher Punkt war auch, "wir werden beitragen, daß die vorhandene Armut, die entstanden ist durch die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei beseitigt wird." Heute, meine Damen und Herren von der sozialistischen Partei, tritt der erste Sprecher der Österr. Volkspartei in dieser Stadt auf und hält aufgrund der Tatsachen, wie es heute aussieht im Bezug auf die Gebühren- und Tarifierhöhung der Heimkostensätze Ihnen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, den Spiegel vor das Gesicht. Hier, glaube ich, zeigt sich, daß nicht ausgehend von der Stadt hier eine falsche Politik angewendet wurde, daß es zu so einer Situation gekommen ist, daß die älteren Mitmenschen, die Pensionisten zwar nicht zu Bettlern werden, aber zumindest zu Almosenempfängern der sozialen Hilfe durch die Stadt Steyr werden. Gerade durch das sprunghafte Ansteigen der Kosten in unserem zentralen Altersheim werden wir offenbar gezwungen – zumindest kommt es durch die Antragstellung so zum Ausdruck – die Heimkostensätze derart gigantisch zu steigern. Es freut mich, es war ja zum ersten Mal so, daß gerade von der Österr. Volkspartei, das war ja bis jetzt noch nie, von der linken Seite diese Probleme gestellt werden, daß die Österr. Volkspartei einsieht, daß etwas nicht in Ordnung ist im Gefüge. Aber nicht nur bei der sozialistischen Mehrheitspartei, denn ich könnte viele konservative Länder anführen, wo es noch viel schlechter ist gerade auch in der sozialen Kranken- und Altersversicherung, wo es diese Almosenbeistellung einer kommunalen Verwaltung überhaupt nicht gibt.
Kollege Holub hat genau Punkt für Punkt aufgezeigt, was ich mir herausgearbeitet habe aufgrund des Antrages. Daher werde ich Ihre Zeit nicht in Anspruch nehmen, dies zu wiederholen, aber es zeigt ganz deutlich, wenn man in der allgemeinen Abteilung des Neubaus für ein Bett S 9.000,- und mehr bezahlen muß. Er hat mit Recht gesagt, wir kennen das ja, daß z. B. die Durchschnitts-Nettopensionen nie ausreichen, um diese allgemeine Abteilung zu bezahlen, geschweige denn die Kosten für die Pflegeabteilung, die ja bis zu S 13.000,- ausmachen.
Meine Damen und Herren, hier muß etwas geschehen, in der Richtung, daß wir auch die öffentliche Hand, vor allem das Land Oberösterreich, heranziehen zur finanziellen Abdeckung der hohen Kosten, die der Stadt Steyr dadurch entstehen, daß wir von diesen 354 Personen, die im Zentralaltersheim sind, 196 Pflegefälle haben. Das kommt schon gleich einer Pflege im Krankenhaus oder ist noch ärger. Ich erspare mir, darauf konkret einzugehen. Daher glaube ich, ist es Verpflichtung, ausgehend von der heutigen Sitzung, oder zumindest für die nächste Gemeinderatsitzung vorzubereiten, daß alle im Gemeinderat vertretenen Parteien stärker wie bisher vorstellig werden, damit solche finanziellen Zuschüsse vom Land gewährt werden, damit wir unsere Pensionisten nicht derart belasten müssen. Ich bin Punkt für Punkt, wie es Kollege Holub aufgezeigt hat, ebenfalls erschüttert, daß man z. B. einen bestimmten Zwang ausübt. Es bringt uns vielleicht gar nicht

viel, denn wenn sie einhalten, daß sie weniger vom Heim weggehen, die Betten-freihaltegebühr. Das ist ja ein Wahnsinn, wenn man damit einen finanziellen Druck ausübt, und zwar von 42 % auf 238 Prozent. Es gibt ja bestimmte Umstände, wo ein Pensionist zu seinen nächsten Angehörigen einige Tage oder Wochen geht. Das ist ja nur gut für ihn, aber dafür wird er bestraft, daß er um 238 % mehr entrichten muß. Auch die Frage der Dynamisierung, der Valorisierung der Heimkosten, die ja vor vielen Jahren beschlossen wurden, aber hier war es leider, muß ich sagen, nur die kommunistische Fraktion, die nicht dafür gestimmt hat, weil wir der Auffassung waren, daß nicht automatisch die Heimkosten dort steigen und nicht mehr behandelt werden müssen von diesem Gemeinderat, sondern daß die Möglichkeit bestehen muß, aufgrund der besonderen Situation, auch hier eine Debatte abzuwickeln und jeweils dann festzustellen. Damit, glaube ich, ist klar von mir zum Ausdruck gebracht, daß die kommunistische Fraktion dieser gewaltigen Erhöhung nicht zustimmen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel. Ich erteile jetzt Herrn Magistratsdirektor für eine Aufklärung das Wort.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR. DR. FRANZ KNAPP:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Jede Beschlußfassung ist natürlich ein politischer Akt. Ich darf Ihnen sagen, wie wir amtsintern zu diesen Vorschlägen gekommen sind, und zwar vor allem auch deswegen, weil das Altersheim Steyr eine ganz eigenartige Struktur hat und die Zahl der Pflegebetten überproportional hoch ist und die bisherige Tarifstaffel nicht Bedacht genommen hat, ausreichend Bedacht genommen hat, auf den unterschiedlichen Aufwand der entsteht in der normalen Abteilung und in der Pflegeabteilung. Das ist mit der Grund, denn es war bis jetzt so, daß in der allgemeinen Abteilung dieser Pflegezuschlag eingehoben wurde. Wenn man sich die Sätze anschaut, die jetztigen und den Normalsatz nimmt und diesen Zuschlag dazurechnet, dann kommt genau derselbe Betrag heraus als sonst in der Pflegeabteilung. Das war, glaube ich, nicht ganz richtig, denn es ist ja für jedermann einsehbar, daß bei normalen Verhältnissen der Aufwand nicht so hoch sein kann wie in der Pflegeabteilung. Ich kann natürlich nicht bestreiten und will das auch gar nicht, ich will nur die Tatsachen herausstellen, daß relativ hohe Beträge herauskommen. Ich will auch nicht bestreiten, daß der fiskalische Erfolg durch die Umschichtung nicht sehr bedeutend sein wird. Eines sollte man aber doch klarstellen, man sollte sagen, daß niemand auf ein Almosen hin verpflichtet wird, sondern der Anspruch aus dem Sozialhilfegesetz ist ein gesetzlicher. Es hat jeder Anspruch und es wird niemanden geben, der, weil er ein geringeres Einkommen hat, nur in ein Mehrbettzimmer kommen kann. Es soll jeder dorthin kommen, wo er hinkommen muß entsprechend seiner persönlichen Befindlichkeit. Das war ja auch bisher immer schon so.

Was der Herr Gemeinderat Tremel zuletzt angesprochen hat, hat gestern zum wiederholten Mal stattgefunden. Wir haben gestern ein Gespräch mit Spitzenvertretern der Gebietskrankenkasse gehabt, wo wir versuchten, sie dazu zu bewegen, aus Versicherungsmitteln Leistungen zu geben, weil wir der Meinung sind, daß wir uns schön langsam zu einem Basisspital entwickeln, daher den Versicherungsträgern Kosten sparen. Es ist zwar gesetzestechnisch ungemein schwierig, aber wir haben zumindest den Eindruck gewonnen, eigentlich zum ersten Mal, obwohl wir auch schon mit dem Sozialministerium darüber verhandelt haben. Gestern haben wir wirklich den Eindruck gehabt, daß ein positives Echo entstanden ist. Nur wird das nicht von heute auf morgen zu lösen sein, aber ich nehme an, daß es uns bei längerer Verhandlung, wenn wir am Ball bleiben, gelingen wird, irgendwelche Pauschal-

summen zu bekommen. Das wollte ich zwischendurch sagen. Es sind wirklich Horrorbeträge, die der Herr Vizebürgermeister genannt hat. Ich habe das nicht nachgerechnet, aber das wird sicher stimmen. Wenn aber jemand nicht in der Lage ist, diese Beträge zu bezahlen, muß die öffentliche Hand, so ist es gesetzlich vorgeschrieben, einschreiten. Es muß aber keiner hingehen und betteln, sondern darauf besteht ein Rechtsanspruch, daß jener Betrag, den er aus Eigenmitteln nicht imstande ist aufzubringen, vom Sozialhilfeträger ersetzt bzw. aufgebracht wird. Das sollte man schon in Betracht ziehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Magistratsdirektor für diese Aufklärung. Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte es wirklich sehr sehr kurz machen. Kollege Holub, für mich war das ein Lernerfolg. Ich denke mir, diese Rede war so sozial und so einfach und doch so treffend, daß ich nur sagen kann, Sie haben mich überzeugt, gegen die Sozialisten aus sozialen Gründen zu stimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte dem Schlußwort der Kollegin Ehrenhuber nicht vorgreifen, sie wird sicherlich einiges dazu zu sagen haben. Ich möchte aber nochmals auf meine Ausführungen hinweisen hinsichtlich Zentralaltersheim, daß sich in den letzten vier Jahren von 1982 bis jetzt das Defizit verdoppelt hat, um 100 Prozent zugenommen hat, nämlich von rund 13,5 Mill. im Jahre 1982 auf derzeit etwa 27 Millionen Schilling angestiegen ist.

Kollege Holub hat sicherlich recht wenn er sagt, es wird zu keinen großen echten Mehreinnahmen kommen, das stimmt. Die Erhöhung ist zwar groß, sie ist bedeutend, aber für einen Großteil der Insassen hat das keine Wirkung, die brauchen überhaupt nicht mehr bezahlen. Denn ein Großteil der Insassen des Zentralaltersheimes ist jetzt schon Teilzahler, für diejenigen ändert sich überhaupt nichts. Es muß halt der Sozialhilfeverband, das ist in diesem Fall wieder das Sozialamt Steyr, dem Zentralaltersheim das vergüten. Der echte Erfolg für die Gemeinde wird wahrscheinlich ein nicht allzu großer sein. Treffen wird es aber vermutlich einen Großteil der Insassen nicht. Das möchte ich nur ganz kurz dazugesagt haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Unmittelbar anschließen möchte ich an den letzten Satz von Kollegen Wippersberger, treffen wird es doch eine ganze Reihe von Menschen, weil bisher das Verhältnis Selbstzahler zu Teilzahler 241 zu 100 ist. Das ist der Stand vom 7. Juni. Neuere Zahlen habe ich mir nicht besorgen können. Gesamtstand 341, davon 100 Teilzahler. Wir haben schon bisher für die Teilzahler 8,1 Millionen Schilling aus dem Sozialbudget laut Rechnungsabschluß 1985 bezahlt und 15,7 Millionen haben die Selbstzahler entrichtet. Das heißt, daß 241 Selbstzahler nicht ganz das Doppelte von 100 Teilzahlern entrichtet haben.

Ich gebe eine Schwäche in meiner Aufarbeitung zu, ich habe nicht erhoben, wieviel Taschengeldbezieher es derzeit gibt. Ich kann mir aber vorstellen, daß das maginal

unter 100 sein werden. Nehmen wir an, daß es vielleicht 10 Prozent Glückliche gibt, die beim Teilzahlen noch nicht auf das Taschengeld gekommen sind. Vielleicht habe ich mich auch verschätzt, dann freue ich mich für die Bürger, die nicht betroffen sind. Aber eines steht fest, ab 1. Juli werden sie betroffen sein. Und es geht um die Zeit nach dem 1. Juli.

Den größten Anteil von Teilzahlern finden wir in der Kategorie Zweibettzimmer im Altbau. Da haben wir 20 Bewohner, die voll zahlen und 28 Bewohner, die teilzahlen. Im Zweibettzimmer im Altbau sind die Bewohner in der Wohnabteilung mehr als zur Hälfte schon nicht mehr in der Lage, den Beitrag auf der alten Tarifbasis zu entrichten. Ich frage Sie, wieviel werden es denn sein, wenn wir das durchgezogen haben, was da am Tisch liegt? Das frage ich Sie wirklich. In der Pflegeabteilung im Altbau in den Mehrbettzimmern liegen die ärmsten unserer Mitmenschen, da sind allerdings nur 9 Teilzahler. Der Tarif war bis jetzt auch noch sehr niedrig. Es ist schon richtig, was der Herr Magistratsdirektor gesagt hat, daß der Gebührensatz allgemeine Abteilung plus Pflegegeld den derzeitigen Satz in der Pflegeabteilung ergeben hat. Darum habe ich ja gesagt, ich könnte mir vorstellen, daß man dem Rechnung trägt, daß der Aufwand in der Pflegeabteilung höher ist und das Pflegegeld noch dazurechnet zu dem an sich schon differenzierten Betrag zum Wohnheim, das könnte ich mir noch vorstellen, daß das dem Bürger, der dort wohnt, zumutbar gewesen wäre. Ich hoffe, Sie haben zu Anfang meiner Rede auch zugehört, wie ich gesagt habe, ich könnte mir denken, daß es in Anbetracht der drückenden Verhältnisse nicht als Zwangsmaßnahme der Bewohner im Heim bleibt, sondern als Kostenbeitrag, weil ja Fixkosten im Heim anfallen, ob der Bewohner da ist oder nicht, der Bettenentfall auf 50 % angehoben wird. Das könnte ich mir vorstellen, das ist noch zumutbar. Ich könnte mir noch vorstellen, daß das Pflegegeld aufgerechnet wird. Aber schauen Sie sich doch wirklich diese Zahlen an und schauen Sie sich die Struktur aus dem jetzigen Rechnungsabschluß an. Das 8,1 zu 15,7 muß uns sagen, daß die Maßnahme bis auf ganz wenige begüterte Menschen nur im Budget verbleibt, wir zahlen aus einer Tasche in die andere. Da kommt mir bitte die volle Sinnlosigkeit dieser Tarifierung noch einmal vor Augen. Bei all dem versöhnlichen Versuch, den der Herr Magistratsdirektor gemacht hat. Ich danke ihm sehr für seinen klärenden sachlichen Beitrag, weil sich vermutlich nicht jeder die Zahlen so besorgt hat. Ich finde es, noch einmal gesagt, als meine Aufgabe als Christ, hier nicht zuzustimmen. Ich kann mir vorstellen, daß den Christen unter Euch und den sozial Denkenden unter Euch ziemlich weh ums Herz sein wird, wenn sie jetzt dann die Hand heben. Ich wünsche Euch von ganzem Herzen, daß Ihr den Beschluß, den Ihr jetzt faßt, nicht mit einem furchtbar schlechten Gewissen büßen müßt. Ich wünsche Euch nicht das schlechte Gefühl, die alten Bürger schlecht behandelt oder grausam behandelt zu haben. Daher noch einmal mein Appell, überdenken wir doch diese Tarifsätze noch einmal. Es ist einfach furchterregend die Vorstellung, daß diese Belastung erstens nicht budgetwirksam ist und zweitens nicht verstanden werden wird in der Öffentlichkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, gestatten Sie mir, daß ich mich auch an der Diskussion zu diesem Antrag, der zweifellos eine schwierige Situation darstellt, beteilige.

Kollege Wippersberger hat darauf hingewiesen, daß wir einen enormen Abgang in unserem zentralen Altersheim haben. Wir haben verglichen mit anderen Städten, mit anderen Gemeinden gleicher Größenordnung, als wir über die Erhöhung in unserem zentralen Altersheim diskutiert haben. Darüber hinaus ist festgelegt, daß ein Antrag beinhaltet ist, und zwar die Dynamisierung. Ich könnte mir vorstellen, daß bei Veränderungen dieser Art wir künftighin über die Dynamisierung reden müßten, wenn entsprechende Erhöhungen der Pensionen jeweils zu Jahresbeginn

eintreten. Ich glaube auch, das muß ich hier schon sagen, daß ein Vorschlag, der hier vorgebracht wurde im Zusammenhang mit der Pflegeabteilung, diskussionswürdig ist. Ich könnte mir vorstellen, es ist das erste Mal, daß heute der Gemeinderat zu keinem Beschluß kommt und wir dieses Problem noch in Behandlung stellen und alle diese Dinge gemeinsam auch mit den anderen Gebietskörperschaften zur Diskussion stellen und wir zu einem späteren Zeitpunkt darüber befinden.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich stelle dazu den Antrag.

Ich bitte nun Kollegin Ehrenhuber zum Schlußwort.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich über den Vorschlag unseres Herrn Bürgermeisters und greife diesen Antrag sehr gerne auf, diese ganze Angelegenheit noch einmal zu überdenken, noch dazu, wie der Herr Magistratsdirektor erwähnt hat, Gespräche in dieser Richtung stattgefunden haben hinsichtlich Kostenbeteiligung seitens anderer Institutionen. Es ist tatsächlich so, daß aufgrund der Übernahme der anfallenden Pflegefälle dem Sozialversicherungsträger enorme Kosten erspart werden. Unsere langjährige Forderung auf Errichtung einer geriatrischen Abteilung in unserem Krankenhaus würde hier entsprechend helfen bzw. die notwendige Kostenbeteiligung durch die Sozialversicherungsträger. Wenn wir bedenken, daß im Krankenhaus der Tagessatz etwa S 1.400 beträgt, so leisten wir hier sicherlich einen enormen Zuschuß mit der Übernahme der Pfleglinge in unserem Altersheim.

Ich darf aber vielleicht noch darauf hinweisen, es gibt ja Bestimmungen des öö. Sozialhilfegesetzes, § 37, Abs. 9 besagt, daß Pflegeentgelte von den Trägern der Pflege- und Altenheime angemessen festzusetzen sind, was wiederum bedeutet kostendeckend. Aufgrund der Erhöhung des Lebensalters in unserem Altersheim hat sich gerade in den letzten Jahren das Durchschnittsalter unserer Heimbewohner entsprechend erhöht. Wir haben derzeit bereits über 40 Personen, die ein Lebensalter von über 80 Jahren aufweisen. Damit verbunden ist natürlich ein enormes Ansteigen unserer schweren Pflegefälle, die einer intensiven Betreuung bedürfen. Alleine die zweimalige Erweiterung unserer Pflegeabteilung untermauert diese Feststellung, daß eben der Anteil an Pflegebetten und auch der Bedarf dafür ständig im Steigen begriffen ist. Daraus ergibt sich natürlich auch die Entwicklung der Personalkosten. Ich darf nur erwähnen, daß wir z. B. im Jahre 1980 120 Bedienstete im Zentralaltersheim hatten, der Personalstand derzeit beträgt 147. Alleine die Personalkosten sind von 1980 von 24,7 Mill. auf derzeit 40 Millionen angestiegen. Wir haben in unserer Krankenabteilung derzeit 19 Diplomkrankenschwestern und 36 Stationsgehilfinnen, das ergibt ein Verhältnis von 1 : 4. In unserer Heimabteilung haben wir 4 Diplomschwestern und 5 Stationsgehilfinnen. Dazu kommt natürlich auch der erhöhte Wäschebedarf und die Investitionen, die wir alleine im vergangenen Jahr in unserer Waschküche tätigen mußten. Wenn ich vielleicht noch erwähnen darf, wir haben alleine täglich einen Anfall von ca. 2000 bis 2500 Windeln, die in unserer Waschküche gewaschen werden müssen. Die Trockenwäsche beträgt bereits 250.000 kg pro Jahr. Früher haben wir mit einer Nachtschwester das Auslangen gefunden, heute benötigen wir vier Schwestern, die täglich beim Nachtdienst eingeteilt sind. Das wollte ich kurz zur Kostensituation sagen. Ich danke unserem Bürgermeister für seinen Vorschlag, diesen Antrag zurückzustellen und noch einmal zu überdenken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Zur Zurückstellung eines Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, gemäß § 18 unserer Geschäftsordnung. Ich glaube, daß die heutige Diskussion ergeben hat, daß eine neuerliche Behandlung dieses Antrages in den Fraktionen bzw. dann in der nächsten Gemeinderatsitzung als zweckmäßig erachtet wird. Wer dem Antrag auf Zurückstellung die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit ist dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. Wir kommen nun zum nächsten Berichterstatter, zu Kollegen Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Mit der Inbetriebnahme der Mülldeponie der Stadt Steyr ist es auch erforderlich, eine entsprechende Deponieordnung zu erlassen. Diese Deponieordnung soll im wesentlichen die formalrechtliche Grundlage für eine geordnete Ablagerung und Vermeidung von Mißständen auf der Mülldeponie darstellen.

Sie werden mir gestatten, daß ich nicht den Entwurf dieser Mülldeponieverordnung zur Gänze vorlese, sondern mir erlaube, einige grundsätzliche Bemerkungen dazu zu machen.

Erstens hält die Deponieordnung im Punkt I ausdrücklich fest, daß Betreiber der Mülldeponie die Stadt Steyr ist und Zweck der Deponie die Entsorgung des im Stadtgebiet anfallenden Mülls sein soll. Damit ist eindeutig festgelegt, daß grundsätzlich nur im Stadtgebiet von Steyr anfallender Müll auf der Deponie abgelagert werden darf. Andere Gemeinden sind zufolge der zitierten Bestimmung zur Ablagerung nicht berechtigt, es sei denn, es wird ihnen dies von der Stadt Steyr in einem gesonderten Vertrag bewilligt. Im Punkt IV der Deponieordnung ist geregelt, daß angelieferte und übernehmbare Abfälle vor der Ablagerung zur Abwaage zu bringen sind. Dies ist deshalb erforderlich, da die Verrechnung mit den Anlieferern nach angelieferten Tonnen erfolgen wird und es daher unerläßlich ist, jede einzelne angelieferte Müllfuhr vor der Ablagerung abzuwägen. Im Punkt VI ist festgelegt, daß die Anlieferung des Mülls nur während der Betriebsstunden der Mülldeponie erfolgen kann. Gemäß Punkt VII der vorliegenden Deponieordnung verpflichtet sich der Anlieferer, für den angelieferten Müll ein entsprechendes Entgelt, das sich nach der jeweils gültigen Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr richtet, zu bezahlen. Das sind im wesentlichen die Grundlagen dieser Mülldeponie die ich Sie bitte, zu beschließen. Ich stelle daher den Antrag:

19) Bau6-1782/76

Mülldeponie der Stadt Steyr; Deponieordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 5. Juni 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene Deponieordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr genehmigt. Die Kundmachung dieser Deponieordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

Diese Deponieordnung tritt mit Wirkung vom 1. 7. 1986 in Kraft.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich begrüße, daß der Müll geregelt abgelagert wird. Es hat sich jedoch ergeben nach dem Unfall in Tschernobyl, daß RN, radioaktiver Niederschlag, über Steyr niedergegangen ist. Die erste Möglichkeit, diesen radioaktiven Niederschlag wegzubringen, war wegwaschen. Damit wurde dieser radioaktive Niederschlag in das Kanalsystem unserer Stadt geleitet. Anschließend ist dieser radioaktive Niederschlag in die Kläranlage gekommen und dort gab es die ersten großen Probleme, nämlich der radioaktive Niederschlag setzte sich fest an diesem Abfall, an diesem Müll, der auf der Straße lag, der in den Kanal kam. Die ersten Meßergebnisse erbrachten Werte von 7 Millirem/Stunde beim Rechen der mechanischen Kläranlage. Bei 1 Milliröntgen ist die Absperrdosis gegeben. Das heißt, wird 1 Milliröntgen gemessen, so muß um diesen Bereich eine Absperrung gezogen werden. Militärisch gesagt heißt das die Rückkehrdosis. Diese 7 Milliröntgen/Stunde – Röntgen oder Rem ist im Prinzip gleich – wurden im Abfall belassen. Jetzt kommt für mich das Groteske. Deponieordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr – Bauschutt und Beimengung von Sondermüll, Sonderabfällen: Nicht in die Deponie eingebracht werden dürfen sonstige Abfälle im Sinne dieses Sonderabfallgesetzes, BGBl. Nr. 186/83, und Abfälle im Sinne der Ö-Norm S 2100, wie Altöle, Lösemittel, Schwermetalle – und jetzt kommt es – und radioaktive Abfälle. Meine Damen und Herren, das waren radioaktive Abfälle, die von der Polizei dort gemessen wurden und die dann auf die Mülldeponie gebracht wurden und dort abgelagert und mit Humus überdeckt wurden. Meine Damen und Herren, bevor wir diese Deponieordnung beschließen, beginnt die Stadt Steyr diese zu brechen. Daß es ein Problem ist mit dem Problemmüll, mit dem Sondermüll, mit den radioaktiven Abfällen, das ist mir klar. Man hätte auch diese Abfälle in Fässer geben müssen, um diese in Seibersdorf zu lagern. Das Lager quillt über, aber man kann diesen radioaktiven Abfall nicht in der Deponie vergraben. Wir können auch unsere Probleme nicht vergraben. Mit jedem Niederschlag wird radioaktives Material in das Grundwasser dieser Deponie sickern. Wir werden es wegpumpen und irgendwo verspritzen, versprühen, wo geben wir es hin? Für mich ist das ein grundlegendes Problem, wie geht man mit radioaktiven Abfällen, wie geht man mit noch nicht so stark bekannten Abfällen um? Mir ist auch unklar, wie man so etwas machen kann. Ich verstehe die Leute nicht, die so stark radioaktives Material einfach vergraben. Ich kann dieser Deponieordnung nicht zustimmen, denn bevor diese hier beschlossen wird, wird sie schon gebrochen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu das Wort? Herr Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich nehme an, daß der Umweltstadtrat Kollege Pimsl sich die gleiche Unterlage besorgt hat wie der Gesundheitsreferent Vizebürgermeister Holub. Rudi, ich glaube, daß ich jetzt wirklich in unser beider Namen spreche. Die Problematik des eingebrachten strahlenden Materials ist wirklich so etwas ähnliches wie eine höhere Gewalt, im wahrsten Sinne des Wortes. Es hat niemand in der Stadt verursacht das Unglück in Tschernobyl und es hat niemand auf der ganzen Welt einen besseren Tip gehabt als das zu tun, was hier in Steyr geschehen ist. Das gut sammeln und in einer abgelegenen Ecke der Deponie zu vergraben und hoch mit Schüttmaterial zu bedecken. Ich möchte nicht unbedingt haben, daß jetzt Katastrophenmeldungen verbreitet werden, sicher ist der Wert mit 7 Millirem das Siebenfache des Umkehrwertes, so weit habe ich mich schon informiert. Der abgedeckte Abfall aus der Kläranlage ist aber jetzt schon bedeutend unter diesem Umkehrwert in der abgegebenen Strahlung. Zumindest ergibt das die Strahlenmessung, die gestern vorgenommen wurde. Ob heute ein Wert genommen wurde, kann ich nicht sagen, aber es gibt keinerlei

Grund zur Annahme, daß sich die Situation von gestern auf heute zum Nachteil verschlechtert hat. Überhaupt glaube ich ist es notwendig, daß man um die Strahlenmessung schon sagt, daß die Beamten Dr. Viol und Gergelyfi sicherlich auch in der kritischen Zeit nach dem Unglück in Tschernobyl alles getan haben, was zu tun war. Es ist sehr zu widersprechen die Behauptung, die in der letzten Gemeinderatsitzung aufgestellt wurde, daß der Strahlenmeßzug der Bundespolizei nicht im Einsatz war. Er war es nämlich, am 6., am 9., am 13. und am 15. Mai. Das haben Sie wahrscheinlich nicht gewußt, aber man soll halt Dinge nur dann behaupten, wenn man sie weiß. Ich will Kollegen Ramoser nicht unterstellen, daß er wissentlich die Unwahrheit gesagt hat. So weit möchte ich gar nicht gehen, weil ich immer recht an das Gute im Menschen glaubt, wenn es einem auch nicht immer leicht gemacht wird. Sie haben, Herr Kollege Ramoser, sicherlich allen Grund, jetzt aus dem Hintergrund herauszumaucheln. Wenn ich in der letzten Sitzung diese Unwahrheit gesagt hätte mit den Messungen, wäre mir jetzt gar nicht so wohl in der Haut. Es wurde sicherlich getan, was nach Maßgabe des möglichen zu tun war. Ja Himmel Herrgott, man soll doch nicht immer so tun, als wäre ein Reaktorunfall aus weiß ich wievielen Kilometern die Standardroutine, mit der die österreichische Verwaltung fertig werden muß. Im nachhinein gescheiter sein, das ist etwas furchtbar Einfaches. Den Leuten Angst zu machen, daß sie noch mehr Angst haben als sie ohnehin schon haben, das ist auch etwas furchtbar Einfaches. Und zu behaupten, man soll den Schlamm in Fässer füllen, das sind etwa 50 m³, und ihn nach Seibersdorf führen. Florianiprinzip – schütz unser Haus, zünd andere an! Herr Ramoser, Sie machen mir jetzt keinen Zwischenruf, den machen Sie mir jetzt bitte nicht. Ich glaube, daß unter Maßgabe der Möglichkeiten, vollen Ernstes glaube ich das, die richtige Maßnahme getroffen wurde und daß dieses gepreßte Schlammgut richtig abgelagert wurde.

Die Deponieordnung war ja noch nicht in Kraft, wie dies geschehen ist und ich glaube, man sollte in Ernsthaftigkeit darüber nachdenken, ob die Ordnung in Zukunft praktikabel ist, denn sie steht jetzt in Verhandlung und nicht die meiner Meinung nach als Gesundheitsreferent – Sie können mich gerne in der Öffentlichkeit ruinieren dafür, das können Sie gerne. Aber ich bin tief überzeugt davon, daß zum damaligen Zeitpunkt das die einzige richtige Maßnahme war und Dank den Beamten, daß sie so schnell entschieden haben. Auch das sollten wir einmal machen. Die Situation für die beiden Herren war gar nicht so beneidenswert, viel beneidenswerter ist man dann im nachhinein, wenn man die Maßnahmen kritisieren muß. Die Umgebungsstrahlung in Steyr ist zwar noch etwas erhöht, aber tritt in einem durchaus vertretbaren Ausmaß auf. Die Umgebungsstrahlung in Steyr ist nämlich weitaus geringer als die in der Granitgegend im Mühlviertel vor dem Reaktorunfall. Das sind erwiesene Meßdaten. Schauen Sie einmal auf das Datum der Erhebung und halten Sie nicht einen Zettel in der Gegend herum, wann ist denn das aufgenommen? Von welchem Termin ist das? Ich weiß schon, daß Cäsium einen Halbwertszeit von 30 Jahren hat, ich bin auch einmal in die Schule gegangen und habe auch einmal Physik und Chemie gelernt. Ich weiß nicht, ob es Ihnen etwas gibt, ich wollte einmal Chemie studieren, nur ist das aus Überfluß an Geldmangel unterblieben, so daß ich nur ein dummer Bankkaufmann und Drogist geworden bin. Ich habe die Tabelle gesehen. Es hilft uns nichts, wenn wir Panik machen, was stellen Sie sich vor, sollen wir Steyr zubetonieren und warten, bis alles vorbei ist? Ich glaube schon, daß es eher darum geht, die Situation zu überleben, und zwar in der gemeinsamen Bemühung zu überleben. Was zum gebotenen Zeitmaß damals möglich war, haben die Beamten getan. Die Situation wird laufend kontrolliert, es wird laufend weitergemessen. Ob das jetzt sehr opportun ist, was ich sage oder nicht, das ist mir persönlich egal, weil nach Opportunität habe ich mich in meinem bisherigen Leben noch nie orientiert und meine Partei hat mich dennoch zum Vorsitzenden gewählt. Ich glaube, daß der

eine oder andere hier im Raum auch den nicht opportunen Holub gelegentlich schon als ernsthaften Menschen betrachten hat können. Wenn Ihnen, Herr Kollege Ramoser, das nicht gelingt, dann tut es mir in der Seele weh, weil ich habe gegen Sie überhaupt nichts. Aber ich habe etwas gegen diese Argumentation mit der Angst mit unzutreffenden Argumenten zu unzutreffender Zeit.

Der Mülldeponieordnung geben wir selbstverständlich die Zustimmung, der Argumentation des Kollegen Ramoser nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Es wurde von meinem Vorredner bereits erwähnt, daß hier sehr wohl Messungen von der Bundespolizei vorgenommen wurden, aber darüber hinaus hat auch das Rote Kreuz ständig Messungen durchgeführt über einen längeren Zeitraum und es wurden insgesamt mehr als 60 Messungen von der Roten-Kreuz-Bezirksstelle sowohl für Private wie auch für die Öffentlichkeit vorgenommen. Das heißt, daß man sehr wohl in Steyr über das Ausmaß der Ereignisse, die sich in Tschernobyl abgewickelt haben und auf Steyr seine Auswirkungen zeigten, in Kenntnis war. Aber ich glaube, daß offenbar die GAL aus dem Chaos schöpfen will und nicht für eine Ordnung ist. Gerade die Ereignisse der letzten Wochen schreien ja geradezu nach gewissen Prinzipien, die sich in einer Verordnung, in gewissen Verordnungen, niederschlagen sollen. Eine dieser Verordnungen ist die Verordnung für die Mülldeponie, weil da bestimmte Dinge geregelt werden. Hätte man, so scheint ja der Wunsch der GAL zu sein, die Dinge ihren Lauf nehmen lassen, um damit besser polemisieren zu können, oder ist es aus der Verantwortung einer politischen Fraktion – hier rechne ich alle Parteien dazu – notwendig, der Bevölkerung die möglichst rasche und wirksamste Hilfe angedeihen zu lassen in einer Situation, wo der Einzelne recht wenig davon weiß und auch recht wenig dazu beitragen kann. Wenn man heute kritisiert, daß die Stadt Steyr bereits weit vor der Information durch die OÖ. Landesregierung die Straßen hat waschen lassen, dann ist das eine Maßnahme, die eigentlich Lob verdienen würde für die Umsicht der Beamten, die dies gemacht haben und wenn man diese Deponieordnung jetzt beschließt, dann ist das nicht deswegen, weil Tschernobyl eine Katastrophe gewesen ist, sondern weil diese Deponieordnung an und für sich zukünftig gebraucht wird, um das überhaupt in geregelte Bahnen zu lenken. Ich kann meine Verwunderung nicht verbergen, daß hier immer wieder in einer kaum sehr positiven Weise Anstrengungen, die für die Bevölkerung gemacht werden und von dieser auch anerkannt werden, in Frage gestellt werden. Ich muß unterstreichen, daß gerade im Referat Umweltschutz der Referatsleiter weit über seine dienstlichen Obliegenheiten hinaus sich bemüht, den Umweltschutz nicht nur ernst zu nehmen, sondern ihn auch vorzuleben und sich für die Ereignisse, die in seinem dienstlichen, wie auch außerhalb seines dienstlichen Bereiches an ihn herangetragen, zu interessieren und ihnen sofort nachzugehen bzw. Abhilfe zu schaffen. Wir sollten gemeinsam diese Bestrebungen unterstützen und eine dieser Verordnungen wird auch dem Umweltschutzreferat helfen, die Aufgaben besser als bisher wahrzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL – GR Ramoser) angenommen.

Ich danke Kollegen PimsI für die Berichterstattung. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich habe Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorzubringen über das Straßenerhaltungsprogramm 1986.

Der Antrag lautet:

20) Bau3-2942/86

Straßenerhaltungsprogramm 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 4. 1986 wird der Auftrag zur Durchführung von Straßenerhaltungsarbeiten gemäß der dem Amtsbericht beige-schlossenen Liste an den städtischen Wirtschaftshof zum Preis von S 2,033.000,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,050.000,-- (zwei Millionen fünfzigtausend)

werden bei VSt 1/612000/611000 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Hochrathen bitte!

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Bürger unserer Stadt können zufrieden sein, daß eine so große Anzahl von Straßenzügen in unserer Stadt die sicherlich notwendigen Sanierungsmaßnahmen erfahren sollen. Doch habe ich mit Bedauern feststellen müssen, daß in der Liste über die Straßenerhaltungsarbeiten einige Straßen aufscheinen, bei denen keine Beträge für diese Sanierungsmaßnahmen eingesetzt sind. Ich hoffe aber dennoch, daß auch diese Straßenreparaturen durchgeführt werden.

Bedauerlich finde ich, daß die Verlegung der Kegelprielstraße beim Bauernhaus Staffelmayer und die Verlegung der Feldstraße beim Bauernhaus Hiesmayer heuer nicht mehr möglich sein sollen. Ich weiß, daß die betroffenen Landwirte ein berechtigtes Interesse an einer Verlegung haben und daß die Stadt nun bemüht ist, eine Bereitschaft dieser Landwirte zu einer Kostenbeteiligung zu finden. Es ist aber eine Verlegung der beiden Straßen bei den angeführten Bauernhäusern auch im Sinne einer flüssigeren Verkehrsgestaltung unbedingt erforderlich und das sollte auch als Betrachtungspunkt der Stadt dienen und so sollte es auch die Stadt sehen.

Im Zuge des Ausbaues der Steiner Straße - darüber kommt noch ein Antrag heute - wäre auch die Verlegung der Feldstraße, wie ich vorher angeführt habe, und dadurch bedingt die Verlegung des unbenannten Verbindungsstückes zwischen der Steiner Straße zur Ennsner Straße, zur GFM, unbedingt erforderlich. Das wäre in einem Arbeitszug möglich.

Als Betrachtungspunkt habe ich mir auch die Sarninggasse ausgesucht. Im letzten Verkehrsausschuß wurde beschlossen, die Sarninggasse in Zukunft als Einbahnstraße zu führen. Die Sarninggasse ist aber in einem sehr schlechten Zustand und es wäre daher eine Belagsanierung unbedingt erforderlich. Ich weiß, daß noch vorher der Kanal in den Straßenzug verlegt werden soll und ich bitte zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, dieses Kanalbauprojekt vorzuziehen, damit dann auch die erforderliche Straßensanierung durchgeführt werden kann und der Verkehr in diesem Straßenzug dann klaglos funktionieren kann.

Dann sind mir noch einige Straßenzüge aufgefallen, die ebenfalls einer Sanierung

bedürfen, wo auch noch vorher der Kanal verlegt werden soll, und zwar sind das der Fischhubweg, die Grenzgasse und nochmals die Feldstraße von der Steiner Straße zur Wolfenstraße.

Es ist mir die finanzielle Situation der Stadt durchaus bewußt und sie ist auch heute schon mehrmals angezogen worden. Es ist mir auch klar, daß nicht alle Wünsche der Bürger unserer Stadt sofort erfüllbar sind. Es handelt sich bei den angeführten Straßenregulierungen um durchaus berechnete Verbesserungen, Forderungen der Bewohner und ich ersuche daher im Namen dieser Betroffenen um eine baldige Sanierung dieser Straßenzüge.

Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, daß eine Reihe von Verbesserungsarbeiten im Interesse unserer Verkehrsteilnehmer, und auch von meiner Fraktion verlangt, in der letzten Zeit durchgeführt wurden oder im heutigen Antrag enthalten sind. Eine Verbesserung möchte ich noch erwähnen, die bereits geschehen ist.

Vor wenigen Wochen wurde die Verbreiterung der Einmündung von der Stelzhamerstraße in die Tomitzstraße durchgeführt. Es ist so ein wesentlicher Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit geleistet worden.

Dies soll auch der Hauptgrund aller Forderungen nach Verbesserung der Straßenzüge sein, nämlich die Anhebung der Verkehrssicherheit und nicht, daß man schneller von einem Ort zum anderen kommt.

Dem Straßenerhaltungsprogramm 1986 gibt die ÖVP-Fraktion ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich darf meine Liste wieder einpacken, wir sind ja an sich einer Meinung, nur die einen glauben, diese Seite ist mehr zu berücksichtigen oder ein anderes Stadtviertel. Warum manchmal keine Beträge aufscheinen, geht aus folgenden Amtsbericht hervor: Die Asphaltflächen weisen viele Risse auf und dergleichen, das heißt, daß man ja nach Quadratmetern gar nicht schätzen kann, denn bei der Reparatur zeigt sich dann erst sehr oft, daß mehr oder weniger zu richten ist. Das sind sozusagen kleine Regiearbeiten. Sie sehen ja selbst, daß manchmal nur palatschinkengroße Flecke repariert werden, das kann man vorher nicht in Summe genau festlegen. Ich kann dem Gemeinderat Hochrathen nur für seine Ausführungen danken und bin sehr froh, daß von den Verkehrsteilnehmern jetzt die Verbreiterung der Tunnelausfahrt nach rechts Richtung Stelzhamerstraße positiv aufgenommen wird. Ich glaube, von Seiten der Polizei ist die Versicherung abgegeben worden, daß es an dieser wichtigen Kreuzungsstelle weitaus flüssiger zugeht.

Die Staffelmayerstraße war nie im Straßenerhaltungsprogramm drinnen, weil hier nur kleine Reparaturen sind, sondern sie wird nächstes Jahr gemacht, aber vorher muß die Wasserleitung verlegt werden. Alles andere wurde bereits gesagt.

Mein nächster Antrag behandelt den Ausbau der Steiner- und Klosterstraße. Es ist ein Antrag des Stadtsenates mit folgendem Wortlaut:

21) Bau3-1240/81

Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße;
Baulosverlängerung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. 3. 1986 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßenbau "Steiner Straße - Klosterstraße"

1. Bauabschnitt zum Preise von S 6,559.441,- und mit GR-Beschluß vom 12. 12.

1985 der Zusatzauftrag für die Baulosverlängerung von der ehemaligen Liegenschaft Drausinger bis zum alten Feuerwehrdepot zum Preise von S 1,335.816,- an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH Steyr übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 7. 5. 1986 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 2,071.757,80 inkl. MWSt. zugestimmt. Der Aufbringung der Verschleißbeläge sowie der Abrechnung des Gesamtbauloses im nächsten Jahr wird zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 2,000.000 (zwei Millionen)

bei der VA-St. 5/612000/002190 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 732.000,-- (siebenhundertzweiunddreißigtausend)

bei der gleichen Voranschlagstelle bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich hätte bloß eine Bitte und Frage an Kollegen Sablik, die Steiner Straße nicht wieder zu einer kleinen Autobahn auszubauen. Man soll darauf achten, daß das ein stark verbautes Gebiet ist, die Straße führt unmittelbar an den Häusern vorbei und man könnte einige geschwindigkeitsbrechende Maßnahmen einbauen. Das ist eine Anregung, die die dort wohnhaften Bürger gerne aufgreifen werden. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung dort einzuführen ist sehr problematisch, weil doch der Beweis immer wieder erbracht wird, daß sich sehr wenige Leute daran halten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht der Referent dazu ein Schlußwort?

STADTRAT ERICH SABLIK:

Die Anregung ist sehr gut, nur dieselben Anrainer haben ja diesen Ausbau verlangt. Dieser wird ja in geringster Breite gemacht, gerade gut genug, um dem Lokalverkehr inklusive der Führung der städtischen Verkehrslinien zu entsprechen. Ich weiß, daß die Straßenbauer seit neuestem die Straßen anders anlegen, und zwar verkehrshemmend, also keine ganz geraden Straßen mehr bauen. Ich glaube aber, in der Feldstraße fällt dies weg.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Mein nächster Antrag betrifft den Ausbau des Dachsbergweges. Es handelt sich um einen Antrag des Stadtsenates mit folgendem Wortlaut:

22) Bau3-522/86
En-3489/86

Ausbau des Dachsbergweges.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 10. 6. 1986 werden im Zusammenhang mit dem Ausbau des Dachsbergweges folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von S 1,505.142,- inkl.MWSt.

2. Elektroinstallation für die Straßenbeleuchtung an die Fa. Kammerhofer, Steyr, zum Preise von S 62.320,80 -"-

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 604.000,-- (sechshundertviertausend)

bei der VA-St. 5/612000/002540 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 963.500,-- (neunhundertdreißigtausendfünfhundert) bei der gleichen Voranschlagstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Anfrage? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gegenstimmen? Danke. Auch hier darf ich einstimmige Annahme feststellen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der letzte Antrag lautet:

23) Bau4-5240/85

Errichtung des Museumssteges und des Schloßleitenweges sowie des Verbindungsweges zum Schloß Lamberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 26. 5. 1986 wird der Auftrag zum Neubau des Museumssteges über die Steyr und des Schloßleitenweges an die gemeinsame ARGE, bestehend aus der ARGE Beer & Janischofsky, Hamberger, VOEST und der ARGE Negrelli-Mayr-Bau, in der vom Planungsarchitekten Falkner vorgeschlagenen Variante zum Preis von S 11,186.973,96 inkl. USt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 2,544.600,-- (zwei Millionen fünfhundertvierundvierzigtausendsechshundert)

bei VSt 5/612000/002270 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2,681.100,- (zwei Millionen sechshunderteinundachtzigtausendeinhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt und darüber hinaus ein weiterer Betrag von

S 1,000.000,-- (eine Million)

bei VSt 5/616000/002550 freigegeben und eine weitere Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 4,961.300,-- (vier Millionen neunhunderteinundsechzigtausenddreihundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung für diese Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Um Annahme dieses Antrages wird ersucht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer wünscht dazu das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Einstimmige Annahme. Ich danke für die Berichterstattung. Nächster ist Kollege Stadtrat Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei meinem ersten Antrag geht es um die Umbenennung einer Straßenbezeichnung.

24) Ges-15/86

Huthoferstraße - Straßenbenennung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA XI vom 13. Mai 1986 erhält der Straßenzug östlich des Kugellager- bzw. Gußwerkes (Reste der Huthoferstraße und Hinterbergstraße), im Lageplan des Stadtbauamtes orange und rot lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung "Gußwerkstraße".

Ich bitte, darüber befinden zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Enthaltungen? Es besteht Einstimmigkeit.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Nebenkanäle zum Hauptsammler A, 3. Teil. Der Antrag lautet:

25) Bau6-3983/86

Bau3-3982/86

Nebenkanäle zum HS A, 3. Teil, NS Direktionsstraße, NS Frauenstiege, NK Überwasser 1; Straßenbau Wehrgraben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 6. 2. 1986 wurde der Auftrag zur Durchführung von Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung des HS A 3. Teil, Baulos Wehrgraben, an die ARGE Negrelli und Beer & Janischofsky zum Preis von S 26.662.998,50 übertragen. Mit Beschluß des Stadtsenates vom 27. 2. 1986 wurde einer Erweiterung dieser ARGE um die Firmen Zwettler und Mayr-Bau-GesmbH zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 6. 1986 wird nunmehr der Auftrag zur Herstellung der Nebenkanäle zum HS A 3. Teil, NS Direktionsstraße, NS Frauenstiege, NK Überwasser 1 an diese ARGE "Kanal Wehrgraben II" als Anschlußauftrag zum Gesamtpreis von S 725.638,40 exkl. MWSt. übertragen.

Unter einem wird auch der Auftrag zur Durchführung der Unterbauarbeiten für den Straßenbau in der Wehrgrabengasse von der Elbabrücke bis zur Schlagerbrücke und die Zufahrt zur Inneren Reiterbrücke an die ARGE "Kanal Wehrgraben II" zum Preis von S 203.952,- inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 204.000,-- (zweihundertviertausend)

bei VSt 5/612000/002140 und von

S 504.800,-- (fünfhundertviertausendachthundert)

bei VSt 5/811000/050250 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 221.200,-- (zweihunderteinundzwanzigtausendzweihundert)

bei VSt 5/811000/050250 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, auch darüber befinden zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Diskussion ist eröffnet. Gibt es Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so angenommen. Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 11 Anträge des Stadtsenates zur Beschlussfassung vorzutragen, darin befinden sich auch einige Tarifierhöhungen. Ich hoffe, daß mich die Herren der Minderheitsfraktionen nicht gleich vorweg steinigen werden.

Ich möchte Ihnen gleich den ersten Antrag zur Verlesung bringen:

26) ÖAG-670/86

Stadtwerke

Städt. Verkehrsbetrieb - Änderung der
Fahrpreise zum 1. 7. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 13. Juni 1986 werden die Tarife für die städt. Verkehrsbetriebe mit Wirkung vom 1. 7. 1986 entsprechend der diesem zitierten Amtsbericht angeschlossenen Beilage neu festgesetzt.
(BEILAGE)

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, die Debatte darüber zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht dazu das Wort? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir von der ÖVP-Fraktion glauben, daß der Verlust der städt. Verkehrsbetriebe nicht unbedingt durch Fahrpreiserhöhungen abgedeckt werden soll, sondern vielmehr durch eine Frequenzsteigerung der Fahrgäste. Dies erscheint mir jedoch nur mit attraktiven Fahrpreisen erreichbar. Was die Tarifierhöhungen betrifft, schwanken diese zwischen 9,7 Prozent und 25 maximal 26 Prozent bei den Mehrfahrtenscheinen. Ein kurzes Beispiel soll die Preissituation etwas attraktiver beleuchten. Wenn eine vierköpfige Familie von einer Fahrt vom Resthof zum Taborland einkaufen fährt, so kostet diese Fahrt hin und zurück 2 mal S 24,- für die Erwachsenen, das sind S 48,- und 2 mal S 12,- für die Kinder, also S 72,-. Wenn sich diese Familie jeweils hin und zurück ein Taxi leistet, so kommt sie billiger durch. Etwas problematisch scheint mir auch die Begründung für die Teuerung, die im Amtsbericht angeführt ist. Dort heißt es unter anderem: 1. die Einzelfahrscheine und Mehrfahrtenscheine, 10- und 20-Fahrtenscheine, sollen zwischen 20 und 26 Prozent angehoben werden. Diese Tarifierhebung wird damit begründet, daß die Manipulation, Verkauf und Entwertung durch den Fahrer mit Fahrscheindrucker, bzw. Entwertung mit dem Fahrscheinentwerter, dem Betrieb erhöhte Kosten verursacht - jährliche Instandhaltungskosten zwischen S 70.000 und S 80.000 - und außerdem der Fahrgastfluß beim Antritt der Fahrt durch Lösen der Fahrscheine unterbrochen wird, wodurch erhöhte Stehzeiten an den Haltestellen und damit Verzögerungen in der Fahrplaneinhaltung entstehen. Wie erinnerlich ist, haben wir für diese Fahrscheinentwerter bzw. Fahrscheindrucker viele hunderttausend Schilling ausgegeben - es waren, wenn ich mich recht erinnere, an die 2 Mill. und ich bitte Sie, mich zu korrigieren, oder waren es S 800.000,--, das weiß ich nicht mehr genau - und nun sind diese Rationalisierungsmaßnahmen eigentlich die Begründung für die Erhöhung der Tarife.

Ich glaube, erforderliche Erhöhungen, insbesondere auch hier wiederum die ständigen effektiven Kostensteigerungen und Inflationsraten sollten jährlich abgegolten werden. Es war die letzte Erhöhung am 1. 4. 1984 und ich kann mir auch den Vorwurf nicht ganz ersparen, ob man nicht im Jahre 1985 aus wahltaktischen Gründen von einer Erhöhung abgesehen hat. Ich glaube, wenn man jährlich die effektiven Kosten umlegt, dann findet man auch bei der Bevölkerung dafür Verständnis. Dem heutigen Antrag kann aus besagten Gründen die Österr. Volkspartei ihre Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Schloßgangl hat schon hingewiesen, daß die Autobustarife bis zu 25 Prozent erhöht werden. Ich ergänze dies noch, daß damit die Benutzer unserer städt. Autobusse pro Jahr in Zukunft um 1,7 Mill. Schilling mehr bezahlen müssen. Ich habe bereits in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung hingewiesen

und erklärt, daß ich gegen die Tarifierhöhung bin. Ich bin jedoch für mehr öffentliche Förderung der städt. Verkehrsbetriebe. Die KPÖ-Fraktion hat bereits im Frühjahr 1982 verlangt, daß die Stadt im Haushaltsplan jährlich entsprechende Förderungsmittel

für den städtischen Verkehr einsetzt, wie dies beispielsweise in unserer vergleichbaren Stadt Wels der Fall ist, wo die Stadt sogar für einen privaten Autobusunternehmer jährlich viele Milliarden Schilling zur Verfügung stellt. Die Stadt Steyr müsse auch verlangen, daß das Land Oberösterreich herangezogen wird, welches keine Mittel für die Finanzierung des öffentlichen Autobusverkehrs bisher in Steyr bereitstellt.

Der Einzelfahrschein für Erwachsene kostete z. B. im Jahre 1975 S 4,-. Nunmehr nach 10 Jahren muß ein Benützer der städt. Autobusse das Dreifache, nämlich S 12,- bezahlen. Die Löhne und Gehälter haben sich sicherlich nicht einmal verdoppelt in dieser Zeit. Wir als Kommunisten haben den Wählern vor den Wahlen versprochen, daß wir aus Umweltschutzgründen den Vorrang dem öffentlichen Linienverkehr geben und für eine Fahrpreismäßigung für Autobusfahrten eintreten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Wahlversprechen, die wir abgeben - im Gegensatz zu anderen Parteien - werden von mir auf jeden Fall eingehalten und ich werde daher auch diese Tarifierhöhung ablehnen.

Meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß ein Unternehmer leicht lächeln kann, der noch dazu Stadtratsbezüge bekommt. Allein durch die Tarif- und Gebührenerhöhungen, die heute die Damen und Herren der Mehrheit beschlossen haben, nämlich - wie ich gerade erwähnt habe - der städt. Autobusse um 1,7 Mill. S, der Kanalgebühren um 4,5 Mill. S und der Müllabfuhr. Diese drei erwähne ich, damit wird die Bevölkerung pro Jahr mit 8,7 Mill. S belastet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Tarifierhöhungen bei den öffentlichen Mitteln werden immer nach dem Konzept gelegt, es muß wirtschaftlich sein. Wenn man mit dem Geld nicht mehr auskommt, dann erhöht man die Tarife. Das geht so lange, bis man einen gewissen Plafond erreicht hat, bis dann wahrscheinlich niemand mehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fährt. Ich meine es wäre Zeit, hier umzudenken, es wäre Zeit, hier neue Wege zu gehen. Wir haben vorerst gehört, daß wir Millionen Schilling für den Straßenausbau verwenden. Die Straßen müssen immer breiter und schneller werden. Warum? Weil der Individualverkehr zunimmt. Das goldene Kalb, unser schönes Auto, muß erhalten bleiben, und zwar um jeden Preis. Da nehmen wir jede Tarifierhöhung in Kauf, da wird sogar der öffentliche Bereich zur Kasse gebeten in einem Maß, das ich nicht mehr einsehen kann. Man müßte eben versuchen, attraktive Maßnahmen zu setzen, damit mehr Personen wieder umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel. Man müßte versuchen, Kleinautobusse einzustellen, Elektrobusse, mit denen man auch in Stadtteilen wie Steyrdorf gut fahren kann. Man müßte vor allem auch die Radwege mehr ausbauen. Es gibt ja auch in Steyr Bürger mit Fahrrad, die das sehr belohnen würden, wenn man

z. B. von Münichholz bis zur Stadtmitte auf einem verbindenden Radweg fahren könnte. Ich kann hier nur sagen, dieser Radweg nach Münichholz hat eine Todesstelle. Ich glaube, daß wir hier noch die bittere Erfahrung machen werden, daß es dort einmal einen Radfahrer erwischt, der sich vom Radweg, der wunderschön angelegt ist, auf die Straße begeben muß, wo ein sehr starker Verkehr nach Münichholz fließt.

Genau diese Sachen und noch mehr Anregungen hätte ich gerne in einer Verkehrsausschußsitzung besprochen, da man dort bedeutend intensiver diskutieren kann als hier. Ein Verkehrskonzept, das vielleicht die Stadt Steyr mit allen Parteien erstellt. Ich glaube nicht, daß die Vorgangsweise, die jetzt gegeben ist oder vorgezeigt wird, Tarifierhöhungen aufgrund eines Berichtes, der in den Ausschüssen nicht diskutiert worden ist, einfach durchzuführen, richtig ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich muß gestehen, auch mir wäre es lieber, keine Erhöhung vornehmen zu müssen. Am schönsten wäre natürlich der Nulltarif. Von wem sollen aber die anfallenden Kosten getragen werden? Es gibt ein volkstümliches Sprichwort. Wir haben vorher schon durch Vizebürgermeister Wippersberger beim Rechnungsabschluß gehört, daß bis Mai des heurigen Jahres Mindereinnahmen in der Höhe von S 615.000,- zu verzeichnen sind. Wenn man jetzt in Betracht zieht, die Tarifierhöhungen in Prozenten zu sehen, so erscheint auch mir eine 20- oder 25prozentige Tarifierhöhung im ersten Moment als einigermaßen hoch, doch wenn ich diese Prozente in Schilling betrachte, so ist das bei den Einzelfahrscheinen für Erwachsene z. B. so, daß das nur S 2,- ausmacht. Trotzdem sind es aber 20 Prozent! Die Einzelfahrkarte für Schüler, auch das ist eine 20prozentige Erhöhung, da macht das nur S 1,- aus. Ich darf dazu vielleicht zum Vergleich die Welscher Fahrpreise anführen. Die Schülerfahrten in Wels durch die SAB Wels, die Wochenkarte von 5 bzw. 6 Tagen, kosten bis 3 km Fahrtstrecke ohne umsteigen S 60,-, wir verlangten bisher S 40,- und haben jetzt auf S 50,- erhöht. Ich glaube, daß auch diese Erhöhung in einem gewissen Rahmen geblieben ist. Ein Schüler in Wels, der eine Fahrstrecke bis 3 km hat und umsteigen muß, dafür beträgt der Fahrpreis bereits S 72,-. Über 3 km kostet das S 70,- ohne umsteigen und mit umsteigen S 84,-. Bei uns beträgt die Anhebung nur S 10,-. Man darf auch nicht vergessen, 1985 betrug der Verlust der Verkehrsbetriebe 5,77 Mill. Schilling. Das war eine Steigerung gegenüber 1984 um 22 Prozent. Im heurigen Wirtschaftsjahr müßte bei unverändertem Fahrpreis mit einem Verlust von S 5 Mill. gerechnet werden. Durch die ab 1. 7. 1986 notwendig gewordene Tarifierhöhung kann zumindest der erwartete Verlust um ca. 0,85 Mill. auf ungefähr 5,65 Mill. im heurigen Jahr verringert werden. Ich glaube, wir haben immer noch einen Sozialtarif. Vorhin wurde gesprochen von der laufenden Steigerung der Sozialtarife usw. Letzten Endes muß den Verlust ohne Tarifierhöhung die Stadtgemeinde tragen und dieser Verlust

wird ja auch wieder finanziert von den Steuerträgern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Der Antrag ist mit 9 Gegenstimmen (7 ÖVP, 1 GAL, 1 KPÖ) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Tarifregulierungsantrag betrifft die städt. Sauna, das Hallen- und Freibad. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

27) ÖAG-1172/86

Stadtwerke

Städt. Sauna, Hallenbad und

Freibad; Tarifregulierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 10. 2. 1986 werden die Tarife für die städt. Bäder (Sauna, Hallen- und Freibad) entsprechend der diesem zitierten Amtsbericht beigeschlossenen Tarifaufstellung neu festgesetzt. Diese Tarifordnung tritt mit 1. 7. 1986 in Kraft.

(BEILAGE)

Ich bitte Herrn Bürgermeister, die Debatte zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Erster Sprecher dazu ist Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Zum vorliegenden Antrag auf Tarifregulierung der Sauna, des Hallen- und Freibades. Tarifregulierung ist eigentlich ein harmloses Wort der Amtssprache, verständlicher müßte es heißen Erhöhung, in diesem Fall könnte man sogar sagen kräftige Erhöhung. Wir werden hier aber, da die Vorteile überwiegen, die Zustimmung geben. Mit Freude entnehme ich dem Amtsbericht, daß eine langjährige Forderung der ÖVP, nämlich die Einführung eines Familientarifes, zumindest bei den städtischen Bädern erfüllt wird. Bei den Verkehrsbetrieben, wie wir jetzt gehört haben, ist es leider noch nicht so weit. Nicht ganz gerechtfertigt ist die Erhöhung für Kästchenmitbenützer, auf Seite 2 Punkt A 4 und C 3 und 4 des Amtsberichtes, da diese Erhöhung die Kinder und Schüler und damit wieder indirekt die Familie treffen. Die letztgenannten Erhöhungen haben, meine Damen und Herren des Gemeinderates, mit familienfreundlicher Politik sicherlich wieder weniger zu tun.

Wir werden aber seitens der ÖVP-Fraktion, wie ich eingangs erwähnt habe, da die Vorteile überwiegen, unsere Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kann mich meinem Vorredner nicht anschließen, wenn er meint, daß eine Besserstellung, nämlich die Einführung einer Familienkarte, das wettmacht, was er einleitend gesagt hat, daß es sich bei dieser Erhöhung um eine sehr saftige handelt. Es sind ja immerhin 20 - 22 Prozent. Für die Kurzzeit, man ist ja sehr kinderfreundlich in der Mehrheit, für 6 - 15jährige beträgt die Erhöhung sogar 25 Prozent. Damit das nicht so harmlos aussieht, daß so Begünstigungen herauskommen mit diesem Antrag, zeigt, wenn man sich zusammenzählt bzw. steht das ja auch im Amtsbericht, wo man sich durch diese Tarifikorrektur S 300.000,- im Jahr erwartet. Nach meinen Durchrechnungen würde es auf etwas mehr kommen, wir werden das ja bei der Bilanz sehen, ich glaube, daß rund eine halbe Million mehr herauskommt. Dieser Antrag wird von mir abgelehnt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Wie ich aus dem Bericht entnehmen kann, ist eine Tarifyregulierung für ältere Menschen hier nicht vorgesehen. Meine Anregungen, die ich von älteren Leuten aus Münichholz erhalten habe, die zu mir sagen, wir haben sehr kleine Renten und wir gehen gerne in das Freibad und in die Sauna. Wir möchten gerne, daß für uns Mindestrentner ein eigener Tarif festgelegt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Steinmaßl zum Schlußwort bitte.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Dieser neue Bädertarif wurde unter der Voraussetzung erstellt, daß den Familien, sprich Eltern mit Kindern, ein echt kostengünstiger Besuch ermöglicht wird. Es ist so, daß vor dieser Tarifierhebung es nur an Wochentagen möglich war, daß Eltern mit Kindern zu einem einheitlichen Tarif das Bad besuchen konnten. Das ist jetzt auch an Sonn- und Feiertagen möglich. Sie dürfen auch nicht vergessen, wir haben Mindereinnahmen von rund 70.000,- im vergangenen Jahr gehabt haben, die Personalkosten sind auch gestiegen. Daher wird sich eine Tarifierhöhung nicht allzusehr auf die Geldtasche der Besucher schlagen.
Was die Kabinenmitbenützer anbelangt, so möchte ich eines sagen, wenn ich nur um S 3,- mehr bezahlen muß nach der neuen Tarifierhöhung und damit mein persönliches Eigentum versperrt ist, so ist das sicher auch gerechtfertigt. Eines möchte ich noch bemerken, das ist sowieso ein Kuriosum in Steyr, daß es möglich ist, sich im Freibad öffentlich umzukleiden und die Kleider auf der Wiese liegen zu lassen. In Linz ist das z. B. nicht möglich. Meine Damen und Herren, unter Berücksichtigung dieser verhältnismäßig geringen Erhöhungen möchte ich Sie bitten, meinem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Ich möchte noch ergänzen, weil angeführt wurde, daß für die Älteren nichts geschieht. Es gibt eine bestimmte Anzahl für die freie Benützung des Bades im Zuge des Seniorenpasses.

Die Nutzung dieser Begünstigung weist einen sehr geringen Prozentsatz auf, sie ist sehr gering.
Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Danke.
Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (KPÖ) und einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Mein nächster Antrag behandelt

28) ÖAG-3055/86

Stadtwerke

Ankauf eines Steyr-Stadtbusses SS 11 HUA 250.

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 25. 4. 1986 wird der Auftrag zur Lieferung eines Steyr-Stadtbusses SS 11 HUA 250 an die Steyr-Daimler-Puch AG, Steyr, zum Preise von S 1,940.770,- exkl. USt. übertragen.
Die hierfür erforderlichen Mittel werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Verkehr erbracht.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Mein nächster Antrag lautet:

29) ÖAG-7477/85

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr, Teilbetriebe städt. Bäder und
Kunsteisbahn; Verlustersatz 1985; Restzahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 6. 2. 1986 wurde zur Abdeckung der Verluste der Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn für das Jahr 1985 ein Betrag von S 5,000.000,- als Akontozahlung freigegeben.
Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 22. April 1986 sowie des hiezu ergangenen Berichtes des Kontrollamtes der Stadt Steyr vom 5. Mai 1986 wird nunmehr der Restbetrag in Höhe von S 1,096.517,32 refundiert.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1,096.500,- (eine Million sechshundneunzigtausendfünfhundert)
werden bei VSt 1/879000/759200 freigegeben.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch hier sehe ich keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wenn Sie zustimmen? Danke. Einstimmige Annahme.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Mein nächster Antrag lautet:

30) ÖAG-4925/81
Arbeitspreis für Erdgas; weitere Senkung
des Erdgasabgabepreises.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 20. 5. 1986 wird der Gasabgabepreis mit Wirkung vom 1. 6. 1986 wie folgt neu festgesetzt:

	S/kWh
1. Haushalt	
a) Kochzwecke, WW-Bereitung	0,521
b) a) und Raumheizöfen	0,472
c) a) und Zentralheizung	0,455
2. Gewerbe	
0 - 11.000 kWh	0,522
11.001 - 27.600	0,498
27601 - 66.300 kWh	0,489
66.301 - 132.600	0,472
132.601 - 276.200	0,455
276.201 - 552.400	0,447
3. Großabnehmer	
552.401 - 1,100.000 kWh	0,432
1,100.001 - 6.630.000	0,414
6,630.001 - 16,600.000	0,378
16.600.001 - und darüber	0,319

Zu den obigen Preisen je kWh ist die gesetzliche Umsatzsteuer gemäß Umsatzsteuergesetz 1972 hinzuzurechnen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Wer ist für den Antrag? Gibt es Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag lautet:

31) ÖAG-4002/86

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb; Grundleistung

gem. § 22 Abs. 1 Ziff. 3 FAG 1985 für das Jahr 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12.

Juni 1986 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der

Stadtwerke Steyr für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von S 1 Mill. bewilligt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 103.500,- (einhundertdreitausendfünfhundert)

bei VSt 1/879000/759200 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 896.500,-- (achthundertsechszehnzigtausendfünfhundert)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen sehe ich keine. Wer ist für den Antrag? Ist jemand
dagegen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Mein nächster Antrag lautet:

32) Ha-3278/80
Ha-2388/76
Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich für den Bau
von kommunalen Wasserversorgungsanlagen; Änderung der Min-
destgebühren (Wasserleitungsanschlußgebühren).

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke
vom 6. 5. 1986 werden die Wasserleitungsanschlußgebühren für
das städt. Wasserwerk entsprechend dem zitierten Amtsbericht
mit Wirkung ab 1. 7. 1986 neu festgesetzt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es Wortmeldungen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Es tritt hier im Saal bereits eine bestimmte Mündigkeit ein,
da man einfach empfindliche Erhöhungen, wie sie Kollege Stein-
maßl vorgetragen hat, übergeht. Es handelt sich wieder um eine
26,5 prozentige Erhöhung. Aber bei der fortgeschrittenen Zeit
interessant das manchen schon sehr wenig. Wieder, meine Damen
und Herren, wird zur Begründung der Erhöhung dieses Antrages
ein Erlaß der OÖ. Landesregierung angeführt, wonach das Land
Darlehen und Zuschüsse aus dem Wasserwirtschaftsfonds nicht
gewährt, wenn nicht von der Stadt Steyr in diesem konkreten
Fall mindestens S 13.500,- Kanalanschlußgebühren eingehoben
werden. Die KPÖ ist gegen den erpresserischen Erlaß und ich
fordere vor allem die sozialistischen Gemeinderäte, aber auch
die Gemeinderäte der Österr. Volkspartei auf, bei ihren Freun-
den und Funktionären in der OÖ. Landesregierung zu erwirken,
daß sie dafür eintreten, daß der von ihnen in trauter Gemein-
samkeit im Landtag beschlossene erpresserische Erlaß endlich
einmal aufgehoben wird und die Autonomie bzw. die Finanzho-
heit der Gemeinden und Städte hergestellt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall.
Kollege Steinmaßl bitte das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Zu Kollegen Treml möchte ich folgendes sagen. Diese Wasserlei-
tungsanschlußgebühr bleibt uns nicht erspart, wenn wir, wie
Du richtigerweise gesagt hast, Förderungsmittel vom Land wol-
len. Ich muß aber dazusagen, das ist nicht nur bei uns in
Steyr der Fall, sondern ich habe erst unlängst in der Zeitung
gelesen, z. B. in Kremsmünster ist in einer der letzten GR-
Sitzungen diese Wasserleitungsanschlußgebühr mit mindestens
S 13.800,- bis 31. 12. 1986 festgelegt worden. Ab diesem

Zeitpunkt kostet ein größenmäßig vergleichbarer Anschluß S 16.000,-. Bei der Gelegenheit haben die Kremsmünsterer z. B. den m³ Wasser auf 5,50 erhöht und ab 1986 kostet er bereits S 6,60. Wenn wir unsere Preise anschauen, da liegen wir immer noch günstiger. Wir haben ja auch ein größeres Versorgungsnetz und neue Anlagen zu bauen wie Kremsmünster. Was die Prozente anbelangt, die Du, Kollege Treml, angeführt hast, muß ich sagen, das ist der gleiche Prozentbetrag, den der Bauindex, die Steigerung dieser Preise ausmacht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf noch ergänzen, aufgrund des Kostendeckungsprinzipes bleibt bei uns der Wasserpreis unverändert. Hier geht es aber nur um die Änderung der Anschlußgebühren. Der Wasserpreis ist also nach wie vor mit S 5,50 unverändert. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenprobe? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ) und einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag behandelt

33) ÖAG-3653/86

Stadtwerke

Austausch diverser Absperrorgane im Trinkwasserverteilungsnetz Wasserwerk.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 26. 5. 1986 werden im Zusammenhang mit dem Austausch diverser Absperrorgane im Trinkwasserverteilungsnetz Wasserwerk folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 362.030,- exkl. USt
 2. Lieferung der Absperrorgane mit den Formstücken, Dichtungen, Einbaugarnituren und Straßenkappen an die Fa. Österr. Armaturen Konti GmbH, Wels, zum Preis von S 186.337,40 exkl. USt
 3. Montage der Absperrorgane an das städt. Wasserwerk zum Preise von S 242.000,- exkl. USt
- Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ich bitte zum Zeichen der Zustimmung um Handerhebung? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

34) ÖAG-3971/86

Stadtwerke

WAG Wärmezentrale Plenkberg; Umstellung auf Erdgasversorgung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 10. 6. 1986 werden im Zusammenhang mit der Umstellung auf Erdgasversorgung der WAG-Wärmezentrale Plenkberg folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Negrelli BaugmbH, Steyr, zum Preise von S 810.066,- exkl.USt
2. Rohrverlegungsarbeiten an das städt. Gaswerk zum Preise von S 180.000,- exkl.USt
3. Druckprobe und Abnahme an den TÜV Linz zum Preise von S 15.000,- exkl.USt

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen sehe ich keine. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag lautet:

35) ÖAG-3972/86

Stadtwerke

Industriegründe Ennser Straße; Erdgas-aufschlieBung Objekt Kraml.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 9. 6. 1986 werden im Zusammenhang mit der ErdgasaufschlieBung des Objektes Kraml folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 449.980,- exkl.USt
2. Verlegung von Sphärogußrohren an das städt. Gaswerk zum Preise von S 78.200,- exkl.USt
3. Durchführung der Druckprobe und Abnahme an TÜV, Linz, zum Preise von S 10.000,- exkl.USt
4. Herstellung der Anbindung an die Stahlleitung Resthofstraße an die Fa. Integral, Wels, zum Preise von S 25.000,- exkl.USt

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Keine. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag hat folgenden Wortlaut:

36) ÖAG-3702/86

Stadtwerke

Erdgasaufschließung Münchenholz, Stadtbad und Ennser Straße;
Errichtung der installationstechnischen Anlagenteile für
die Erdgasreduzierstationen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 28. 5. 1986 werden im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung in Münchenholz, Stadtbad und Ennser Straße folgende Aufträge vergeben:

1. Installationsarbeiten mit Lieferung an die Fa. Integral Montage GmbH, Wels, zum Preise von

S 1,180.302,- exkl.USt

2. Dichtheits- und Funktionsprüfung gemäß Druckbehälterverordnung an TÜV Linz zum Preise von

S 35.000,- exkl.USt

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte. Nächster Berichterstatte ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrter Gemeinderat, ich darf Ihnen die letzten vier Anträge des Stadtsenates vortragen und bitte Sie um die Genehmigung.

Der erste Antrag lautet:

37) GHJ2-1730/85

Schule Punzerstraße 73 - 75; Errichtung von
Wasch- und Garderoberräumen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 6. 5. 1986 werden im Zusammenhang mit der Schaffung von Wasch- und Garderoberräumen im Schulkomplex Punzerstraße 73 - 75 folgende Aufträge vergeben:

1. Installationsarbeiten an die Fa. Kriszan, Steyr, zum Preise von

S 233.077,20 inkl.MWSt

2. Tischlerarbeiten an die Fa. Staudinger, Steyr, zum Preise von

S 208.788,-- inkl. "

3. Baumeisterarbeiten an die Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preise von

S 191.594,40 "

4. Fliesenlegerarbeiten an die Fa. Brunner, Steyr, zum Preise von

S 69.600,-- "

5. Bodenlegerarbeiten an die Fa. Schmidt,
Steyr, zum Preise von S 30.780,- inkl.MWSt
Zum genannten Zweck werden Mittel in der Höhe von
S 125.000,-- (einhundertfünfundzwanzigtausend)
bei der VA-St. 1/211000/010000
S 154.000,-- (einhundertvierundfünfzigtausend)
bei der VA-St. 1/213000/010000 und
S 110.000,- (einhundertzehntausend)
bei der VA-St. 1/214000/010000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist
für den Antrag? Gegenstimmen? Einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

38) GHJ1-2247/86

Ankauf von Einrichtungsgegenständen
für die städtischen Schulen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 2. 6. 1986 werden im
Zusammenhang mit dem Ankauf von Einrichtungsgegenständen für
die städtischen Schulen folgende Aufträge vergeben:

1. Lieferung von 112 Schülertischen und 218 Schülersesseln, ei-
ner Physiksaaleinrichtung, 2 Sammlungsschränken und eines An-
satztisches und 4 Sammlungsschränken: an die Fa. Mayr, Scharn-
stein, zum Preise von S 455.899,08 inkl.MWSt.
 2. Lieferung von einer Kücheneinrichtung und 9 Kästen: an die
Fa. Staudinger, Steyr, zum Preise von S 261.064,73 inkl.MWSt.
 3. Lieferung von 11 Schultafeln: an die Fa. Furthner, Riedau,
zum Preise von S 141.912,55 inkl.MWSt.
 4. Lieferung einer Bodenreinigungsmaschine und eines Reinigungs-
automaten: an die Fa. Heiz-Bösch, Steyr, zum Preise von
S 62.583,19 inkl.MWSt.
 5. Lieferung einer Weichbodenmatte, zweier Ballschränke und
von vier Turnmatten: an die Fa. Sport-Eybl, Steyr, zum Preise
von S 27.204,-- inkl.MWSt.
 6. Lieferung eines Trocken- und Feuchthalteschranks: an die
Fa. Lehrer, Linz, zum Preise von S 25.676,-- inkl.MWSt.
- Zum genannten Zweck werden bei nachstehenden Voranschlagstellen
folgende Mittel freigegeben:

S 250.000,- bei der VA-Stelle 1/211000/043000
S 14.000,- bei der VA-Stelle 1/211000/400100
S 483.100,- bei der VA-Stelle 1/212000/043000
S 27.900,- bei der VA-Stelle 1/212000/400100
S 30.000,- bei der VA-Stelle 1/213000/043000

Gleichzeitig werden bei nachfolgenden Voranschlagstellen Kre-
ditüberschreitungen bewilligt:

S 25.400,- bei der VA-Stelle 1/211000/043000
S 143.600,- bei der VA-Stelle 1/212000/043000
S 400,- bei der VA-Stelle 1/213000/043000

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei
den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer für den Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

39) FW-1975/86

Ankauf bzw. Errichtung einer Personenrufanlage für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 9. 6. 1986 wird der Auftrag zur Lieferung einer Personenrufanlage für die Freiwillige Feuerwehr Steyr an die Fa. Elin, Linz, zum Preise von S 2,623.798,40 inkl. MWSt. übertragen. In einem wird dem Abverkauf der alten Personenrufanlage an die Fa. Elin zum Preise von S 100.000,- inkl. MWSt. zugestimmt. Zur Bezahlung der 1. Teilrate für den Ankauf der neuen Sendeanlage werden Mittel im Ausmaß von

S 700.000,-- (siebenhunderttausend)

bei der VA-St. 5/163000/Or0070 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein letzter Antrag lautet:

40) FW-Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die
Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 23. 5. 1986 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr folgende Aufträge vergeben:

1. Lieferung eines TLF Fahrgestells: an die Fa. Schmid, Steyr, zum Preise von S 901.680,- inkl. MWSt.
2. Lieferung des feuerwehrtechnischen Aufbaues: an die Fa. Rosenbauer, Linz, zum Preise von S 1,018.800,- inkl. MWSt.
3. Lieferung der Ausrüstung: an die Fa. Rosenbauer, Linz, zum Preise von S 306.056,40 inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 1,100.000,- (eine Million einhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/163000/040010 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 107.700,- (einhundertsiebentausendsiebenhundert)

bei der gleichen Voranschlagstelle bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wortmeldungen sehe ich keine. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Zöchling für seine Berichte. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt. Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Beginn der Aktuellen Stunde: 20 Uhr.

Ich frage die SPÖ, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Pimsl bitte!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Mit Sorge verfolgen wir als Mandatäre seit Jahren die Entwicklung der Arbeitslosenziffer im Bezirk Steyr. Nicht nur, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen weit über dem öö. Durchschnitt liegt, nimmt auch die Zahl der Arbeitssuchenden ständig zu. Obwohl die Stadt seit vielen Jahren die heimische Wirtschaft mit vielen Millionen Schilling an Subventionen für Betriebsgründung unterstützt - es wurde das positive Beispiel heute schon zitiert, BMW Steyr, - gelingt es nicht, für die arbeitswillige Bevölkerung im ausreichenden Maß Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist vor allem mit einer der Verursacher die Industrie in der Stadt. Nicht nur, daß im letzten Jahrzehnt einige Industriebetriebe zusperren mußten, so wanderten einige außerhalb der Stadtgrenzen ab. Aber insbesondere gibt Anlaß zur Sorge die wirtschaftliche Entwicklung der Steyr-Daimler-Puch AG. Nicht nur als Gesamtunternehmen. Aber was uns bewegt ist die Entwicklung der Betriebe in Steyr. Hat bis etwa Mitte der Siebziger Jahre der Steyr-Daimler-Puch-Konzern in Steyr rund 10.000 Beschäftigten, übers Jahr gerechnet, Arbeit und Einkommen geben können, so ist die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren auf unter 8.000 zurückgegangen. Wenn Sie sich erinnern, ist die Situation 1984 so dramatisch geworden, daß die Bundesregierung dies zum Anlaß nahm, eine Regierungsklausur in Steyr abzuhalten, um zu beratschlagen, wie man dieser Region, wie man der Stadt helfen kann, ihre Probleme für diese Menschen zu lösen. Das Ergebnis für die Stadt war ein Sonderförderungsabkommen für die Region Steyr, welches der Wirtschaft immerhin runde 200 Millionen brachte, die auch genutzt wurden. Wie man aber aus der weiteren Entwicklung entnehmen konnte, ist dieses Sonderförderungsprogramm bei weitem nicht dazu ausreichend, um alle unsere Sorgen der Beschäftigung zu lösen. Im Gegenteil, die weitere negative Entwicklung im größten Industriebetrieb unserer Stadt gibt Anlaß, nicht nur für dieses Unternehmen, sondern auch für die davon betroffene Wirtschaft eine weitere Förderung zu verlangen, deren Zusage seitens der Bundesregierung grundsätzlich vorhanden ist. Es wird aber seitens des zuständigen Landesrates der Oö. Landesregierung Dr. Leibenfrost immer wieder diese Notwendigkeit verneint. Zuletzt bei der Jubilareehreung der Steyr-Werke in Steyr im Mai dieses Jahres auf eine Forderung des Festredners der Arbeiterkammer Oö. gab Landesrat Leibenfrost dazu den Kommentar, daß eine Sonderförderung von seiner Sicht derzeit für den Bezirk Steyr nicht notwendig sei. Obwohl sich schon in diesen Tagen eine Entwicklung abzeichnete, die für die Beschäftigten der Steyr-Werke und dadurch, wie ich schon erwähnt habe, auch für die heimische Wirtschaft sehr negativ sich in der nächsten Zeit zeigen

wird. Es ist vorgesehen, die Ankündigung entsprechend der Arbeitsmarktförderung ist bereits erfolgt, daß die Steyr-Werke 450 Mitarbeiter kündigen. 450 Mitarbeiter zu einem Zeitpunkt, wo bereits im ersten Vierteljahr 230 Personen in Steyr gekündigt wurden, weil eben die wirtschaftliche Situation dies von der Sicht der Firma her als notwendig erscheinen läßt. Es sind insgesamt bereits - diese Zahl ist sehr beachtlich und für uns sehr wichtig - bis 31. Mai in den Steyr-Werken in Steyr 360 Mitarbeiter weniger beschäftigt als am 1. Jänner dieses Jahres. Da sind sicher auch die Gekündigten mit beinhaltet, aber immerhin mehr als 100, die durch Pensionierung oder andere Ereignisse ihren Arbeitsplatz verlassen mußten oder wegen Übertritt in die Pension gerne diese Gelegenheit wahrnahmen. Wir konnten aber für die ausscheidenden Mitarbeiter keine Ersatzaufnahmen tätigen, so daß sich der Druck am Arbeitsmarkt gerade jetzt, wo die Schulabgänger in den Beruf hineindrängen, als äußerst prekär erweist.

Ich bitte daher, Herr Bürgermeister, alles daranzusetzen, daß einerseits seitens des Bundes und des Landes raschest ein zweites Sonderförderungsprogramm für die Region Steyr verabschiedet wird, damit der Ausgleich für die verlorenen und noch zu verlierenden Arbeitsplätze gefunden werden kann. Es wird nämlich, meine Damen und Herren, nicht bei jenen 450 Mitarbeitern bleiben, die jetzt gehen sollen. Es ist bereits angekündigt in den Medien, daß aufgrund verschiedener Einsparungsziele weitere hunderte Mitarbeiter auch in Steyr das Werk verlassen müssen, weil sich hier drei Faktoren in so dramatischer Weise zusammenfügen. Das ist die gravierendste Situation seit Jahren für die Steyr-Daimler-Puch AG und auch für die Stadt Steyr. Es ist für die Beschäftigten eine Situation, die schlimmer nicht sein könnte. Es wurden seitens der Belegschaftsvertretung - das ist Ihnen ja bekannt, daß auch ich dazugehöre - verschiedene Vorschläge einer Verbesserung der Arbeitszeitverkürzung, die auch den Mitarbeitern gewisse Lasten mit auferlegt hätte, vorgebracht. Sie sind samt und sonders von der Unternehmensleitung abgelehnt worden. Das heißt, jene Aussagen, die immer wieder so werbewirksam über die Medien der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden, daß die Mitarbeiter der Steyr-Daimler-Puch AG uneinsichtig zu hohe Löhne und Gehälter haben, stimmt nicht. Hier geht es darum, daß wir mehr Aufträge und eine Unternehmensführung brauchen, die die Situation besser als die vergangene beherrscht. Ich bitte daher nochmals, alles in Deiner Möglichkeit Liegende zu unternehmen, um eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten der Steyr-Werke und der Stadt herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen sehr aktuellen Beitrag. ÖVP? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Auch wir von Seiten der ÖVP verfolgen natürlich mit großem Interesse die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Steyr. Speziell in den Steyr-Werken scheint sich eine arge Verschlechterung anzubahnen, doch sind bis jetzt diese Zahlen Mutmaßungen und noch nicht konkretisiert. Ich glaube, daß es sicherlich notwendig sein wird, bei den maßgebenden Stellen, wenn der Zeitpunkt

einer konkreten Kündigung und die konkrete Zahl präzisiert ist, zu verhandeln. Aber ich glaube, es ist nicht unbedingt zielführend, die Sonderförderung, so wie wir sie 1984/85 gehabt haben, zu verlangen. Es wurden zum Großteil die Klein- und Mittelbetriebe, die innovativ waren, die investieren wollten, erfaßt und diese haben davon Gebrauch gemacht. Es laufen zur Zeit noch 16 Anträge, die knapp vor Jahresende 1985 eingebracht wurden. Die Investitionen, die mittlerweile getätigt wurden in diesen beiden Jahren mit der Regionalförderung aus dem Staatsvertrag haben 316,8 Millionen an Investitionsvolumen, an Kreditvolumen, gefördertem Kreditvolumen und rund 540 Millionen aus Mitteln des Wirtschaftsressorts des Landes gefördert. Also ein Investitionsvolumen von 540 Millionen Schilling gefördert. Ich möchte dazu sagen, wenn die Situation konkret an uns herantritt, so ist die Zusicherung von Landesrat Dr. Leibenfrost gegeben. Ich habe heute mit ihm ein Gespräch geführt, daß man punktuell und ganz gezielt die entlassenen bzw. gefährdeten Arbeitskräfte anschauen wird. Man wird feststellen müssen, in welcher Altersstruktur sind sie, welchem Beruf gehören sie an und dann ist er sicher bereit, eine gezielte Förderungsmaßnahme zu setzen. Man sollte nicht nur das Regionalabkommen fördern, es ist sicherlich sinnlos, einen Bäcker, einen Tischler, einen Gastronomiebetrieb in dieser Sonderförderung zu fördern, wenn es auch vielleicht den einen oder anderen geben mag, weil dadurch sicherlich kein einziger Metallarbeiter einen neuen Arbeitsplatz finden wird. Soweit mein Beitrag dazu. Wir sind natürlich dafür und werden von unserer Seite her alles unternehmen, auch hier einen positiven Einfluß seitens des Landes zu erwirken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag und darf als Bürgermeister auch kurz dazu Stellung nehmen.

Wir bemühen uns, wie Kollege Pimsl bereits angeführt hat, seit einiger Zeit um ein Wiederaufleben des Sonderförderungsprogrammes. Ich darf als Beispiel die Arbeitslosenzahlen hier anführen. Im oö. Durchschnitt lag die Arbeitslosenrate Ende Mai bei 3,8 Prozent. Steyr ist mit 5,8 Prozent wesentlich über diesem Wert, nur der Bezirk Freistadt und Freistadt haben höhere Werte als Steyr. Dazu kommt die ungünstige Situation im Werk, die ja zweifellos eine Verbesserung in absehbarer Zeit nicht erwarten läßt. Außerdem haben wir die höchste Steigerung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr. Ende Mai 1985 waren um 17 Prozent weniger Arbeitslose im Bezirk Steyr - da gehört Steyr-Land auch dazu - vorgemerkt, als dies heuer der Fall ist. Daher glaube ich, daß es notwendig ist, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß Förderungsmöglichkeiten in die Wege geleitet werden seitens des Landes. Es liegt der Schluß nahe, wenn in den Jahren 84/85 durch die Errichtung eines Sonderförderungsprogrammes für unsere Region 500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, wie auch Herr Landesrat Leibenfrost in seinem Schreiben mitteilt, daß eine Sonderförderung im selben Rahmen in der Zeit von 1986 bis 1987 eine ähnliche Auswirkung nach sich ziehen könnte und Arbeitskräfte zum Einsatz bringen würde. Außerdem glaube ich, ich bin nicht ganz einverstanden mit der Äußerung, daß die Förderung von Bäckern oder ähnlichem nicht sehr sinnvoll wäre,

weil sicherlich im Werk nicht nur Metallfacharbeiter, sondern auch andere Arbeitskräfte beschäftigt sind, die andere Arbeitsmöglichkeiten auch aufgreifen könnten. Ich werde mich jedenfalls bemühen und bitte alle Fraktionen, mich dabei zu unterstützen, nach Vorliegen der endgültigen Zahl eine Vorsprache beim Land OÖ vorzunehmen, um Förderungsmaßnahmen zu erreichen, die dazu beitragen, daß die Situation auf dem Sektor des Arbeitsmarktes sich verbessert. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wie die meisten hier wissen, war ich auch zwei Jahren in den Steyr-Werken beschäftigt als Lackierer. Zu dieser Zeit gab es die Probleme in diesem Umfang nicht, das Gegenteil war der Fall, viele Leute wurden aufgenommen. Es gab keine Arbeitslosigkeit. Inzwischen hat sich das sehr wohl geändert. Die Wegrationalisierung von Arbeitern hat ständig zugenommen. Man hat das zuerst wunderbar abdecken können, indem man die Leute in die Pension geschickt hat, man hat dafür keine neuen Leute aufgenommen und so konnte man jahrelang einen Stand halten, ohne daß man Arbeiter entlassen mußte. Es war dies eine Zeit des Murrens. Viele Arbeiter, mit denen ich sprach, sagten immer wieder, unser Akkord wird hinaufgesetzt, wir müssen immer mehr und mehr leisten, das Management verdient immer mehr. Bei anschließenden Kündigungen wurden dann meist die Arbeiter für das bestraft, was die Manager verschuldet haben. Doch in den Steyr-Werken hat sich im Management nichts geändert. Die Manager verdienen noch immer sehr gut, die Generaldirektoren wurden nicht weniger, die Angestellten wurden nur leicht gekürzt, doch die Arbeiter wurden voll in die Arbeitslose geschickt. Es gab Ansätze von einer 35-Stunden-Woche, die man in Steyr und auch in Österreich nicht realisieren konnte.

Ich bin heute sehr enttäuscht, viele Betriebsräte, die ich noch immer kenne von den Steyr-Werken, haben hier tatenlos zugesehen. Sie haben schöne Posten, sitzen auf guten Sesseln und brauchen keine Angst haben, den Arbeitsplatz zu verlieren. Verlust des Arbeitsplatzes bekommen immer wieder die Leute zu spüren, die unbequem sind, die vielleicht eine andere Meinung haben oder die gar nach Hainburg fahren. Das ist ja das größte Verbrechen. Bei der letzten Kündigung ist ein Mann gekündigt worden, das wird auch in unserer Zeitung veröffentlicht, nur

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Bitte nehmen Sie diese Anschuldigung zurück, es wird in den Steyr-Werken niemand nur deswegen gekündigt, weil er nach Hainburg gefahren ist!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf das bestätigen, was Kollege Pimsl gesagt hat. Es ist niemandem bekannt, daß Maßregelungen in den Steyr-Werken vorgenommen werden, solche Äußerungen sind nicht angebracht. Ich bitte Sie, zum Thema zu sprechen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Für mich ist das das Thema, wenn Leute entlassen werden. Wenn z. B. Leute entlassen werden, weil sie das GAL-Pickerl kleben haben. Hier wird schon ganz vorne sortiert, wer gehört wo hin und dann wird die Entlassung ausgesprochen.

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Doch die Betriebsräte, die auch hier sitzen, wo sind sie, wo haben sie sich eingesetzt für die Arbeiter, die im Frühjahr entlassen worden sind? Ich möchte noch sagen, die haben mitgewirkt bei der Entlassung!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Solche Äußerungen müssen Sie zurücknehmen, wir lassen uns von Ihnen nicht beleidigen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Dann möchte ich noch sagen, es wäre Aufgabe der Betriebsräte dafür zu sorgen, daß der Arbeiter seinen Arbeitsplatz behält.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Haben Sie schon einen Arbeitsplatz gesichert?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich Sie bitten, Ihren Beitrag zu beenden, die Zeit geht zu Ende.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte bitten, daß das so weiterverfolgt wird, damit nicht noch mehr Arbeiter gekündigt werden müssen. Ich glaube aber, die Arbeiter werden aufstehen, die Arbeiter werden es sich nicht gefallen lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren!
Ich habe heute schon einmal zur Frage der prekären Situation in den Steyr-Werken hingewiesen. Ich habe gesagt, es ist wieder einmal so weit, daß der Vorstand der Steyr-Werke die Belegschaft bedroht, aber damit auch die Bevölkerung und unsere ganze Region, mit diesen massiven Kündigungen, wie das auch Kollege Pimsl aufgezeigt hat. Er kennt am besten die Situation, da er immerhin schon lange Zeit Betriebsratsobmann der Angestellten ist und auch im Aufsichtsrat von Steyr-Daimler-Puch AG als Arbeitnehmervertreter wirkt. Seine mahnenden Worte an uns sollen wir beherzigen. Noch in diesem Monat, das möchte ich unterstreichen, sollen 400 Arbeiter und 50 Angestellte auf die Straße gesetzt werden. Die Arbeiter und Angestellten werden damit wiederum zum Sündenbock einer verfehlten Konzernpolitik gestempelt, sie sollen nun die Suppe auslöffeln, die ihnen von den Herren in den Vorstandsetagen des Konzerns und der Eigentümerbank CA

unter General, er ist auch Genosse der SP, Androsch eingebrockt wurde. Die fortgesetzte Politik des Schrumpfens und der Vernichtung von Arbeitsplätzen müßte meiner Meinung nach die Betriebsräte und die Gewerkschaft voll auf den Plan rufen, um den Konzernen endlich einmal zu zeigen, daß nun Grenzen erreicht sind, deren Überschreitung gezielte Kampfmaßnahmen meiner Meinung nach heraufbeschwören.

Wann bitte, wenn nicht jetzt soll sich vor allem die Arbeiterschaft um ihre Haut wehren? Ich bin nicht der Auffassung, daß man weiter zuwarten soll. Ich möchte noch einmal an den gesamten Gemeinderat appellieren, den Vorgängen in den Steyr-Werken nicht tatenlos zuzusehen, den Arbeiter- und Angestelltenvertretern durch die Unterstützung in ihrem gerechten Kampf den Rücken zu stärken. Es geht dabei darum, die Umwandlung, wie ich schon einmal gesagt habe, von den Sanierungsmilliarden in Arbeitsplatzvernichtungsprämien zu verhindern und auch keine Kündigungen zuzulassen. Daß dies in dieser Gesellschaftsordnung nicht leicht ist, weiß ich. Aber ich möchte auch verweisen darauf, daß wir bereits einmütig, voraussehend aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation in Steyr und der Region, beschlossen haben als Fraktionsobmänner, an die Landes- und Bundesregierung heranzutreten und zu ersuchen um die Fortführung von Sonderförderungsmaßnahmen. Leider, wie wir heute gehört haben, bisher ohne Erfolg.

Ich kann von dieser Stelle aus unserem Bürgermeister Schwarz versichern, daß er von meiner Seite und der Seite der Kommunistischen Fraktion die volle Unterstützung in seinem ehrlichen Bestreben hat. Mit Sorge erfüllt mich aber die Erklärung, die von den Gewaltigen in den letzten Tagen ausgesprochen wurde, daß das Unternehmerkonzept 90, das von den Arbeitnehmervertretern, vom Zentralbetriebsrat, abgelehnt wurde, nun mit voller Härte versucht wird von diesen Herren durchzuziehen. Wenn der neue Generaldirektor von MAN, er ist als harter Mann bekannt, dort ist ihm ja auch manches gelungen beim Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, bei der Senkung der Lohnkosten besonders durch die Rationalisierungskündigungen, die er dort betrieben hat. Er sagt, das können Sie in bürgerlichen Zeitungen nachlesen, nicht allein in der Volksstimme, die schwierige Situation des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns reizt ihn bei der Lösung dieser Probleme. Mich erfüllt mit Sorge diese Situation und die Einbrüche besonders am LKW-Sektor und daher glaube ich, ist es unsere Aufgabe als Gemeindevertreter, noch stärker als bisher nicht mit Resolutionen oder Aussagen die Arbeit der Vertreter im Betriebsrat und damit die gesamte Belegschaft, die - wie Kollege Pimsl erklärt hat, - sich in den letzten 10 Jahren nach meiner Rechnung nach und soweit ich das mitverfolgt habe, um über 3000 Arbeitsplätze reduziert hat, zu unterstützen. Mit diesen angekündigten 450 Kündigungen, so hat Kollege Pimsl richtig angeführt, ist noch nicht das Ende abzusehen. Sie sagen ja, sie streben 1000 an.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Es haben jetzt alle Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt. Ich frage nun die ÖVP, ob eine Stellungnahme gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. GAL? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte hier ein fast genau so wichtiges Thema besprechen wie es der Arbeitsplatz ist. Ich möchte über das Weiterleben hier in unserer Stadt Steyr sprechen. Ich würde sagen, weiterleben wie bisher. Was uns gefährdet hat, ist nicht die radioaktive Strahlung, die ausgegangen ist von Tschernobyl, sondern die radioaktiven Kleinstteilchen, die mit der Luft, mit dem Regen zu uns gekommen sind und hier noch immer strahlen. Es gibt hier Werte, Abbauwerte, von 30 Millionen Jahren - unvorstellbar. Diese Radioaktivität haben wir bei uns, genau mit dieser Radioaktivität müssen wir weiterleben. Wir müssen weiterleben mit der Angst und ich sage jetzt ganz bewußt, mit der Angst auf einen neuen Unfall, vielleicht mit einem Super-GAU in Temeln 80 km entfernt in der Tschechei. Es wird uns sicher hart treffen, und wir hoffen, daß das nie passiert. Ich kann mich noch ganz genau erinnern, noch vor einigen Jahren hat man zu uns gesagt, einen GAU wird es nie geben, es gibt kein Kraftwerk, wo es einen GAU gibt, wo es einen Super-GAU geben kann. Inzwischen hat es diesen GAU gegeben und die Leute sagen, was sollen wir jetzt machen, wir haben kein Konzept. Wir haben das Beste gemacht, wir haben uns vergraben in der nächsten Ecke. Ich finde das sehr bedenklich, wenn man so sorglos mit der Radioaktivität, mit der radioaktiven Strahlung umgeht. Wir müssen hier versuchen, Maßnahmen zu setzen wie z. B. eine Resolution im Gemeinderat gegen sämtliche Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen in der nächsten Umgebung. Und nicht eine Resolution der 5 Fraktionsobmänner, die dann zu den 250 Unterschriften von Steyrer Bürgern dazugezählt werden. Ich bin mit tiefer Trauer versetzt, in der letzten GR-Sitzung sind genau hier Leute gestanden, die gesagt haben, wir werden eine Resolution verfassen in diesem Gemeinderat, wir werden uns zusammentun und werden versuchen, diesen Antrag zu formulieren und hier einzubringen. 14 Tage später mußte ich erfahren, daß sich die KPÖ nicht mehr bereiterklärt hat, einen Antrag im Gemeinderat einzubringen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wer hat denn das gesagt?

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Auch die FPÖ hat immer versucht zu sagen, wir sind ja gegen alle Kraftwerke, nur unterschreiben oder ausformulieren einer Resolution, das wollen wir nicht. Aus der tiefen Besorgnis heraus haben Mütter im Stadtteil Münichholz eine Unterschriftenliste zusammengestellt, um das vielleicht Ärgste, das es in diesem Bereich gibt, zu verhindern. Die WAG Steyr weigert sich nämlich, den radioaktiven Sand, der in den Sandkisten in Münichholz ist, gemessen in Seibersdorf mit 20 NC, herauszunehmen und mit neuem zu füllen. Das sind Maßnahmen, die man setzen könnte und müßte. Ich appelliere hier an den Bürgermeister, daß man noch weitere Maßnahmen setzt. Nicht nur, daß man mit der WAG ein ernstes Wort spricht, sondern man müßte auch für die Mütter und Kinder und schwangeren Frauen Milch bereitstellen, die nicht verstrahlt ist. Man müßte endlich alle Meßdaten veröffentlichen, nicht nur Durchschnittswerte, sondern auch den Extremwert, dem die Be-

völkerung tatsächlich ausgesetzt ist. Man müßte auch noch ein österreichisches Netz aufbauen von Meßstationen, damit jeder Bürger jeder Stadt erfahren kann, welche Werte jetzt vorhanden sind. Eine Meßstation, die immer angekündigt wird, gibt es nicht. Es gibt in Steyr keine Meßstation, die stabil ist ..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen, die Redezeit ist bereits überschritten. Wir haben das letztes Mal gesehen, wo ich sehr großzügig war, daß das nichts bringt.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich bin sofort fertig.

Ich möchte nur noch bitten, daß man die Meßstationen, die von der Bundesregierung angekündigt wurden und die es auch in Steyr geben wird, endlich schafft, denn derzeit gibt es sie nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Für die SPÖ bitte ich Kollegen Steinparzer.

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, wertest Präsidium! Da Kollege Ramoser von den Sandkisten in Münchenholz gesprochen hat, möchte ich einiges aufklären. Erstens hat sich die WAG nicht geweigert, diesen Sand auszuwechseln und es gibt große Schwierigkeiten, daß keine Firmen nachweislich einen Sand gehabt hätten bzw. er wurde angeboten. Bei Messungen hat er aber nicht entsprochen und man wird ja nicht denselben Sand in die Sandkisten geben, der ja bereits drinnen ist und mit dem Sie nicht zufrieden sind. Ich werde mich kurz halten, aber ich kann mitteilen, daß ab nächster Woche laut Zusage von Herrn Dr. Michlmayr, mit dem ich heute vormittag kontaktiert habe, die Sandkisten in Münchenholz geleert werden. Einer nach dem anderen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der ÖVP sehe ich keine Wortmeldung. KPÖ? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte ganz kurz richtigstellen, daß wir wohl hier im Gemeinderat eine sehr unterschiedene Auffassung vertreten haben durch unsere Aussage besonders zur Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Wir haben eindeutig festgestellt, in der Öffentlichkeit wurde publiziert, daß der Gemeinderat die Auffassung vertreten hat, daß Wackersdorf mit allen Mitteln verhindert werden muß und es ist auch diesbezüglich eine Resolution ergangen an die Bundes- wie auch an die Landesregierung.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Reaktorunfälle, besonders der Unfall nach Tschernobyl zeigen, daß auch mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie ernste Risiken verbunden sind. Die KPÖ, das möchte ich nur einmal richtigstellen, war seinerzeit auch gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Zwentendorf. Wir waren und wir sind der Auffassung, daß in Österreich die Energiegewinnung durch Kernspaltung nicht nötig ist, die unter den gegebenen Verhältnissen für andere Länder auf abseh-

bare Zeit noch eine zwingende Notwendigkeit ist, um nicht der Industriefeindlichkeit entgegenzuwirken. International ist die Umleitung der riesigen Rüstungsausgaben zur verstärkten Forschung und Entwicklung Alternativenenergiequellen unbedingt notwendig. Zum Schutz der Bevölkerung vor möglichen Kernunfällen in anderen Ländern sind bilaterielle Verträge ähnlich wie sie bereits mit dem einzigen Land, unserem Nachbarland der CSSR bestehen, zu schließen. Vor allem muß Österreich für das rasche Zustandekommen des von der Sowjetunion vorgeschlagenen globalen Sicherheitssystems eintreten.

Wir lehnen Wackersdorf ab, dessen Hauptzweck die Gewinnung militärisch wichtigen Plutoniums ist, das eine eigene Kernwaffenproduktion der BRD ermöglicht und mit der Fertigstellung von Wackersdorf zeigt, daß sie den Atomsperrvertrag nützen wollen. Wir haben aber auch volles Verständnis für Menschen, die in aufrichtiger Sorge, wie sie oft hier zum Ausdruck gekommen ist, und nicht polemisch, wie dies Ramoser macht, Zwist in die Parteien hineinbringt, die also aufrichtige Sorge haben und aus grundsätzlichen Erwägungen die friedliche Nutzung der Atomkraft ablehnen. Wir wenden uns an sie und sagen, wenn man die friedliche Nutzung der Atomkraft ablehnt, dann muß man erst recht das Atomwettertrüsten ablehnen. Wir wenden uns an sie und sagen, wenn man die friedliche Nutzung der Atomkraft ablehnt, dann muß man doch in erster Linie erst recht das Atomwettertrüsten ablehnen, das eine ungleich größere Gefahr für die Sicherheit unserer Bevölkerung und der ganzen Welt darstellt. Die weit größere Gefahr geht von den Atombombendepots auf unserem Kontinent, in Europa und in der Welt aus, und daher die Hauptstoßrichtung des Wirkens muß nach wie vor der Kampf gegen die Atom-bombe und für die Abrüstung sein. Auch gegen die Atomversuche, die unser Land auch mit Strahlungen verseuchen, wird sehr wenig gesprochen. Auch der Widerstand gegen das geplante Wiederaufbereitungswerk, nämlich die Atomfabrik in Wackersdorf, glaube ich, muß verstärkt werden, weil ein solches Werk, wie Sie wissen, viel gefährlicher ist als eine Kernkraftanlage zur Stromgewinnung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml. Ich frage ihn gleich, ob er zur Aktuellen Stunde einen Beitrag hat? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am vergangenen Wochenende, von 19. bis 22. Juni, fand in unserer Nachbargemeinde eine internationale Friedenskonferenz statt. Es kamen dazu Bürgermeister aus Ost und West, aus den verschiedensten Gesellschaftssystemen aus 10 Ländern, die weltweit gegen Atomwaffen eintreten. Im Mittelpunkt der Beratung stand das Wirken für die Abschaffung der Atomwaffen, die Friedensarbeit in den Städten und Gemeinden sowie Friede in der Dritten Welt. Bei der Tagung in St. Ulrich wurde einstimmig ein Friedensappell beschlossen. In diesem kommt die vordringlichste Aufgabe der Stadt- und Gemeindevertreter zum Ausdruck, zur Schaffung eines echten Friedens, frei von nuklearen Waffen, beizutragen. Ich schlage vor, daß sich die Stadt Steyr diesem Friedensappell anschließt, der der Stärkung des Friedens und der Förderung des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Gesellschaftssysteme dient und die Reduzierung und Abschaffung von Kernwaffen verlangt. Gerade die aktuelle Situation verlangt ein nachhaltiges Engagement für den Frieden, verlangt das gemeinsame entschlossene Handeln der Betroffenen – das sind ja wir alle – gegen neue Maßnahmen und Schritte der Hochrüstung. Der Vernichtungskraft der Atomwaffe in der Welt ist so gigantisch, daß die Verhinderung eines neuen Krieges eine Existenzfrage der Menschheit ist. Demnach geht das Wettrüsten weiter, neue Waffenarten werden entwickelt und der Weltraum soll in die Rüstung einbezogen werden. Unser Kontinent, auf dem sich die größten Atomwaffenkonzentrationen aller Zeiten befinden, würde in einem Atomkrieg vollständig vernichtet werden. Weitere Aufrüstung würde für kein Land mehr Sicherheit bringen, sondern einen verheerenden Krieg wahrscheinlicher machen. Die bestehenden Waffenarsenale töten aber, ohne daß sie eingesetzt werden, indem sie notwendige finanzielle Mittel zur Verbesserung der Situation in den Entwicklungsländern und in der Dritten Welt binden. Aber auch in den entwickelten Ländern behindert das Wettrüsten den sozialen Fortschritt. Dem muß durch gemeinsame Anstrengung für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung, entschieden entgegengetreten werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht seitens der SPÖ jemand dazu zu sprechen? Nein. ÖVP? Nein. GAL? Kollege Ramoser bitte!

Vorher darf ich noch kurz anmerken, daß ich zu dieser Konferenz eine Einladung bekommen habe, das gesamte Präsidium hat sich aber zu dieser Zeit in Plauen befunden. Ich habe mir erlaubt, der Bürgermeisterkonferenz in Plauen alle guten Wünsche zu übermitteln und vollen Erfolg bei ihren Tagungen. Der Inhalt der Tagung wird von mir in vollem Umfang unterstützt. Am Samstag war aus Anlaß dieser Konferenz auch ein Empfang hier im Rathaus, den in meiner Vertretung Kollege Steinmaßl abgewickelt hat. Darüber haben wir bereits berichtet.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Friedensarbeit wird sehr vernachlässigt und ich finde es sehr gut, wenn Kollege Tremml hier dieses Thema anschneidet. Das atomare Wettrüsten gefährdet uns genau so, wie die zivilen Atomkraftwerke. Wir können heute nicht mehr unterscheiden, gibt es einen Super-GAU in Temelín oder einen Atomabwurf in München. Die Auswirkungen sind gleich. Wenn wir hier nicht versuchen, entgegenzuwirken, Friedensarbeit zu leisten – Friedensarbeit beginnt für mich nicht, wenn sich zwei Supermächte treffen, sondern Friedensarbeit beginnt für mich in der Familie. Wenn wir es nicht schaffen, in unserer Familie Frieden einkehren zu lassen,

so werden wir wahrscheinlich den Rüstungswahn mittragen und daran ersticken. Dieses gegeneinander Losgehen in den Parteien ist für mich sehr schrecklich. Im Bereich Frieden sollte eigentlich ein Nebeneinander unbedingt wünschenswert sein. Ein Nebeneinandergehen und hier zeichnen sich schon Linien ab, daß z. B. die Junge ÖVP gemeinsam mit Grüngruppierungen Aktionen startet, daß die Junge SPÖ mit der Jungen ÖVP, KPÖ und Grünen eine eigene Friedensorganisation zusammenstellen will. Hier sind die Wegweiser, hier wird sich in Zukunft etwas ändern. Viele Leute werden uns immer für verrückt halten, wenn wir mit allen möglichen Organisationen bei Friedenskundgebungen zu treffen sind. Meine Überzeugung, daß wir nur in Frieden leben können, ist größer als die Sorge und Angst vor anderen Parteien.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Ich darf Ihnen noch mitteilen, daß wir Beschlüsse des Stadtsenates mit einer Summe von 1,159.000 Schilling zur Kenntnis genommen haben, in den Verhandlungsgegenständen haben wir insgesamt 40,749.000 Schilling beschlossen und insgesamt über einen Betrag von 41,908.000 Schilling hier heute befunden wurde.

Bevor ich offiziell schließe, darf ich alle Damen und Herren des Gemeinderates nochmals aufmerksam machen, daß am kommenden Wochenende das Stadtfest abgewickelt wird und ich möchte Sie zur Teilnahme herzlich einladen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 20.50 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz
e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MK.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Herbert Lang e. h.
Karl Hochrather e. h.

